

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 51.**Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur**

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 27. Dezember 1916.

Inhalt: Inland: Die Vorboten des Friedens, S. 1587—1589. „Geheimnisvolle“ Mächte in der polnischen Politik, S. 1589—1590. — Polnische Ausschniderei im Auslande, S. 1591. — Die nationaldemokratische Taktik, S. 1591. — Der Wert der Posener Arbeit, S. 1592. — Einfluß der internationalen polnischen Frage auf die Polenfrage in Preußen, S. 1592. — Wir vertrauen auf Gott! S. 1593. — Beschlüsse der Posener Korporation christlicher Kaufleute, S. 1595. — Der Posener Volksschullehrerinnenverein, S. 1595. — Befestetes Gebiet: Staatsrat und Heer, S. 1595—1597. — Zum Protest des Petersburger polnischen Nationalrates, S. 1598. — Parteiangelegenheiten, S. 1598. — Unbeständigkeit der Obstruktion, S. 1599. — Zur Bauernversammlung, S. 1600. — Der neue Warschauer Polizeimeister, S. 1602. — Im österreichischen Okkupationsgebiet verbotene Blätter, S. 1603. — Polen und Vitauen, S. 1603. — Ausland: Graf Tisza über die polnische Frage und die Friedensaussichten, S. 1605. — Die Note des Vierbundes, S. 1606. — Die Protestler Dmowski, Seyda und Gen., S. 1607. — Harusiewicz bei Trepow, S. 1607. — Artikel des Moskauer Polenblattes „Echo Polskie“ zum Proklamierungsakt und zu den Protesten, S. 1607—1612. — Die Polen in Rußland und der Protest der russischen Regierung, S. 1613—1614. — Die Schweizer Polen und der Akt vom 5. November, S. 1615. — Bulgarische Enquete über die Polenfrage, S. 1616. — Die amerikanischen Polen und der Proklamationsakt, S. 1616.

Die polnische Frage in Deutschland.Aus Nr. 157 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 14. Dezember 1916.**Die Vorboten des Friedens.**

Die plötzliche Einberufung des Reichstages hat in Deutschland und im Auslande großes Interesse hervorgerufen. Man vermutete irgend eine Friedensaktion von seiten Deutschlands. Es waren hinsichtlich ihrer die verschiedensten Versionen und Vermutungen im Umlauf. Schließlich erfuhren wir das Geheimnis. Der Reichskanzler hat im Reichstage gesprochen und den Vertretern der Nation bekanntgegeben, daß die Mittelmächte durch Vermittelung der neutralen Staaten an alle feindlichen Regierungen eine amtliche Note mit dem Vorschlage, sofort und unmittelbar in Friedensverhandlungen einzutreten, gerichtet hätten.

Es war schwer, sich zu einem solchen Schritt aufzuschwingen, da, sobald eine Seite mit Friedensvorschlägen hervortrat, die Gegner dies als einen Beweis der Schwäche hätten betrachten können. Um sich also einem solchen Vorwurf nicht auszusetzen, wühlte Europa 2 1/2 Jahre lang in seinen Eingeweiden, vergoß es ein Meer eigenen Blutes und ruinierte es sich materiell. Schließlich gaben die Mittelmächte die Anregung zum Frieden, und sie konnten dies, ohne sich Abbruch zu tun, da ihre Kriegslage noch niemals so günstig war, als jetzt. Ihre Gebiete sind fast vollständig vom Feinde frei, der Krieg tobt auf fremden Gebieten, ihre militärische Kraft bot den wütendsten Angriffen die Stirn; sie hat riesige Flächen der feindlichen Länder eingenommen, drei Königreiche von der Oberfläche wegesezt und hält dem vierten das Messer an die Kehle. Dagegen sind alle feindlichen Einfälle in nichts zerstoßen. Die Eroberung Konstantinopels ist fallen gelassen worden, die Absicht, Deutschland auszuhungern, ist fehlgeschlagen, die Herrschaft auf dem Meere ist durch den Unterseebootskrieg ins Wanken gebracht.

Wer anders als Deutschland und die Mittelmächte konnte also überhaupt den Gegnern den Frieden vorschlagen? Die Mittelmächte konnten es tun, und

sie haben es auch in dem gegenwärtigen Augenblicke getan.

Die Welt fragt jetzt: Wie werden die Gegner den Friedensvorschlag aufnehmen?

In der Note ist gesagt, daß die Vorschläge, mit denen die Mittelmächte an die Friedensverhandlungen herantreten würden, und welche die Sicherung der Existenz, der Ehre und der Freiheit der Entwicklung ihrer Völker zum Zwecke hätten, nach ihrer Überzeugung eine entsprechende Grundlage zur Schließung eines dauernden Friedens bildeten. Aus diesen Worten geht hervor, daß die Mittelmächte ihre Bedingungen erst während der Verhandlungen vorlegen, aber jedenfalls mit fertigen Vorschlägen hervortreten werden.

Dies gefällt dem Teil der deutschen Volksgemeinschaft nicht, welcher stets hitzig für die Kriegführung eintrat. Als nämlich gestern nach der Rede des Reichskanzlers der Zentrumsabgeordnete Spahn die Vertagung des Reichstags beantragte, wurden Proteststimmen laut, die eine Diskussion verlangten. Im Namen der Nationalliberalen protestierte der Abgeordnete Bassermann und im Namen der Konservativen Graf Westarp. Ihnen schloß sich der Vertreter des radikalen sozialdemokratischen Flügels Abgeordneter Ledebour an.

Was die protestierenden Abgeordneten wollten, ist klar: die Liberalen und Konservativen wollten — wie dies manche Äußerungen ihrer Presse beweisen — den Herrn von Bethmann Hollweg ermahnen, daß er an Annexionen denken solle. In diesem Sinne drückt sich heute die Presse der deutschen Imperialisten aus, indem sie die Erweiterung der Reichsgrenzen und reale Garantien für den zukünftigen Frieden fordert. Dagegen wollte der extreme Flügel der Sozialdemokraten eine Diskussion in entgegengesetztem Sinne hervorrufen. Die Mehrheit des Reichstages hielt jedoch eine solche Diskussion für schädlich für die Friedensverhandlungen, indem sie sich lediglich auf die Regierung verläßt, der sie mit Vertrauen die Geschicke des Staates und der Nation anheimstellt — und deswegen verhinderte sie die Diskussion und beschloß sie die Vertagung des Reichstags.

Das war ein sehr kluger Schritt, denn wenn man nicht von vorn herein alle guten Absichten der Regierung zunichte machen wollte, dann mußte man eine solche Diskussion vermeiden.

Die Regierungen der feindlichen Mächte werden also mit einem größeren Vertrauen auf die Friedensnote der Mittelmächte reagieren können. Sofern sie trotzdem auf sie nicht reagieren sollten, würden sie damit ihren bösen Willen kundgeben und moralisch die Verantwortung für die Unmöglichmachung jeglicher Friedensaktion bis zur endgültigen Vernichtung auf sich nehmen. Diese Verantwortung werden sie sicherlich nicht übernehmen wollen, und darum kann man annehmen, daß die durch die Mittelmächte eingeleitete Friedensaktion den beabsichtigten Erfolg haben wird.

Die europäischen Völker erwarteten mit Sehnsucht den Augenblick, in dem eine Stimme zur Einigung und zum Friedensschluß sich werde vernehmen lassen, und wenn auch die Regierungen der feindlichen Mächte — wie es scheint — noch in den Händen von unversöhnlichen Politikern ruhen, so ist schwer zu glauben, daß nicht auch sie Geneigtheit zum Frieden zeigen sollten, sobald sich ihnen die Gelegenheit zu einem ehrenvollen Friedensschluß bietet. Wir nehmen an, daß der Einfluß der friedlich gesinnten Elemente im Auslande und die zweifelhaften Aussichten der Erreichung günstiger Bedingungen sie zu diesem Schritt geneigt machen werden. Sollten jedoch alle Berechnungen nach dieser Richtung trügen und sollten die Herren Lloyd George, Briand und Trepow die ihnen zum Frieden gebotene Hand zurückweisen, dann würde in Deutschland — wie Herr von Bethmann Hollweg ausführte — bis in der letzten Hütte der Zorn gegen den Feind entbrennen und im feindlichen Lager würde, — was man hinzufügen kann — das moralische Niveau in der weiteren Kriegsführung sinken.

Dieses Extrem erwarten wir jedoch nicht; wir hoffen vielmehr, daß mit dem neuen Jahre der Morgenstern einer besseren Zukunft aufleuchten wird, daß er auch für unser Vaterland Polen aufleuchten wird, dem durch das Manifest vom 5. November der deutsche und österreichische Kaiser die Unabhängigkeit großmütig verbürgt haben. Wenn doch bald der Friedensengel auf die Erde herabkommen möchte, unter dessen seliger Herrschaft sich die Völker Europas an die Heilung der Wunden, die ihnen der Krieg geschlagen hat und an die schaffende Arbeit am Wiederaufbau dessen machen werden, was der Krieg vernichtet hat.

Das gebe Gott!

In Nr. 159 vom 15. Dezember 1916 schreibt das Blatt im Anschluß an die Ausführungen Theodor Wolffs im „Berliner Tageblatt“:

„Diese Ausführungen kennzeichnen treffend das Auseinandergehen der Auffassungen, welche in Deutschland herrschen. Ähnlich wie im Auslande erheben sich nämlich auch in Deutschland Stimmen gegen gegenseitige Zugeständnisse. Es ist jedoch bekannt, daß in Deutschland eine starke Regierung besteht, der die Allgemeinheit des Volkes vertraut und die nicht versäumen wird, redliche Mittel zur Verwirklichung des erstrebten Zieles zu benutzen. Nicht die Stimmen der deutschen Imperialisten, nicht einmal der Reichstag, der in seiner Mehrheit sich aus gemäßigten Elementen zusammensetzt, sondern die Regierung wird unter eigener Verantwortung das Steuer in der Hand behalten, um einen entsprechenden Weg zu einer internationalen Verständigung und Einigung ausfindig zu machen. Ebenso wie in der Sache des Königreichs Polen, so wird die Regierung auch in Sachen der Friedensvorschläge die Reichstagsmitglieder vor vollendete Tatsachen stellen. Das beklagen die Alldeutschen sehr, aber Herr v. Beth-

mann Hollweg schenkt dem wenig Beachtung, da er weiß, daß man gemäß den Auffassungen der Alldeutschen nicht regieren kann.“

In der gleichen Angelegenheit schreibt der „Kurjer Poznański“ in Nr. 285 vom 14. Dezember was folgt:

„Wie wir aus der Fassung der von dem Kanzler verlesenen Note sehen, haben die Regierungen der Mittelmächte durch Vermittelung Spaniens, der Vereinigten Staaten und der Schweiz an alle auf der anderen Seite kämpfenden Staaten eine Einladung ergehen lassen, welche die Einleitung von Friedensverhandlungen vorschlägt. Die Bedingungen, welche nach Ansicht der Mittelmächte als Grundlage für die Verhandlungen dienen sollen, gibt die Note nicht an. Entsprechende Vorschläge sollen erst bei Beginn der Verhandlungen vorgelegt werden. Die Note bemerkt nur im allgemeinen, daß die Bedingungen, welche Deutschland und seine Verbündeten vorzulegen beabsichtigen, zur „Sicherung der Existenz, der Ehre und der Freiheit der Entwicklung ihrer Völker“ dienen sollen. An einer anderen Stelle erklärt aber die Note, daß nach der Überzeugung der verbündeten Mächte ihre eigenen Rechte und gerechten Forderungen den Rechten anderer Nationen nicht zuwider laufen. Sie gehen nicht darauf aus, die Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten.“

Nach alledem zu urteilen muß man annehmen, daß die Bedingungen, welche noch nicht bekannt sind, hinsichtlich deren aber die verbündeten Regierungen unter sich vollständig einig sind, sich auf der Linie eines Kompromißfriedens, auf der Linie einer freiwilligen gegenseitigen Verständigung bewegen. Ob dies allerdings ein Frieden ist wie ihn Herr Scheidemann verlangt, ein Frieden, in welchem es keine Sieger und keine Besiegten geben wird, in welchem, „was französisch ist, französisch, was belgisch ist, belgisch und was deutsch ist, deutsch bleiben soll“ — das kann man heute noch nicht sagen.

Daß der von den Mittelmächten für das Friedensangebot gewählte Augenblick für sie sehr günstig ist, unterliegt keinem Zweifel. Die durch die Einnahme von Bukarest gefrönten Erfolge in Rumänien geben den Deutschen und ihren Verbündeten eine so mächtige militärische Grundlage, daß sie niemand der Schwäche beschuldigen kann. Ob die Koalitionsregierungen das Friedensangebot in diesem Augenblicke werden annehmen wollen, ist eine andere Frage. Die Hoffnungen sind nach dieser Richtung hin — wie das „Berl. Tageblatt“ bemerkt — nicht allzu groß. Aber auch im Falle einer negativen Antwort seitens der gegnerischen Seite wird der Friedensschritt der Mittelmächte nicht ohne Bedeutung sein. Er wird jedenfalls die pazifistischen Strömungen in den Ländern der Koalition stärken und die Sympathien für die Deutschen in den pazifistisch gesinnten Kreisen der Neutralen vermehren, er muß schließlich auch jedenfalls auf die eigene Volksgemeinschaft einen guten Eindruck ausüben und — im Falle weiterer Kämpfe — als Ansporn zu neuen Opfern und Anstrengungen dienen.

Von diesem Gesichtspunkte aus muß man den Friedensschritt der Mittelmächte unbedingt als eine politisch kluge und gut überlegte Tat betrachten. So faßt ihn auch die Mehrheit der deutschen Volksgemeinschaft auf. Nur die Konservativen und Alldeutschen stehen unzufrieden abseits.

Aus Nr. 288 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 15. Dezember 1916.

Ein geschichtlicher Augenblick.

Unter dieser Überschrift schreibt das Berliner Polenblatt zu dem Friedensangebot u. a. folgendes:

Die ganze gesittete Welt befaßt sich mit der Friedensproklamation, welche vorgestern in äußerst feierlicher Weise von den Mittelmächten mit dem deutschen Reich an der Spitze erlassen worden ist. Sogar die Börsen, die, während sie sich um rein ideelle Dinge wenig kümmern, gewöhnlich in praktischen Angelegenheiten ein äußerst zarten Geruchsinns haben, haben auf dieses Auftreten der Mittelmächte dadurch reagiert, daß sie den Kurs der Aktien aller Munitionsfabriken herabsetzten. Eine nicht ferne Zukunft wird schon zeigen, ob die Börsen dieses Mal recht hatten, wenn sie den vorgestrigen Tag schon als den Anfang des Kriegsendes ansehen. Jedenfalls muß eingeräumt werden, daß sich die deutsche Regierung hier zu einem verständigen und glücklichen Schritt entschlossen hat; der Zeitpunkt einer derartigen Erklärung war ebenso ideal gewählt, wie äußerst geschickt die technische Ausführung dieses geschichtlichen Schrittes war.

In Hader lebende Menschen lassen sich am leichtesten dann versöhnen, wenn es einer dritten Person gelingt, sie zu veranlassen, sich auch nur für kurze Zeit in einem Zimmer zusammenzufinden; dann kommt bisweilen eine Einigung zustande, welche unter anderen Verhältnissen ganz unmöglich war. Etwas Ähnliches ist hier der Fall. Trotz des Blutmeeres, welches gegenwärtig die Staaten der Entente von den Mittelmächten trennt, trotz des bis zum Weißbluten leidenschaftlich aufgeregten Hasses dieser Völker gegeneinander, ist es keineswegs ausgeschlossen, daß es, sofern nur die Vertreter der einen und der anderen Seite sich letzten Endes an einem gemeinsamen Tisch niederlassen werden, und wäre es nur in der ausdrücklichen Absicht, der Gegenseite keine Zugeständnisse zu machen, doch langsam zu einer Verständigung kommen kann, die schließlich auch zu einem formellen Friedensvertrage führen kann.

In dieser Beziehung sind alle Voraussagen nicht am Platze, aber soviel ist gewiß, daß die deutsche Regierung sehr verständig gehandelt hat, wenn sie ankündigte, daß sie erst beim Zustandekommen solcher einleitenden Unterhandlungen durch ihre Vertreter die von Deutschland vorgeschlagenen Bedingungen offen kundgeben werde. Dann dem sehen sich die verantwortlichen Leiter der Ententestaaten vor eine äußerst schwierige Alternative gestellt. Entweder werden sie die deutschen Bedingungen von vornherein ablehnen, ohne sich mit ihnen auch nur bekanntmachen zu wollen, wodurch sie auf sich eine furchtbare Verantwortung gegenüber der Menschheit und dem eigenen Volke herabwälzen werden, oder sie werden sich bereit erklären, zu einleitenden Verhandlungen Vertreter zu entsenden. Dann wird dies der erste — bekanntlich im Leben stets der schwierigste — Schritt in der Richtung des Friedens sein, ein umso wichtigerer Schritt, als offenbar Deutschland ganz augenscheinlich die Absicht hat, Bedingungen zu stellen, die für die Gegenseite nicht unannehmbar sind, und als es mit der Empfindsamkeit der Ententestaaten hinsichtlich mancher grundsätzlichen Punkte rechnen wird. Eine Ankündigung dafür war schon sowohl der Inhalt der Erklärung selbst, wie auch der Inhalt der Kanzlerrede im Reichstag; man muß eingestehen, daß der Ton dieser Äußerungen ruhig und verhältnismäßig verhältnismäßig war, und man hat — nicht zum ersten Mal während des gegenwärtigen Krieges — den Eindruck, daß es für Deutschland ein großes Glück ist, daß der Reichskanzler kein Anhänger des alldeutschen „scharfen

Kurses“ ist, sondern ein besonnener und gereifter Staatsmann wie Herr v. Bethmann Hollweg, der sogar beim Feinde Vertrauen und Achtung erwecken muß.

Nachdem der „Dziennik Berliński“ sodann dargelegt hat, daß das Friedensangebot in der katholischen Kirche, d. h. im Papst, ferner in der Frauenwelt ganz Europas und bei den Sozialdemokraten aller Länder große Unterstützung finden werde, schließt er seine Ausführungen wie folgt:

Die verständige und sympathische Anregung der Mittelmächte ist daher nicht von vornherein aller Ausichten auf Erfolg beraubt; ein extremer Pessimismus ist hier ebenso unbegründet, wie ein extremer Optimismus. Übrigens wird hier die Ungewißheit nicht lange dauern, und die englische Regierung wird schon in einigen Tagen Stellung nehmen müssen, wenn sich das neue Kabinett der Kammer vorstellen wird; es ist aber allgemein bekannt, daß die entscheidende Stimme in dieser Angelegenheit im Lager der Entente gerade England haben wird. — Von unserem polnischen Gesichtspunkt kann und muß man natürlich nur wünschen, daß der Vorschlag Deutschlands nicht abgelehnt werde, denn in einem solchen Falle würde sich für das zukünftige Polen eine äußerst günstige Konstellation ergeben, — die wenigstens in gewissem Grade die furchtbaren Schläge lindern würde, die auf Polen durch den Krieg niedergesaut sind.

Aus Nr. 290 des Kurjer Śląski (Gleiwitz)
vom 19. Dezember 1916.

„Die geheimnisvollen Mächte“ und Polen.

Der „Kraj“ teilt mit, daß die französischen Blätter in der Schweiz und nach ihnen die französische und italienische Presse eine Reihe widerwärtiger Ausfälle gegen den Gnesen-Posener Erzbischof Dr. Dalbor veröffentlicht hätten, welche diesem das Recht absprächen, im Namen unserer Volksgemeinschaft aufzutreten.

Das ist aus Anlaß der Depesche des Erzbischofs an Kaiser Wilhelm geschehen, in der er sich für die Proklamierung des unabhängigen Polens am 5. November bedankte.

Wer begeht diese Ausfälle? — so fragt der „Kraj“. Und er antwortet, daß dies leider polnische Arbeit sei, die Arbeit der Partei, die im Namen Polens und gegen Polen jenseits der Grenze wirke.

Der „Kraj“ schreibt weiter, daß die polnischen Fraktionen in Berlin die Pflicht hätten, dagegen zu protestieren, insbesondere deshalb, weil in ihnen acht katholische Geistliche säßen. Und er fragt, ob sie auch protestieren würden.

Wir wundern uns, daß er so fragt. Wir wissen ganz genau, daß sie nicht protestieren werden, denn durch ihre Erklärung in Preussischen Landtage hat sich die Fraktion sichtlich im Gegensatz zu der Depesche des Erzbischofs gestellt. Dazu hat sie noch einen Geistlichen zur Abgabe der Erklärung delegiert.

Der Artikel des „Kraj“ behauptet, daß die „geheimnisvollen Mächte“ um jeden Preis bemüht seien, zu vermeiden, in irgend welcher Weise die Italiener zu verlegen und daß sie sich deshalb hinsichtlich der Angelegenheit des heiligen Vaters so zurückhaltend verhielten. „Es handelt sich um die Gewinnung der Einflüsse des Freimaurertums für die polnische Sache. Unter dem Zeichen der Loge sollen wir Polen wieder aufrichten.“

Dieselben „geheimnisvollen Mächte“ sind auch im Königreich Polen rührbar. Dasselbst bemüht sich das Freimaurertum, die Richtung der politischen Passivität zu verbreiten, den Geist zu ersticken, Zweifel zu wecken, die Aktivität zu erschweren und zur Zersplitterung der

Gesamtheit beizutragen. Es ist das größte Hemmnis bei der Konsolidierung der positiven staatlichen und parteilichen Bestrebungen auf der Grundlage des durch die Proklamation vom 5. November geschaffenen Standes der Sache.

Es ist unumgänglich notwendig, daß die Allgemeinheit des Volkstums über diese Arbeit der „geheimnisvollen Mächte“ informiert wäre und daß unsere Volksgesamtheit, die streng katholisch ist, sich nicht am Gängelbände führen und sich auch nicht auf Abwege bringen ließe.

Wir wollen ein katholisches Polen nach außen und nach innen hin haben — für heute und für alle Zukunft. Wir wollen, daß das Programm dieses Polens stets gestützt wäre auf das Fundament wahren Christentums. Wir wollen, daß das Fundament seines Lebens wäre: die moralische Gesundheit geschöpft aus dem Born der christlichen Wahrheit. Nur so glauben wir an eine glückliche Entwicklung und an eine gesicherte Existenz Polens.

Aus Nr. 175 des Kraj (Lissa i. Pos.)
vom 16. Dezember 1916.

Der „Kraj“ hat von einem neuerdings in Holland eingetroffenen angesehenen italienischen Katholiken durch Vermittelung eines Freundes des Blattes einen Artikel erhalten, der die traurige Lage des Papstes und die feindselige Stimmung schildert welche die italienische öffentliche Meinung dem Papste gegenüber zur Schau trägt. Der Briefschreiber hält den Papst für persönlich gefährdet und regt die katholischen Völker zu einer Protestaktion an. Hieran knüpft der „Kraj“ folgende Ausführungen:

„So weit der ehrenwerte italienische Katholik, ein großer Patriot, der aber, wie es sich gehört, das Interesse der Kirche auf den ersten Platz stellt. Wir haben seinen Artikel recht gern aufgenommen, und er regt uns zu traurigen Betrachtungen über das Thema des Verhaltens der Polen gegenüber der gegenwärtigen Phase der römischen Sache an. In dem Augenblicke, in welchem die Geschichte der polnischen Nation auf der Wagschale liegen, wo neue Hoffnungen uns aufleuchten und wo unserer Nation ersichtlicher als je Gottes Segen notwendig ist, in einem solchen Augenblicke vergift das offizielle Polen seine Mission als Vormauer des Katholizismus. Wir haben drei polnische Repräsentationen in den Parlamenten der drei Staaten, in denen Polen wohnen. Keine dieser Vertretungen hat bisher gegen die Attentate auf den heiligen Stuhl protestiert.

Uns geht am meisten das Schweigen der Berliner polnischen Fraktionen an, in denen 8 katholische Priester sitzen, in denen ferner alle Mitglieder der katholischen Religion angehören. Es haben sich nicht allein unsere Fraktionen nicht vernehmen lassen, sondern ein Mitglied dieser Fraktionen, der Abgeordnete Geistliche Kłos, hat sogar den Mut gehabt, öffentlich in den Spalten des „Dziennik Kujawski“ unter verschiedenen Vorwänden davon abzuraten, daß die Fraktion gegen die Bedrückung des Papstes protestiere. Und es hat nicht an Bitten und Mahnungen nach dieser Richtung hin gefehlt. Eine ganze Reihe unserer Blätter, alle polnischen Zeitungen im preussischen Staate, die auf dem Boden der katholischen Weltanschauung stehen, haben die Fraktionen beschworen, eine katholische Haltung einzunehmen. In den Fraktionen selbst tobte ein Kampf hierum, dennoch hat die Mehrheit der Fraktionen anders entschieden. Weshalb?

Fürwahr, geheimnisvolle Mächte sind es, die in diesem Falle ihre Herrschaft ausüben! Man kann, man darf Italien nicht kritisieren! Und doch haben die Deutschkatholiken das schon mehrfach getan, indem

sie uns auf diesem Gebiet zuvorkamen, unserem Volke, das nicht nur teilweise, sondern durchweg katholisch ist. Unsere Fraktionen haben in ihren Sitzungen nicht den ersten grundsätzlichen Paragraphen, daß sie in allen Angelegenheiten auf dem Boden der katholischen Weltanschauung stehen. Sie haben keinen solchen Paragraphen, denn die unkatholische Gruppe, die bei uns die Herrschaft über das öffentliche Leben ausübt, die Partei, welche eine verschwindende Mehrheit unseres Volkes repräsentiert, jedoch vorgibt, daß sie die Mehrheit dieses Volkes vertrete, will an die Spitze der polnischen Standarte nicht das katholische Zeichen setzen oder sie kann es nicht, weil sie durch geheimnisvolle Fesseln gebunden ist.

Von Zeit zu Zeit werden die geheimnisvollen Fäden sichtbar. So haben z. B. jetzt europäische Zeitungen mitgeteilt, daß im italienischen Parlament, sobald es in Kürze zusammengetreten sein wird, eine Diskussion über die polnische Sache stattfinden werde. Das italienische Parlament wird durch die Logen regiert; es handelt sich also darum, die Einflüsse der Freimaurerschaft für die polnische Sache zu gewinnen. Unter dem Zeichen der Loge sollen wir Polen wiederaufleben machen!

Doch nun zu einem anderen Faden der geheimnisvollen Arbeit! Die französischen Zeitungen in der Schweiz, und an ihrer Hand die französische und italienische Presse, haben eine Reihe widerwärtiger Angriffe gegen unseren hochwürdigsten Erzbischofen gebracht, indem sie dem Primas von Polen das Recht absprechen, im Namen unserer Volksgemeinschaft zu sprechen. Wer diese Angriffe liest, der sieht, daß dies leider polnische Arbeit ist, die Arbeit einer Agentur stets derselben Partei, die im Auslande im Namen von Polen, aber gegen Polen arbeitet. Wiederum hätten unsere Fraktionen die Pflicht, zu protestieren. Werden sie es tun?

Täuschen wir uns nicht, es geht bei uns schlimm her in katholischer Hinsicht. Unser Volk ist durch und durch katholisch, ebenso die ungeheure Mehrheit der Volksgemeinschaft. Wir haben jetzt auch eine katholische Presse. Aber unkatholische Faktoren beherrschen wichtige öffentliche Posten dank der Verschlafenheit der Katholiken. Es drängt sich ein böser Einfluß sogar da ein, wo dies am mindesten zu erwarten wäre.

Wir fürchten uns, die Italiener zu verletzen, wir fürchten uns aber nicht, leeren Schlagworten zu folgen, von denen so klug und so mutig Graf Kwielecki geschrieben hat. Wir bangen nicht vor dem Einfluß der Freimaurerei auf unsere Volksgemeinschaft, vor diesen Einflüssen, von denen die „Gazeta Grudziadzka“ so wacker geschrieben hat, sie mit Namen nennend.

Dafür rühmt die öffentlichen Faktoren der „Dziennik Berlinski“, es rühmen sie der „Kurjer Poznański“ und die Rattowher „Gazeta Ludowa“. Diese Lobeserhebungen sind entscheidend für das Verhalten unserer von dem katholischen Volke gewählten Faktoren. Wiederum ein geheimnisvoller Faden, wiederum eine unverständliche Sache. Der „Dziennik Berlinski“, der noch von früherer Zeit her wegen seines unkatholischen Auftretens bekannt ist, das ausgesprochene Organ geheimnisvoller Mächte, — die „Gazeta Ludowa“, das Organ des Abgeordneten Geistlichen Pozpiech, der seinen Diözesan-Bischof offen und mit Namensnennung angegriffen hat, der „Kurjer Poznański“, der am Tage, nachdem unsere Volksgemeinschaft dem gegenwärtigen Erzbischofen ihre Wünsche dargebracht hatte, an denen die Redaktion dieses Blattes persönlich teilgenommen hatte, die Stirn besaß, zu schreiben, daß das polnische Volk sich von der moralischen und physischen Nachgiebigkeit gegenüber ihrem Ehemanne befreien sollte, der „Kurjer Poznański“, welcher ausgesprochen antikatholische Bücher lobt, — das sind die Organe, deren Urteil maßgebend

ist in den katholischen Angelegenheiten unseres öffentlichen Lebens.

Diese Blätter möchten ihre Kontrolle auch auf unsere geistliche Behörde erstrecken. Berüchtigt ist der nach dieser Richtung hin vom „Kurjer“ gebrachte Artikel, der f. Zt. soviel Aufsehen gemacht hat. Jetzt dehnt dieselbe Partei diese Kontrolle aus, indem sie im Auslande Schmähschriften gegen unseren Erzhirten ausschreibt und ihm das Recht abspricht, im Namen unserer Volksgemeinschaft zu sprechen, ihm, dem dieses Recht mehr zusteht, als sonst jemandem.

Aber Gott sei Dank besteht jetzt eine katholische Bewegung bei uns, es besteht eine ganze Reihe von Blättern, die jeden Augenblick bereit sind, für die geistliche Behörde und die Sache der Kirche einzutreten. Die geistliche Behörde steht nicht allein und wehrlos gegenüber Angriffen da, wie dies früher der Fall war. Hoch also die Herzen!

Schlimm geht es bei uns in der Politik her in katholischer Hinsicht, aber es wird vielleicht auch gut werden. Wenn es den Katholiken nur nicht an Energie und Mut gebricht, so werden sie unter dem katholischen Zeichen siegen.

Polen wird wiedergeboren. Achten wir darauf, daß der katholische Einfluß beizeiten in diesem Wiedergeburtprozeß zutage trete!

Aus Nr. 174 des Kraj (Vijša i. P.)
vom 15. Dezember 1916.

Polnische Aufschneideri im Auslande.

Schon wieder schreiben deutsche Blätter, welche ihre Nachrichten aus den Zeitungen der Entente schöpfen, dem den Mittelmächten feindlichen Auftreten der polnischen Emigration eine gewisse, manchmal eine große Bedeutung zu. Wir als Kenner der polnischen Verhältnisse müssen den Erfolg der Aufschneideri in diesem Falle wirklich bewundern, dieser Aufschneideri stets einer und derselben, immer mit Mine, Wort und Geste großtuenden polnischen Gruppe, welche weder in der Heimat noch in der Nation eine wirkliche Grundlage hat. Ist es bei uns anders? Predigen der „Kurjer Poznański“ und die kleine Gruppe von Zeitungen und Leuten, die es mit ihm hält, nicht fortwährend, daß sie die Mehrheit der Volksgemeinschaft vertreten?

Ähnlich ist es auch im Auslande. Auch dort veröffentlicht eine kleine Gruppe von mehreren Leuten, die ohne Einfluß und Bedeutung sind, im Namen der Volksgemeinschaft Proteste und Erklärungen, und es finden sich dann angesehene Zeitungen fremder Nationen, welche die inneren polnischen Verhältnisse nicht kennen und darum diese Aufschneideri ernst nehmen.

Was ist die polnische Agentur in Lausanne? Schon ihr Name ist Lüge und Aufschneideri. Denn es ist das doch kein von der polnischen Allgemeinheit anerkanntes Institut. Das ist geradezu eine nationaldemokratische Agentur, also die Agentur einer Partei, eine Agentur, die mit dem Gelde der Nationaldemokratie unterhalten wird, soweit nicht die Entente selbst das Geld dazu hergibt. Das ist eine nationaldemokratische Agentur, eine Agentur der Entente, eine Agentur des italienisch-polnischen Freimaurertums, eine Agentur irgend jemandes, aber nie und nimmermehr eine polnische Agentur, die das Recht hätte, im Namen der Polen zu sprechen. Ihre Bedeutung im Auslande ist weiter nichts, als ein Triumph der Aufschneideri.

Die ausländische Presse hat über das denkwürdige Werk der Agentur gegen die Proklamation des Königreichs Polen geschrieben. Einige ausländische Zeitungen betonten, daß auch Polen aus Preußen in diesem Protest vertreten seien. Wieder eine mächtige

Aufschneideri! Es hat der frühere Redakteur des „Kurjer Poznański“, Herr Maryan Seyda, welcher am Anfange des Krieges nach der Schweiz vertrieben, protestiert, und sonst niemand. Hier mischt sich die Komödie mit der Tragödie. Komödie ist die Sache selbst, Tragödie ist das, daß diese traurigen Farce, sei es wie es wolle, der polnischen Sache bedeutenden Schaden zufügen. Es wird auch immer allgemeiner bekannt, daß eine von den Ursachen der Verschlimmerung des Gesundheitszustandes Sienkiewicz' und seines beinahe plötzlichen Todes der Gram war, der durch die Tatsache hervorgerufen wurde, daß sich Polen gefunden hatten, die im Augenblick der Proklamierung Polens dagegen protestierten. Es ist auch bekannt, daß die Lausanner Agentur den fränkischen Meister zum Unterschreiben dieser Schmähschrift zwingen wollte. Man drängte ihn in unerhörter Weise hierzu. Aber der Meister sträubte sich dagegen und gab nicht nach. Diese Diskussionen brachten den Meister jedoch um den Rest seiner Gesundheit.

Aus Nr. 176 des Kraj (Vijša i. P.)
vom 17. Dezember 1916.

Im Anschluß an den Artikel des „Kurjer Polski“ Warschau Nr. 340 vom 7. Dezember (Gesamtüberblick Seite 1565) betitelt „Die verfluchte Taktik“ schreibt der „Kraj“:

„überall und immer daselbe! Eine tragische Farce hat sich jetzt in Warschau abgespielt, wieviel mal hat die nationaldemokratische Partei sie auch bei uns in Großpolen und wo anders in Szene gesetzt. Dort zwingt eine Handvoll Schreiber den Vorsitzenden des Fürsorgerats, von seiner Stelle zurückzutreten, auf die ihn das allgemeine Vertrauen berufen hat; bei uns bemeisterte sich eine ebensolche oligarchische Gruppe der Fraktionen, und sie schließt den ehemaligen Abgeordneten Viktor Rulerski, den Führer einer hunderttausend Köpfe starken Schar polnischen Volkes von den Fraktionsitzungen aus. Dort in Warschau erläßt eine aus wenigen Mitgliedern bestehende Partei einen Protest, der sich im „Namen der Volksgemeinschaft“ gegen die Bildung eines polnischen Staates wendet, bei uns geben die aus nationaldemokratischen Gnaden gewählten Abgeordneten von der Landtagstribüne herab Erklärungen ab, die unverträglich sind mit dem Willen des Landes, und sie berufen sich gleichfalls auf irgend eine erträumte Mehrheit, die angeblich hinter ihnen steht. In Warschau verbreiten sie auf den Straßen Schmähschriften unter dem Titel „Der Pranger“ und andere Wißche, alle in den Schmutz ziehend, die nicht auf die nationaldemokratischen Anordnungen achten und sich tätig um das Wohl des Landes bemühen; bei uns kreist von Mund zu Mund geschickt verbreiteter Klatsch, der leichtgläubige Hörer von den furchtbaren Verbrechen dieses oder jenes nationaldemokratischen Faktors überzeugen soll! Es ändert sich nur die Ausstattung, die szenischen Mittel und die Regie sind immer dieselben

Wir schauen mit Vertrauen in die Zukunft. Heute handelt es sich jedoch darum, dieses nationaldemokratische Parteigängertum zu bändigen und seine schädlichen Folgen zunichte zu machen. Kann unsere Volksgemeinschaft gestatten, daß ein Häuflein Agitatoren ihre freie Entwicklung hemme, das Land terrorisiere und uns den Fremden gegenüber kompromittiere? Die letzten Warschauer Vorkommnisse haben die öffentliche Meinung aufs lebhafteste berührt. Die ganze unabhängige Presse des Königreichs und Galiziens spricht mit berechtigter Empörung über sie. Wir, die wir hier täglich die Folgen dieser „verfluchten Taktik“ des Terrorismus erfahren, verstehen sehr wohl

diese Entrüstung. Und wir meinen, daß die öffentliche Brandmarkung dieser politischen und sozialen Schädlinge unserer Sache nur zum Guten gereichen kann.

Aus Nr. 576 des Głos Narodu (Krakau)
vom 7. Dezember 1916.

Der Wert der Posener Arbeit.

Im letzten Heft der Monatschrift „Kos Polski“ (Krakau) finden wir äußerst zutreffende Betrachtungen über das Wesen und den Wert derjenigen Funktionen, welche in dem nationalen Organismus unser großpolnisches Teilgebiet verrichtet. Indem der Verfasser auf das unlängst erfolgte Auftreten des Schriftstellers Stanislaus Przybylski zurückgreift, der sich mit so hoher Achtung über die Tatkraft, die Lebenskraft und die Entwicklungsfähigkeit der Posenschen Volksgesamtheit äußerte, sagt er in dem Artikel des „Kos Polski“ folgendes:

Zu der Überzeugung von dem hohen Wert Posens muß jeder kommen, den keine Doktrin verblendet hat, der es verstanden hat, sich in das Kriegsleben unserer Volksgesamtheit hineinzufühlen und es zu verfolgen. In gewissen Kreisen war es längere Zeit Mode, gegen das großpolnische Teilgebiet ein Anathema zu schleudern, über seine geistige Passivität und Unfruchtbarkeit, über sein politisches Analphabetentum zu klagen. Diese Stimmen verstummen heute schon, nichtsdestoweniger aber hört man bisweilen die Bemerkung, daß die Polen unter preussischer Herrschaft einseitig die Richtung der materiellen Entwicklung eingeschlagen, die kulturelle Arbeit aber dabei vernachlässigt hätten. Wenn dem wirklich so wäre, so könnte man dafür nicht der polnischen Volksgesamtheit die Schuld geben, denn man kann jemanden nicht deswegen beschuldigen, weil er auf die Erhaltung seines Daseins bedacht ist, wenn dieses Dasein gefährdet ist, und weil er die Entwicklung der höheren geistigen Funktionen vernachlässigt. Überhaupt ist diese Gegenüberstellung der wirtschaftlichen Entwicklung Großpolens gegenüber der kulturellen Entwicklung, die Auffassung der ersten als einer gewöhnlichen Jagd nach Wohlstand, nach materiellem Wohlergehen grundsätzlich.

Ohne Zweifel ist die nationale Entwicklung des preussischen Teilgebiets einseitig. Aber einseitig muß überhaupt die Entwicklung einer Nation sein, welche des eigenen staatlichen Daseins beraubt ist, und desto mehr die Entwicklung einer Nation, welche in drei Teile geschieden ist. Es handelt sich nur darum, wie diese Einseitigkeit ist, ob sie in die Tiefe des geistigen Lebens der Nation hineinreicht, oder ob sie eine vorübergehende Knebelung ihrer Entwicklung ist, die sofort in die Erscheinung treten kann, wenn sich nur die Fesseln lösen.

Ein großes Unrecht fügt der polnischen Volksgesamtheit unter preussischer Herrschaft derjenige zu, welcher in ihr nur eine materielle Entwicklung und ausschließlich nur ein Streben nach Erhaltung primitiver Erscheinungen des nationalen Lebens sieht. Er faßt die wirtschaftliche Entwicklung jenes Teilgebiets falsch auf, er bedient sich auch eines falschen Begriffs von der Kultur. Die Kultur in dieser Gegenüberstellung ist nur künstlerische, wissenschaftliche und literarische Kultur, während gerade in den Erscheinungen der wirtschaftlichen Entwicklung des polnischen Teilgebiets die kostbarsten, die ureigensten Kulturelemente enthalten sind. Darin, worin ein wenig geübtes oder voreingenommenes Auge nur eine Sorge um das materielle Dasein sieht, offenbaren sich in Wirklichkeit große sittliche Vorzüge der Volksgesamtheit, im harten Kampfe errungene Fähigkeit und Sachkunde kollektiven Handelns, Ausdauer in der gemeinsamen Arbeit, Wachen über seinem ethischen Niveau, organisatorischer Sinn, die Fähigkeit, sich jeder, sogar der

schwierigsten Lage anzupassen, und vor allem die Fähigkeit des sozialen Lebens, die sich nur auf eigene Kräfte stützt und nur auf eigene Kräfte rechnet — das alles sind Elemente, welche weit entfernt sind von einer Jagd nach Gewinn, obgleich sie heute hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiet in die Erscheinung treten; das sind Dinge, deren sich unsere Kultur am meisten rühmen kann. Einen trefflichen Ausdruck des Verstehens dieser Tatsache sehen wir in dem letzten Roman Stefan Jeromskis „Die Beteuerung des Judas“. Die Gedanken seines Helden Mienaski sind: „Die organisierte Arbeit der Posener, ihre vorzüglichen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Verbände und Organisationen, ihre Verteidigung, welche die ganze Nation schützt, hat ihre Seele an sich gezogen. Nicht Galizien, sondern gerade das Posensche schien ihm der Pimont des polnischen Geistes zu sein. Morgen können die Posener die Lehrer und die Instruktoren ganz Polens werden, können die Disziplin nicht nur der materiellen Kultur, sondern auch des kollektiven Geistes einführen.“

In der Tat können die Genossenschaften, die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Banken oder vielmehr diese Kultur des kollektiven Lebens die belebende Quelle für den Geist ganz Polens werden, denn in ihr drückt sich vor allem das aus, was uns am meisten nützt — eine einheitliche Organisation der Nation, die nach Ansicht sogar der Fremden mit ihrem Charakter einem staatlichen Leben nahekommt, in jedem Falle aber für dieses Staatsleben eine vorzügliche Schule ist.

Aus Nr. 149 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 15. Dezember 1916.

Der Einfluß der großen internationalen polnischen Frage auf die innere polnische Frage im preussischen Staate.

Für die „Gazeta Grudziadzka“ war es schon am Anfang des Krieges klar, daß, wenn der liebe Gott den Lauf der Ereignisse so lenken wird, die Zentralmächte in ihrem eigenen Interesse Polen wiederherstellen werden, — daß dann auch eine Änderung in der antipolnischen Politik im preussischen Staate eintreten müssen.

Dieser Ansicht mußte übrigens jeder sein, der auch nur einigermaßen klar in die Zukunft zu schauen versteht, der alles, was da ist und was um ihn vorgeht, richtig einzuschätzen weiß, und die Fähigkeit besitzt, im gegebenen Falle den Satz in richtiger Weise anzuwenden, daß ähnliche Ursachen auch ähnliche Wirkungen hervorrufen.

Und da haben wir uns schon damals gesagt, daß die Zentralmächte, und hauptsächlich Deutschland, erst dann an die Wiederherstellung Polens denken werden, wenn sie sich überzeugt haben, daß daraus ein Vorteil für das Deutsche Reich entstehen wird. Denn kein deutscher Staatsmann würde, wenn er den Polen auch noch so freundlich gesinnt wäre, sich an der Wiederherstellung Polens beteiligen, wenn er sich jagen müßte, daß daraus irgend ein Schaden für das Deutsche Reich entstehen könnte. Im Gegenteil, er müßte sich dann mit aller Macht gegen eine solche Wiederherstellung wehren.

So handelte ja Preußen zur Zeit der polnischen Aufstände im Jahre 1831 und 1863, weil es damals annahm, daß die Wiedererlangung der Freiheit seitens der Polen den Interessen des preussischen Staates, in welchem sich damals die ganze Politik auf die traditionelle Freundschaft Rußland stützte, schaden würde.

Kein Politiker handelt nämlich aus Freundschaft oder Feindschaft, er tut nichts aus Wohlwollen oder aus Rücksicht auf die Grundsätze der Gerechtigkeit.

Solche Rücksichten gibt es in der Politik nicht, obwohl man manchmal laut von ihnen spricht. In der Politik entscheidet immer nur das politische Interesse allein. Und derjenige unter den Politikern, welcher sich von anderen Rücksichten würde leiten lassen, hat schon im voraus das Spiel verloren.

Wenn also die Staatsmänner Deutschlands die Unabhängigkeit des Königreichs Polen proklamiert haben, so müssen sie zu der Überzeugung gelangt sein, daß diese Unabhängigkeit, d. h. ein von niemandem abhängiges Polen auch dem Deutschen Reiche Vorteile bringen wird. Wir können hier noch bemerken, daß die Proklamierung der Unabhängigkeit des Königreichs Polen schon ein Jahr früher erfolgt wäre. Daß das nicht geschehen ist, daran tragen nicht die Staatsmänner Deutschlands Schuld.

Jeder deutsche Staatsmann also, der sich mit der Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Staates einverstanden erklärte, muß vor allem auch davon überzeugt gewesen sein, daß der wiederhergestellte polnische Staat freundschaftliche Beziehungen zu dem Deutschen Reiche pflegen wird, denn nur in einem solchen Falle könnte doch von einem Vorteil für das Deutsche Reich die Rede sein. Andererseits muß sich aber auch jeder deutsche Staatsmann, jeder irgendwie vernünftige deutsche Politiker gesagt haben, daß das deutsche Reich, wenn es in freundschaftliche Beziehungen zu Polen treten will, es nicht mehr zulassen kann, daß der preußische Staat eine erbitterte, habsburgische Politik gegen seine Polen weiter führe, denn das müßte die Gefühle der Brüderlichkeit bei den Polen in dem neuen Königreich Polen verletzen und das Zustandekommen eines aufrichtigen Verhältnisses in den freundschaftlichen politischen Beziehungen zwischen Polen und dem Deutschen Reich verhindern. Und dann würde die Wiederherstellung Polens dem Deutschen Reiche doch nur schädlich sein können.

Dieselbe Ansicht haben oftmals während des Krieges auch hervorragende deutsche Politiker zum Ausdruck gebracht. So haben wir schon einige Male die Äußerungen des fortschrittlichen Abgeordneten Gothein zitiert, welcher sich schon bald zu Anfang des Krieges dahin aussprach, daß die antipolnische oder habsburgische Politik jetzt schon aufhören müßte. Im zweiten Monate des Krieges schrieb derselbe deutsche Politiker, daß die Wiederherstellung Polens nur dann Anlaß zu Befürchtungen geben könnte, wenn man im preußischen Staate die antipolnische Politik weiter führen wollte. Diese Äußerung Gotheins wurde damals auch von der „Kreuzzeitung“, dem damaligen Organ der höchsten Militärbehörden veröffentlicht.

Uns war es allerdings damals auch schon klar, daß sowohl die Regierung des Deutschen Reiches als auch die Regierung des preußischen Staates bereit wären, die antipolnische Politik aufzugeben, weil sie sich für die Wiederherstellung Polens entschieden hatten, und da hätte auch damals eine vernünftige Politik der polnischen Fraktionen viel ausrichten können.

Daß aber das Aufgeben der antipolnischen Politik notwendigerweise mit der Absicht verbunden sein muß, ein freundschaftliches politisches Verhältnis mit Polen aufrechtzuerhalten, hat neulich auch einer der bedeutendsten deutschen Publizisten, nämlich Herr Professor Delbrück bestätigt, welcher in seiner sehr angesehenen Zeitschrift „Preußische Jahrbücher“ u. a. folgendes schreibt:

Um in dem neuen Königreich (Polen) einen Bundesstaat für uns im wahren Sinn des Wortes zu finden, müssen wir

durchaus das Vertrauen der Polen in Preußen zu gewinnen suchen. Diese Polen müssen jetzt eine sichere Handhabe dafür haben, daß sie auch in unserem Staatsorganismus Polen bleiben dürfen. Man darf sie nicht „Preußen polnischer Zunge“ nennen, denn mit Recht betrachten sie eine solche Bezeichnung als eine Beleidigung für sich. Sie haben ja das Recht, zu verlangen, daß man sie nicht nur mit Rücksicht auf ihre Sprache, sondern auch mit Rücksicht auf ihre ganze nationale Gesinnung politisch als Preußen und somit auch als Bürger des Deutschen Reiches, aber in nationaler Hinsicht als Polen anerkenne.

Soweit Herr Professor Delbrück.

Sehr interessant und zugleich angenehm für uns ist es, daß auch Herr Professor Delbrück das zugibt, daß es für die Polen im preußischen Anteil beleidigend sein muß, wenn man sie als Preußen polnischer Zunge bezeichnet, statt sie als National-Polen, aber zugleich als Bürger des preußischen Staates anzuerkennen.

Denn auch wir haben i. Z. diese Sache dem Herrn Friedberg, Zedlitz usw. deutlich in derselben Weise auseinandergesetzt.

Wichtiger ist aber für uns noch die Tatsache, daß Herr Professor Delbrück feststellt, der Weg zu einem aufrichtigen Bunde mit dem Königreich Polen könne nur dadurch angebahnt werden, daß man das Vertrauen der Polen im preußischen Anteil zu gewinnen sucht. Und das Vertrauen dieser Polen kann wirklich doch nur dadurch gewonnen werden, daß man ihnen eine vollständige Gleichberechtigung verleiht.

Herr Professor Delbrück bestätigt also das, was wir immer schon gesagt und geschrieben haben, daß nämlich die Wiederherstellung des Königreichs Polen, wenn es dem Deutschen Reiche wirkliche Vorteile bringen soll, das Aufgeben der habsburgischen, antipolnischen Politik im preußischen Staate nach sich ziehen muß.

Es gibt aber allerdings Leute, sogar in unserer Volksgemeinschaft, welche, man weiß nicht, aus welchen Gründen, das polnische Volk damit zu ängstigen suchen, daß es auch für die Zukunft nicht anders, ja, vielleicht noch schlimmer sein wird, als es bis dahin war. Diese Leute schwächen nur den Glauben und das Vertrauen zu der göttlichen Vorsehung, sie schwächen den nationalen Geist im polnischen Volke und schaden dadurch gewaltig unserer ganzen Volksgemeinschaft.

Denn es ist klar, daß es doch anders, daß es besser werden muß, und man kann sogar sagen, daß schon auch jetzt vieles zum Bessern sich geändert hat und auch noch ändern wird, worüber wir noch ein anderes Mal ausführlich schreiben wollen.

Aus Nr. 150 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 17. Dezember 1916.

Wir wollen auf Gott vertrauen.

Die Proklamierung der Unabhängigkeit Polens durch die Zentralmächte hielten wir stets für eine Tatsache von außerordentlicher Bedeutung — und wir haben auf sie mit Sehnsucht wie auf einen der glücklichsten Tage in unserem nationalen Leben gewartet. Durch die Manifeste der beiden Kaiser vom 5. November wurde die polnische Frage wieder auf die weite internationale Grundlage gebracht — sie wurde schon zu einer Frage aller europäischen Völker — und gerade darin liegt der unermessliche Vorteil, welcher durch

diese Manifeste vom 5. November dem polnischen Volke gebracht wird.

Es weiß allerdings jeder, — und die Zentralmächte haben es auch offen zugestanden, daß die Manifeste, durch welche die Unabhängigkeit Polens proklamiert wurde, vor allem im Interesse der Zentralmächte erlassen wurden. — Hat aber das polnische Volk gerade deswegen nicht Grund genug, Gott innigst dafür zu danken, daß er die Geschehnisse der Völker so zu lenken wußte, daß das, was das wesentlichste Interesse Polens bedeutet, nämlich seine Unabhängigkeit, zugleich zum wesentlichen Interesse der Zentralmächte wurde? Daß diesen Mächten die Unabhängigkeit Polens, vielleicht nicht so sehr jetzt während des Krieges, — als in der Zukunft, für die Zeit des Friedens so notwendig geworden ist!

Ein deutsches Blatt hat unlängst geschrieben, daß die Polen im allgemeinen — die Deutschen für ihren gefährlichsten Feind halten, und daß sie mehr die staatlich wohlorganisierte Macht Deutschlands, als die brutale Gewalt des russischen — unbeholfenen Riesen fürchten, mit welchem sie nach ihrer Ansicht für die Zukunft leichter fertig werden können. — Es mag ja sein, daß in dem, was jenes deutsche Blatt schrieb, viel Wahres enthalten ist. Aber wenn die Sache wirklich so liegen sollte, ist es dann nicht erst recht klar, daß die göttliche Vorsehung, welche das polnische Volk wegen seines Vertrauens zu ihr offenkundig stets in ihrer Obhut hatte, diese Gemeinschaft der Interessen zwischen Polen und seinem „gefährlichsten“ Feinde geschaffen hat? Aber wenn nun jemand darauf erwidert — ja, aber man weiß doch nicht, was nach dem Kriege sein wird — — Wird man diese Unabhängigkeit, welche man den Polen gewährt hat, nach dem Kriege, wenn sie das ihrige für ihre Urheber schon geleistet, nicht wieder rückgängig machen?

Allen diesen Leuten, welche solche Schreckgespenster zu verbreiten suchen, rufen wir nun zu: „Hört ihr denn die Stimme des Herrn Jesus nicht, welcher zu euch, wie zu seinen ängstlichen Jüngern während des Sturmes spricht: Warum fürchtet ihr euch, ihr Männer kleinmütigen Herzens?“

Ruht denn das Schicksal unseres Volkes wahrlich nicht in der Hand Gottes, oder ruht es nur in der Hand eines Machthabers dieser Welt? Und hat Gott dem polnischen Volke nicht Beweise genug gegeben, daß er es in seiner Obhut hat? Hat uns Gott vor allem zur Zeit dieses Krieges nicht gezeigt, daß er uns in seiner Obhut auch weiter behalten will?

Warum tun diese unklugen, diese am wenigsten vernünftigen Leute immer so, als wenn sie alles besser wüßten, als der liebe Herrgott selbst — oder als ob sie schon solche Vertrauensmänner Gottes wären und von ihm schon heute erfahren hätten, daß nach dem Kriege für das polnische Volk nur alles Schlimme kommen wird? Warum lästern andere wiederum Gott, wenn sie gleichsam behaupten wollen, daß der liebe Gott die Geschehnisse der Welt schlecht gelenkt hat, und daß sie das alles viel besser, viel weiser gemacht hätten?

Es ist fährwahr ein Unglück für unsere Volksgemeinschaft im preussischen Anteil, daß heute in dieser Volksgemeinschaft kleinmütige unkluge, und, — man weiß nicht, ob auch nicht solche Leute die erste Rolle spielen, welche überhaupt an Gottes Vorsehung nicht glauben! Denn wenn sie an eine solche wirklich glauben würden, so würden sie doch nicht so handeln, wie sie eben jetzt handeln; sie würden nicht in polnischem Volke den Glauben an die Vorsehung Gottes schwächen, sie würden nicht Angst und Verzweiflung in die Seele unserer Volksgemeinschaft streuen und dadurch die Lebens- und Widerstandskraft unseres Volkes lähmen.

Warum sollen wir uns alle darüber nicht aus dem Innersten unseres Herzens freuen, was Gott unserem Volke bis dahin schon beschieden hat, indem wir ihn dabei zugleich herzlich darum bitten, daß er uns mit seinem allmächtigen Arm weiter beschützen möge, daß er uns noch mehr schenken und vor allem die Kraft verleihen möge, das alles zu erhalten, was er unserem Volke bis dahin schon gewährt hat.

Möchten doch diese Uhus in unserer Volksgemeinschaft endlich zu heulen aufhören, welche vom Beginn des Krieges an unserem Volke immer nur das Schlimmste prophezeiten — und welche auch dazu beigetragen haben, daß Verzweiflung sich oft des Herzens unseres Volkes und unserer ganzen Volksgemeinschaft bemächtigte. Sie haben es ja zustande gebracht, daß der größere Teil unserer Volksgemeinschaft längere Zeit die Hände müßig in den Schoß legte — ohne auch nur irgend etwas zu unternehmen. Denn sie sagten sich — wozu — und — zu welchem Zwecke, wenn alles doch so wie so vergebens ist!

Weg also mit allen denen, welche auch jetzt noch sogar angesichts des sichtbaren Zeichens Gottes, daß Gott will, daß Polen lebe, angesichts nämlich der Proklamierung der Unabhängigkeit Polens durch die Zentralmächte jede Hoffnung zu erstickern suchen! Weg mit ihnen — in ein Krankenhaus, in eine Heilstätte für Gemütskranke, denn schon der größte Dichter unseres Volkes, Adam Mickiewicz, sagte, daß man Leute, welche an Mangel an Hoffnungslosigkeit erkrankt seien, von den gesunden Menschen ebenso wie diejenigen absondern müsse, welche mit einer ansteckenden Krankheit behaftet seien, und daß man ihnen erst nach ihrer Genesung wieder gestatten könne, mit den Gesunden gemeinsam zusammenzuleben.

Wir aber, die Gesunden, die wir die Hoffnung niemals verloren haben, wir wollen uns im Interesse unseres Herzens darüber freuen, was der liebe Gott unserem Volke bis dahin verliehen hat. Denn dieses Feuer erlaubter Freude über die uns erwiesenen Wohltaten Gottes wird auch unsere Hoffnungen neu beleben und festigen, es wird uns vor allem Kraft verleihen das zu erhalten, was wir von Gott bereits erhalten haben.

Wir wollen uns deshalb niemals die Werke der göttlichen Gnade vereweln lassen, wir wollen ihren hohen Wert nicht durch düstere falsche Prophezeiungen, welche geradezu eine Sünde gegen Gott sind, herabsetzen.

Können wir nämlich einen besseren Beschützer, einen mächtigeren Bundesgenossen — als den lieben Gott haben?

Gott hat allerdings gesagt: „Hilf dir selbst, so werde ich dir auch helfen.“ Aber sollte das polnische Volk sich auch selbst wirklich nicht helfen können? Sollte es ein Volk sein, welches aus lauter Krüppeln, Lumpen und Schwächlingen besteht? Wenn es wirklich so wäre, dann würden die düsteren Prophezeiungen und die Verzweiflung tatsächlich schon am Platze sein. In einem solchen Falle muß unser Volk allerdings elend zu Grunde gehen, es muß zum Dung für andere werden.

Aber so liegt die Sache eben nicht! Unser Volk ist kein Volk von Krüppeln, Lumpen und Schwächlingen. Als solche könnten höchstens nur alle diejenigen gelten, welche stets, wie die Eulen, schreien und falsche unheimliche Weissagungen verbreiten, welche von Zeit zu Zeit Verzweiflung in das Herz unserer Volksgemeinschaft säen. Nur sie sind es — nur sie! Aber unser Volk ist gesund und stark, unser Volk glaubt auch an die Zukunft des polnischen Volkes und bildet selbst sein Fundament.

Unser polnisches Volk hat ja schon Verfolgungen ausgehalten, wie sie kein anderes Volk zu ertragen vermocht hätte. So hat doch schon Sienkiewicz in seinem Briefe an den italienischen Schriftsteller Concetto Pentinatte über Polen gesagt: „Mein Land hat sich an das Leiden schon gewöhnt, es besitzt eine solche Widerstandsfähigkeit, eine solche Energie und Lebenszähigkeit, daß es auch solche Schicksalsschläge zu ertragen imstande ist, welche jedes andere Land schon längst vernichtet hätten.“ Und Sienkiewicz hatte Recht.

Aber diese Lebenskraft und Widerstandsfähigkeit unseres Landes, unseres Volkes kann doch durch jene Leute gelähmt werden, welche selbst an Hoffnungslosigkeit erkrankt sind, jene Uhus und falsche Propheten, welche Verzweiflung in die Reihen unserer Volksgemeinschaft hineintragen. Möge also unsere Volksgemeinschaft solchen Leuten endlich ihre verbrecherische Arbeit, welche eine Sünde gegen Gott und gegen das polnische Volk ist, verbieten, möge sie ihnen den Mund verschließen und sie, so lange sie an Hoffnungslosigkeit noch leiden, von den Gesunden absondern.

Wir wollen uns aber alle vertrauensvoll in den Schutz Gottes und der allerheiligsten Gottesgebärerin, der Königin der Krone Polens begeben. Wir wollen auch aus unseres Herzens Tiefe Gott für alles, was er bis dahin für das polnische Volk getan hat, danken und seinen Namen heilig preisen.

Aus Nr. 286 des Ogródownik (Posen)
vom 15. Dezember 1916.

Aus der letzten Sitzung der (polnischen) Korporation christlicher Kaufleute in Posen berichtet das Blatt was folgt:

„...Es entspann sich auch eine Diskussion über die Sache des Bahnbaues über Strakowo, Kolo, direkt nach Warschau, die leider von den in erster Linie dazu berufenen Faktoren vernachlässigt worden ist. Es wurde beschlossen, wegen des Bahnbaues bei der Posener Handelskammer und der Stadtverordnetenversammlung vorstellig zu werden. Auch die Tatsache, daß den polnischen Banken bisher nicht gestattet ist, ihre Tätigkeit auf das Gebiet des Königreichs Polen zu übertragen, hat kritische Bemerkungen hervorgerufen. Es wurde den Mitgliedern empfohlen, achtsam die wirtschaftliche Entwicklung und den Wirtschaftsstand im Königreich Polen zu verfolgen, um im gegebenen Augenblicke mit ganzer Energie die neue Arbeit daselbst aufzunehmen und sich Andere nicht zuvorkommen zu lassen.

Zum Schluß wurde noch die Tätigkeit des amtlichen Bureaus der Handelskammer in Warschau besprochen, das ziemlich geschickt funktioniert; auch wurden die Vorteile der Zugehörigkeit zu diesem Institut aufgezählt!“

Aus Nr. 289 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 19. Dezember 1916.

Den Geschäftsbericht des Vereins Posener Volksschullehrerinnen

macht der „Dziennik“ zum Gegenstand einer Betrachtung. Er bietet an der Hand des Berichts einen Überblick über die Tätigkeit des Vereins und bemerkt, daß die Mitglieder desselben Schülerinnen zu unterrichten hätten, welche die städtischen Schulen besuchten. Im Anschluß hieran schreibt das Blatt:

„Die tägliche pädagogische Praxis bietet den Lehrerinnen eine Menge Probleme zur Erörterung

und zu Entschliefungen. Das ungeheure Maß der Fragen aus dem Gebiet der Erziehung und der Unterrichtsmethoden verlangt geradezu eine Vertiefung und eine Beleuchtung in den Versammlungen. Jeder der Unterrichtsgegenstände könnte der Reihe nach auf die Tagesordnung gesetzt werden. Indessen erfahrene Themen dieser Art keine Berücksichtigung. Von den drei Vorträgen, welche der Bericht aufzählt, waren zwei der Ausfluß der gegenwärtigen Kriegsverhältnisse, und ihren Gegenstand bildeten 1. die Kriegslitrik, 2. Kriegerheime. In einem dritten Vortrage wurde die Notwendigkeit des zwangsweisen Besuchs einer einheitlichen Fundamentalschule von den Kindern aller Stände und Gesellschaftskreise für die ersten 6 Jahre verlangt.

Wir werden einige Themen allgemeiner Natur aufzählen, welche, wenn sie von rein pädagogischem Standpunkt aus behandelt würden, großes Interesse hervorrufen, gesunde Anschauungen der Mitglieder festigen und zur schönen Wirkung der reichen Arbeit der Lehrerinnen beitragen würden. Hierzu eignen sich z. B. folgende Themen:

1. Die Abhängigkeit der geistigen Entwicklung und der Fortschritte der Schülerinnen vom völligen Verstehen des Unterrichts.

2. Inwieweit sind die Klagen der Posener Kaufleute, welche frühere Schülerinnen der Posener Volksschulen beschäftigen, über deren unzulängliche Schulkenntnisse gerechtfertigt?

3. Weshalb büßt ein so großer Prozentsatz der früheren Schülerinnen der Posener Volksschulen gleich nach dem Verlassen der Schulbänke das Schamgefühl ein?

4. Die Bedingungen eines wirklichen Einflusses des Religionsunterrichts auf die guten Sitten der Mädchen.

5. Die wohlthätigen Folgen einer Verständigung der Lehrerinnen mit den Geistlichen und mit den Eltern in Sachen der Mädchenerziehung.

6. Welche Disziplinarmittel müssen in den Mädchenschulen anstelle der körperlichen Züchtigung in Gebrauch kommen?

7. Liebe, Geduld und Ausdauer als erzieherische Faktoren gegenüber Schulmädchen.

8. Über die Notwendigkeit eines gewissenhaften Sichvorbereitens der Lehrerinnen für die Schulstunden.

9. Die Wichtigkeit der Berücksichtigung des Temperaments und der natürlichen Fähigkeiten der Mädchen in Unterricht und Erziehung.

10. Warum soll in den Mädchenschulen das Volkslid gepflegt werden?

Das Behandeln obiger und ähnlicher Themen würde dazu beitragen, daß die Lehrerinnen ihren edlen Beruf aufrichtig lieb gewinnen würden, was wiederum einen heilsamen Einfluß auf ihr Verhältnis zu den Schülerinnen und auf die Ergiebigkeit des Unterrichts hätte.“

(Die weiteren Mitteilungen des Blattes enthalten nur Tatsachen aus dem Bericht des Lehrerinnenvereins.)

Aus dem besetzten Gebiet.

Aus Nr. 845 des Głos Narodu (Kraukau)
vom 16. Dezember 1916.

Ist der Staatsrat eine Regierung oder nicht?

Ein merkwürdiges Bild stellt die Polemit um den Staatsrat der Tageblätter des Königreichs Polen dar, an welcher sich auch manche Kraukauer Zeitungen lebhaft beteiligen.

Im Königreich Polen kann man gegenwärtig drei Gruppierungen unterscheiden: Die Rechte, die

sich in der „Zwischenparteilichen Fraktion“ gruppiert, die Linke, welche das „Nationale Zentralkomitee“ bildet, und die Mitte, zu welcher mehrere Parteien gehören, welche den Anschauungen des Obersten Nationalkomitees nahestehen und von seinen Organen, d. i. eigentlich von dem verkleinerten Obersten Nationalkomitee unterstützt werden, während die Polnische Sozialistische Partei (P. P. S.) zum nationalen Zentralkomitee übergetreten ist und ihre früheren Bundesgenossen wütend bekämpft.

Zur Verwischung der Klarheit der politischen Gruppierungen im Königreich Polen trägt das bei, daß die Linke und die Mitte, obgleich sie sich heftig bekämpfen, doch dem Nationalrat beigetreten sind und für eine Beteiligung am Staatsrat eintreten, während sich von beiden Räten — wenigstens vorläufig — die Rechte fernhält; auch das trägt dazu bei, daß sich das Programm der Linken zum großen Teil mit dem Programm der Rechten deckt und daß sogar — wie manche Blätter in Krakau und in Lublin mitteilen — Verhandlungen zwischen diesen am meisten von einander entfernt stehenden Gruppen schweben. Die Rechte lehnt es auch in einer ausführlichen Mitteilung nicht ab, unter gewissen Bedingungen am Staatsrat teilzunehmen.

Worum geht also der Streit, und zwar ein so leidenschaftlicher Streit, der in Worten, in Beschuldigungen nicht wählerrisch ist und durch seinen giftigen Charakter in der Tat Argernis erregt, während doch jede der Parteien weiß, daß sie allein ihren Willen nicht durchführen wird, daß es sich darum handelt, den unbekannten Weg zu finden, den das ganze Volk gehen soll? Worum geht also der Streit, wenn alle drei großen Gruppen einmütig behaupten, daß eine Regierung für diesen proklamierten polnischen Staat durchaus nötig sei, wenn die Mitte und die Linke mit einem Heer grundsätzlich einverstanden ist, die Rechte aber die Frage des Heeres nicht a limine ablehnt.

Der ganze Streit läuft auf die Beantwortung der Frage hinaus: Ist der Staatsrat eine Regierung oder nicht? Die Mittelgruppe behauptet, der Staatsrat sei eine Regierung, also könne man schon zur Bildung eines Heeres übergehen, ja man müsse es, während die beiden anderen Gruppen behaupten, der Staatsrat sei keine Regierung, und von der Schaffung einer Regierung die Werbung abhängig machen. Die erste dieser Behauptungen verteidigen auch in längeren Artikeln die „Nowa Reforma“ und der „Gaz“; der letztere ist wütend über die theoretischen Ausführungen, welche dem Staatsrat den Charakter einer Regierung absprechen.

In der Tat, unsere Volksversammlung ist armseelig, wenn so klare Fragen der Gegenstand von Konflikten sein und die Anschauung über die politische Tätigkeit trüben können. Wenn man einverstanden ist, daß sich ein Heer ohne Regierung nicht denken läßt, — ist doch gegenwärtig sogar in Griechenland zuerst die Scheinregierung des Venizelos entstanden, der erst ein Heer gebildet hat, — so sollte es doch keine Schwierigkeiten bereiten, eine solche Frage zu lösen, wie die Analyse des rechtlichen Wesens des Staatsrats, ob er die Merkmale einer Regierung hat. Und doch ist es der Fall! Aber das Papier ist geduldig, und der im öffentlichen Recht ungeschulte Leser liest, weil wir ein ganzes Jahrhundert keine eigenen Gesetze hatten, anstatt in der Zeitung eine Aufklärung zu finden, in den verschiedenen Organen direkt sich widersprechende Behauptung über ein und die selbe Sache.

Der Staatsrat ist nach der Lehre vom Staate keine Regierung; er bildet eine beratende Körperschaft in Fragen namentlich der Gesetzgebung, aber auch der Verwaltung. So faßt die Wissenschaft einen Staatsrat auf, einen solchen Standpunkt hatten und haben die Staatsräte, die bestanden haben oder bestehen, auch

jene, welche das Großherzogtum Warschau und das Kongresskönigreich hatte. Steht doch die deutsche Wissenschaft vom Staate hoch, sehr hoch, sie präzisiert die Rechtsbegriffe sehr exakt; würde man also, wenn man eine vorläufige Regierung schüfe, sie nicht „Regierung“, sondern „Staatsrat“ nennen? Wozu? Etwa aus Unkenntnis der rechtlichen Bezeichnungen? Das wird wohl den Deutschen niemand vorwerfen. Also dazu, um die aktive Bedeutung dieser Regierung zu verkleinern? Diesen Zweck wird wohl auch niemand argwöhnen.

Wenn man also behauptet, daß der Staatsrat — eine Regierung ist, so müßte man wohl annehmen, daß man dieser Einrichtung wenigstens teilweise die Attribute einer Regierung gegeben hat, daß er also irgend eine gemischte Einrichtung ist.

Die „Nowa Reforma“ stellt sich auf den Standpunkt, daß nämlich der Staatsrat zum Teil eine Regierung sei, auch der Verfasser des Artikels im „Gaz“, der jedoch, mit den Bezeichnungen des öffentlichen Rechts besser vertraut, offenbar selber nicht daran glaubt, was er predigt, und sagt, daß die Regierung ein Staatsrat sei oder ein Regent, während doch der Staatsrat und Regent zwei ganz verschiedene Dinge sind.

Am breitesten setzt die Sache ein Artikel des Warschauer „Kurjer Polski“ auseinander, der am weitesten geht, am meisten verwirrt ist und mit folgender Schlussfolgerung schließt:

„Auf diese Weise setzt sich die neue Verfassung aus folgenden grundsätzlichen Organen zusammen: Einem gesetzgebenden Organ — dem Staatsrat. Zwei Organen der Initiative. — dem Staatsrat und den Kommissaren der Okkupation.

Zwei ausführenden Organen: der ausführenden Kommission des Staatsrats und den Okkupationsbehörden.“

Das erste dieser Organe nennt der Artikel auch eine „gesetzgebende Regierung“ über dieser Regierung, d. i. der Staatsrat ist „eine Obrigkeit in Form der Okkupationsregierungen“, zu denen die Gutheißung oder Bestätigung der von dem Staatsrat gegebenen Gesetze gehört.

Der Verfasser des Artikels hat ein neues Organ entdeckt: „Das Organ der Initiative“. Bis jetzt kannte die Lehre vom Staate nur ein Recht der Initiative, welches gewissen Organen des Staates diene. Auf diese Weise hat der Verfasser, sich selbst durch die Schaffung des neuen Organs der Initiative suggestionierend, dem Staatsrat ausschließlich gesetzgeberische Attribute eingeräumt, was der Verordnung über den Staatsrat ausdrücklich widerspricht, welche dem Staatsrat nur die Vorbereitung eines Entwurfs des Landtags überträgt, für sich aber das Recht der Gesetzgebung behält, hinsichtlich deren sie den Staatsrat um die Meinung fragen kann, aber nicht muß. Der Staatsrat kann Anträge stellen, aber nirgends ist gesagt, daß die Okkupationsbehörden sie ohne Änderungen bestätigen können. Und um diese Konfusionen voll zu machen, nennt der Verfasser des Artikels den Staatsrat eine „gesetzgebende Regierung“, seine ausführende Kommission aber bezeichnet er als „ausführendes Organ“. Bis jetzt redete man immer und überall von einer gesetzgebenden Gewalt, von einer Regierungsgewalt und von einer richterlichen Gewalt, noch niemand hat aber etwas von einer „gesetzgebenden Regierung“ gehört, da die Regierung etwas anderes und die gesetzgebende Gewalt ebenfalls etwas anderes ist. Und in Anbetracht dessen wird wiederum durch irgend ein Wunder — wenn der Staatsrat eine gesetzgebende Behörde wäre, seine „ausführende Kommission“ (die er übrigens erst bilden kann), ein „ausführendes Organ“, also ein Organ der Regierung? Und doch setzt die Verordnung im Sinne der Theorie —

klar fest — daß der Staatsrat Entwürfe vorbereitet, also eine beratende Körperschaft in der Gesetzgebung oder auch in der Verwaltung ist. Aber die Regierung, die allein auch über die Gesetzentwürfe entscheidet, die auch nur in ihren Händen die Exekutive hat, hat nur die niederen ihr untergebenen Behörden, die von dem Staatsrat ganz unabhängig sind: diese Regierung bilden nach der Verordnung einzig und ausschließlich die beiden Generalgouverneure.

Man braucht wohl nicht mehr hinzuzufügen, ob der Staatsrat eine Regierung ist. Das ist für jeden klar, der die Verordnung einfach lesen kann und ihre Vorschriften so verstehen will, wie sie ganz in Übereinstimmung mit der angenommenen Bedeutung der Rechtsbegriffe lauten, der aber in sie keine eigenen Gedanken oder Forderungen, die dem Text des Gesetzes ganz fremd sind, hineininterpretiert.

Aus Nr. 632 des Czas (Krakau)
vom 16. Dezember 1916.

Das polnische Heer und der Staatsrat.

Der Glos Lubelski teilt mit:

Die Herren Siegiemund Chrzanowski und Stefan Kozłowski verlasen folgende Erklärung dem Grafen Verchenfeld auf seinen dem Fürsten Józef Lubomirski am 7. Dezember 1916 ausgedrückten Wunsch:

„Die politischen Faktoren, die sich um uns gruppieren, stehen auf dem Standpunkt der auf demokratische Grundsätze gestützten nationalen Politik. Diese Faktoren verstehen, daß die Verantwortlichkeit in dem heutigen geschichtlichen Augenblick mit ihrer ganzen Last auf das Volk fällt, dessen Willensausdruck nur eine rechtmäßige nationale Vertretung sein kann. Die Übertragung des Rechts der Fassung von Beschlüssen in grundsätzlichen Angelegenheiten des Landes in die Hände von gelegentlich gruppierten Einzelpersonen wäre ein Akt der Annäherung, eine politische Körperschaft dieser Art aber wäre — eine Oligarchie.“

Aus dem Vorstehenden erhellt:

Ein Staatsrat hat kein Recht, über das Los eines Landes zu bestimmen, und kann nicht den Charakter einer Nationalregierung haben, sondern sollte sich als vorläufige Einrichtung vor allem mit einer möglichst raschen Einberufung einer normalen nationalen Vertretung, d. i. eines Landtages, befassen.

Der Staatsrat sollte die Entscheidung über die Bildung eines polnischen Heeres, sogar eines freiwilligen Heeres der Instanz des Landtages übertragen. In Polen gibt es nicht und kann es nicht geben einen Faktor, der das Recht hätte, diese Instanz zu ersetzen. Die Anhörung der Stimme der breitesten demokratischen Schichten ist hier besonders unumgänglich notwendig, denn ihre unmittelbare Beteiligung ist bei der Bildung der militärischen Mächte durchaus notwendig.

Der Staatsrat muß innerhalb der Grenzen seiner Zuständigkeit in der polnischen Volksgesamtheit Autorität besitzen: um dieses Ziel zu erreichen, sind in ihn Einzelpersonen zu berufen, welche sich allgemein des Rufes politisch reifer und des Verantwortungsgefühls hervorragend sich bewußter Männer erfreuen.

Der Staatsrat sollte eine zivilpolitische Einrichtung sein, die in diesem Rahmen mit einer vollen Selbstständigkeit der Initiative und der inneren Entscheidung ausgestattet wäre.

Die von dem „Glos Lubelski“ gebrachte Erklärung stellt fest, daß sich die „Zwischenparteiliche Fraktion“ bereit erklärt habe, dem Staatsrat beizutreten, sofern diesem die Aufgabe der Organisation des polnischen Heeres entzogen wird. Wir zweifeln nicht, daß diese Forderung abgelehnt werden wird. Sie steht im

grundsätzlichen Widerspruch mit den Wünschen der anderen Parteien, die da verstehen, daß dies ein Versuch ist, die Entstehung des polnischen Heeres zu vereiteln. Die „Neutralen“ rechnen offenbar darauf, daß ein Heer, welches ohne Beteiligung des Staatsrats organisiert werden würde, bei der polnischen Volksgesamtheit auf Widerstand stoßen würde.

Aus Nr. 675 des Kurjer Polski (Wien)
vom 10. Dezember 1916.

Die Ziemia Lubelska über die Berufung des Staatsrats.

Die „Ziemia Lubelska“ (Lublin) schreibt in Sachen der Berufung des Staatsrats:

Die Verordnung über den vorläufigen Staatsrat erfüllt den von der polnischen öffentlichen Meinung erhobenen Wunsch der Mitarbeit an der Einrichtung des neugeschaffenen Staats. Dieser Akt bildet vor allem eine weitere Bestätigung des festen Willens der Mittelmächte, alles zu tun, was nur im Rahmen der gegenwärtigen Verhältnisse möglich ist, zum Zwecke der Ermöglichung der Einrichtung des neuen Staates und zu dem Zwecke, ihm seine Dauer und Kraft zu versichern. Es ist ein vorläufiger Staatsrat berufen worden, in welchem Vertreter der ganzen Volksgesamtheit, die ihre Wünsche und Lebensinteressen kennen, sofort eine fruchtbare Tätigkeit einleiten werden durch Vorbereitung der Grundlagen für den Bau des polnischen Staatswesens auf dem Wege einträchtiger Mitarbeit bei der Bildung der weiteren staatlichen Einrichtungen im Königreich Polen. Gegenwärtig wurde ein Institut ins Leben gerufen, dessen Vorsitzender den Titel Kronmarschall erhält, was eine Fortsetzung der noch in der Überlieferung fortlebenden Einrichtungen Polens bedeutet, die wieder ins Leben gerufen werden. Der Staatsrat als Baumeister des Staats soll die ersten Fundamente unter den Bau legen, von denen ganze Geschlechter träumten. Diese Aufgabe ist ehrenvoll, aber auch verantwortlich.

Aus Nr. 346 des Naprzód (Krakau)
vom 17. Dezember 1916.

Generalgouverneur v. Beseler über die Lage.

Warschau, den 16. Dezember.

Gestern um 12 Uhr mittags berief Generalgouverneur v. Beseler in das Schloß die Vertreter aller örtlichen politischen Gruppen in der Zahl 46, an die er eine 1½stündige Ansprache richtete, welche die Lage und die Absichten der deutschen Regierung gegenüber dem Standpunkt der polnischen Volksgesamtheit darlegte. Er schloß seine Ansprache mit der Erklärung, daß die Liste der Mitglieder des Staatsrats innerhalb 24 Stunden aufgestellt werden müsse.

Die erste Schule von Instruktoren des polnischen Heeres.

Warschau, den 15. Dezember.

Von morgen ab beginnt die erste Schule von 120 Instruktoren des polnischen Heeres ihre Tätigkeit. Die Beschäftigungen werden bis zum 30. dauern, worauf ein zweiter Lehrgang von Instruktoren organisiert werden wird. Als Instruktoren sind deutsche Offiziere kommandiert, die sich polnisch verständigen können. Jeder Kompanie ist ein Leutnant, dem Bataillon — ein Oberleutnant, dem Regiment ein Stabshauptmann zugeteilt. Das Reglement bleibt das alte der Legionen, die Manlicher werden durch Mausergewehre ersetzt. Die deutschen Instruktoren tragen Armbinden in polnischen nationalen Farben

Aus Nr. 349 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 17. Dezember 1916.

Die Erklärung der Anhänger der Autonomie.

In der gestrigen Nummer haben wir kurz den Inhalt der Erklärung wiedergegeben, die das sogen. „Nationale Komitee“, das gegenwärtig in Petersburg und zum Teil auch in der Schweiz residiert, veröffentlicht hat.

Diese Erklärung steht im Widerspruch mit den grundsätzlichen Forderungen, die von allen politischen Gruppen des Landes, einschließlich der Realisten und Nationaldemokraten, angenommen worden sind. Alle Gruppen, alle politisch denkenden Bürger im Lande, haben sich entschieden zu dem Programm der Unabhängigkeit bekannt. Die Unterschiede stecken nur in der Taktik bezüglich der Verwirklichung dieses Programms. Die Herren Wielopolski, Dmowski, Nowodworski und Genossen stellen als Programm — die Autonomie für die unter dem russischen Joch vereinigten polnischen Landestiele auf.

Wenn diese Vereinigung von uns abhängen würde und wenn sie irgendeine Aussicht auf Verwirklichung hätte! Aber die Herren werden gewiß selbst nicht an die Worte glauben, die sie aussprechen.

Warum treten sie also mit dieser traurigen Erklärung hervor?

Glauben sie, daß sie auf diese Weise die in Rußland wohnenden Polen vor der Verfolgung bewahren werden?

Tatsächlich beunruhigt uns alle das Los unserer Flüchtlinge und Exilierten in hohem Grade. Die Rücksicht darauf kann jedoch für die Zukunft des ganzen Volkes nicht entscheidend sein. Das wiedergeborene und kräftige Polen wird sich für seine Brüder einsetzen können, wird sich die Achtung seiner mächtigen Nachbarn sichern können. Die Politiker, die da verkünden, daß sie die russische Sklaverei über die Freiheit setzen, werden diese Achtung in Rußland nicht erlangen. Sie werden keinen Glauben für ihre Erklärung finden, sondern im Gegenteil überall den Verdacht erregen, daß ihre Erklärung erlogen ist und daß sie damit die russische Regierung und das russische Volk betrügen wollen. Wenn man ihnen jedoch glauben sollte, o müßte man aufhören, sie als echte Polen, als wirkliche Vertreter des polnischen Volkes zu betrachten.

Unter den Namen, die unter jener Erklärung prangen, fällt uns das Fehlen der Unterschriften des Barons Kronberg und des Grafen Lubinski, der beiden Vizepräsidenten der Partei für reale Politik, auf. Ferner fehlen die Unterschriften von Erasmus Bilz und E. Dobiecki. Von dem Baron Kronberg haben wir gehört, daß er in der letzten Zeit von den Petersburgern Anhängern der Autonomie abgerückt sei, daß er seinen Sohn aus der Armee herausgenommen und nach Amerika geschickt habe. Man könnte daraus den Schluß ziehen, daß selbst unter den früheren Mitgliedern des „Nationalen Komitees“ Unterschiede der Anschauungen vorhanden sind.

Die Erklärung ist fast ausschließlich von Politikern unterschrieben, die zur Nationaldemokratie oder zur Partei für reale Politik gehören. Im Lande selbst haben jedoch diese beiden Parteien eine andere Stellung eingenommen. Beide betrachten sich als „Unabhängigkeitsparteien“. Wenn die Allgemeinheit an ihre Unabhängigkeitswünsche glauben soll, dann müssen sowohl die Nationaldemokraten, wie auch die Realisten ihre Stellung gegenüber der Petersburger Erklärung klar zum Ausdruck bringen.

Eine und die selbe Partei kann nicht in Petersburg eine andere Politik treiben als in Warschau. Die „Zwischenparteiliche Fraktion“, in der die nationaldemokratischen und realistischen Elemente vereinigt sind, müßte sich klar und deutlich aussprechen. Die

„Zwischenparteiliche Fraktion“ hat sich zu einer strengen Kritik und zu einem Protest aufgeschwungen, als es sich um die Politik des galizischen Obersten Nationalen Komitees handelte. Sie stützte sich damals auf die Behauptung, daß das einzige Streben der Polen im Königreich der unabhängige Staat sei. Sollte sie nun gegenüber der Erklärung der Petersburger polnischen Anhänger der Autonomie schweigen?

Man muß mit offenen Karten spielen.

Aus Nr. 347 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 14. Dezember 1916.

Partei- und persönliche Angelegenheiten.

Nach einem langen und langwierigen inneren Prozeß haben sich fast alle politischen Parteien im Königreich Polen auf einen einzigen Boden gestellt: alle erkennen an, daß nur ein unabhängiger polnischer Staat, der durch alle gehörigen Attribute der Unabhängigkeit gesichert wäre, die einzige wirkliche Lösung der polnischen Frage ist. Dieses Programm ist heute in Polen allgemein.

Doch folgt daraus nicht, daß die Annahme eines solchen gemeinsamen Programms alle Unterschiede ausgleichen wird, welche die einzelnen Teile des organisierten politischen polnischen Gedankens voneinander trennen. Die bedeutende Mehrheit der Parteien hat erkannt, daß das nationale Interesse eine möglichst rasche Verwirklichung des Aktes vom 5. November anzustreben gebietet, daß alle Anstrengungen und Opfer aufgebracht werden müssen, um den Bau Polens in Angriff zu nehmen und möglichst bald zustandezubringen. Andere Gruppierungen mit der Nationaldemokratie an der Spitze halten dafür, daß gerade nichts getan werden dürfe, daß es am besten sei, ruhig und artig zu sitzen, wenn sich die Älteren zanken. Wenn es nicht gewiß ist, ob der Vater oder die Mutter die Oberhand gewinnen wird, ist es sicherer, das Erbarmen des Geschicks sowie die gute Laune derjenigen, welche schließlich entscheiden werden, ruhig im Winkel sitzend abzuwarten.

Wir werden uns heute in eine Charakteristik dieser beiden Lager, der Aktivisten und Neutralisten, nicht einlassen. Die ganze polnische Intelligenz, alle rührigen Elemente haben sich tätig auf die Seite der aktiven Politik gestellt. Und auf die andere Seite? Eine Handvoll von Politikern des vergangenen Zeiteabschnitts, die eifrig den Befehlen lauschten, welche aus der Emigration kommen. Die Kräfte wären ganz ungleich, wenn nicht die Tatsache wäre, daß breite Schichten, namentlich die ländlichen Schichten sich mit politischen Angelegenheiten überhaupt nicht befassen. Diese Schichten beobachten Passivität, nicht deshalb, weil ihnen dies die politische Überzeugung gebietet, sondern deshalb, weil sie überhaupt keine reife Ansicht haben, weil es ihnen am politischen Selbstbewußtsein fehlt. Die Neutralisten glauben, daß diese Masse zu ihnen gehöre. Sie irren sich, diese passive Masse gehört bisher zu niemandem. Und wem sie folgen wird, das ist noch eine große Frage.

Der Wiederaufbau des polnischen Staates setzt das schlafende polnische Rittertum immer stärker in Bewegung, ruft Begeisterung und Eifer hervor. Leider macht der polnische Aktivismus von diesen Verhältnissen nicht in genügendem Maße Gebrauch. Während sich die Neutralisten demütig dem Kommando der Nationaldemokratie unterwerfen und mit den von dieser erprobten Methoden der Intrigue und Hinterlist den Kampf aufnehmen, die ihnen unbequemen Leute beiseiteschieben, von den Diensten der befreundeten Verfasser von Schmähchriften Gebrauch machen, Sendlinge im Lande verbreiten (und es

ist leicht, die Leute dazu zu ermuntern, nichts zu tun!.) ist die Frage erlaubt, was unsere Aktivisten tun?

Sie beginnen einen Feldzug mit inneren Streitigkeiten, mit gegenseitigem Mißtrauen, mit gegenseitigen Anklagen.

Fürwahr, sich ein schmerzlicheres Schauspiel zu denken, hält schwer! Der „Pranger“, die Flugchriften und Falsifikate waren Emanationen aus den neutralistischen Erdgeschossen. Welche Freude muß unter den Anhängern der Nationaldemokratie der Brief hervorrufen, welcher mit dem Namen eines der tätigsten Aktivisten, eines ausgezeichneten Literaten (Sieroszewski) unterzeichnet und gegen einen bekannten polnischen Militärpolitiker (Sikorski) gerichtet ist und ihn der unwahrscheinlichsten Verschuldungen bezichtigt! Und diese ganze Aktion wird von dem einflussreichen Teil des Aktivismus in einem Augenblick geführt, da die polnische Regierung und das polnische Heer geschaffen werden sollen, in einem Augenblick, da wir die größte Achtung für die zukünftigen politischen Behörden verbreiten und befestigen sollen.

Der Argernis erregende Kampf, welcher um die beiden Namen geführt wird, — und hinter jedem dieser Namen steht eine ernste politische Organisation — muß aufhören. Polen ist nicht so reich, daß es sich der Männer entledigen könnte, dessen Wert zu schätzen es gelernt hat. In der im Entstehen begriffenen staatlichen Organisation wird sich der richtige Platz für den einen und für den anderen finden, — denn diese beiden Männer sind nötig, unbedingt nötig. Das allgemeine Interesse steht über dem Parteinteresse. Vor ihm müssen um so mehr persönliche Animositäten zurücktreten. Aber vor allen Dingen müssen wir mit dieser Methode der gegenseitigen Bekämpfung brechen, die wir bei unseren Gegnern stets bekämpft haben, die uns um so unangenehmer berührt, wenn wir sie bei Freunden antreffen. Mit Recht schreibt der Krakauer „Czas“, daß ein derartiges Geschrei- und Lärmmachen, eine solche Anwendung einer scharfen Taktik, die sogar mit verschiedenen Konsequenzen droht, — daß diese ganze demagogische Agitation für die große Sache sehr schädlich werden kann. Und noch eine verhängnisvolle Sache: In diese Agitation werden Organisationen hineingezogen, denen überwiegend die Jugend angehört, in diese Agitation wird vorwiegend die Jugend, in eine Agitation, welche in den Mitteln nicht wählerisch ist, wird die polnische Jugend hineingezogen! Ist das erlaubt?

Man muß zur Besinnung kommen. Wenn in einem so großen Augenblick, wie der gegenwärtige, die Sache der Parteilosungen und, was noch schlimmer ist, die Sache von Personen zu einem einmütigen solidarischen Handeln nicht diejenigen Elemente zulassen würde, die von einer einzigen heiligen Idee beseelt sind, müßte man fürwahr an der Zukunft der Nation verzweifeln.

Aus Nr. 627 des Goniec (Warschau)
vom 13. Dezember 1916.

Die Unbeständigkeit der Obstruktion.

Wenn wir der Auffassung beipflichten, daß man unsere politischen Parteien in aktivistische, opportunistische und passivistische einteilen kann, so drängt sich die Frage auf: Welche von diesen Gruppen können sich unter einander verständigen, um in den Angelegenheiten der laufenden Politik einträchtig vorzugehen?

Natürlich kann eine Verständigung zwischen der ersten und dritten Gruppe in keinem Falle zustande kommen, und es bleibt nur übrig zu erwägen, in welcher Weise die Opportunisten im Laufe der letzten drei Monate balanciert haben, indem sie bald nach rechts,

bald nach links einen schönen Knix machten. Dies begann nach der Versammlung vom 3. September, deren Entschliebung Rußland den Kampf ansetzte und das Streben des polnischen Volks nach einem auf ein Bündnis mit den Mittelmächten gestützten eigenen Staat feststellte.

Das war ein Blik aus heiterem Himmel für die Passivisten, welche diese Entschliebung als eine Herausforderung der Entente ansahen, und zwar in einem Zeitpunkt, als nach ihrer Meinung die Mittelmächte schon ganz erschöpft waren. Sie erhoben also Einspruch gegen die Entschliebung, indem sie die politischen Kompetenzen der Veranstalter der Versammlung in Zweifel zogen.

Dies war gleichzeitig eine schöne Gelegenheit für die Opportunisten zur Aufstellung eines Programms nach drei Fronten; sie verfehlten nicht, von ihr Gebrauch zu machen und an die Aktivisten ungefähr folgende Worte zu richten: „Wir sind zwar von Preußenfreundlichkeit weit entfernt, aber in diesem Falle gehen wir mit euch, schlagen wir zusammen gegen die Passivisten los.“ Nicht lange jedoch währte diese schöne Harmonie, denn es kam die sogenannte Legionenkrisis. Selben pflegen Augenblicke menschlicher Schwäche zu haben, und die größten Heerführer begehen bisweilen Fehler. Das „profanum vulgus“ fühlt die Erhabenheit ihres Charakters nicht, preist die Augenblicke der Schwäche, versteht aber nicht die Größe ihrer kollektiven Taten und zollt dem Fehler Beifall. Mit welcher Freude erfüllten sich doch die Herzen der Passivisten: „Wenn dem so ist, sagten sie, so tretet doch aus den Legionen aus und geht an die Arbeit des täglichen Brots.“

Und es stimmten ihnen die Opportunisten zu: „Tretet aus den Legionen aus, denn auf diese Weise werden wir auf die Mittelmächte einen Druck ausüben und bessere Bedingungen erlangen“, und sie fügten leise hinzu: „Bildet ein privates Heer“.

Schwere Zeiten durchlebten damals die Aktivisten, bevor sie sich zu der Lösung entschlossen: „Die Krisis durchhalten, die Legionen erhalten.“

Diese Eintracht der Opportunisten mit den Passivisten währte bis zum 5. November, denn während nach den Ersteren dieser Tag der Anfang einer neuen Epoche der polnischen Geschichte war, besaß nach den anderen der auf Vorschriften des Völkerrechts gestützte Akt von der Unabhängigkeit keine Bedeutung.

So gingen also einige Zeit die Aktivisten wiederum zusammen mit den Opportunisten; aber sie entzweiten sich bei der ersten Gelegenheit, als es sich um den Beginn einer staatschöpferischen Tätigkeit, in erster Linie um die Bildung eines polnischen Heeres handelte.

Die Aktivisten nahmen hier sofort einen bestimmten und umschriebenen Standpunkt ein: an der Ostgrenze durch einen Wall aus fremden Brüsten verteidigt, haben wir die Möglichkeit, ein eigenes Heer zu bilden. Diese Möglichkeit ist der Atmosphäre des Krieges entsprungen, und man muß sie eifertigst gebrauchen, wiewohl die Angelegenheit ungeschickt hingestellt worden ist. Ganz anders war der gemeinsame Standpunkt der beiden übrigen Gruppen, obwohl sich die Beweggründe, welche die Opportunisten zur Einnahme dieses Standpunkts bewogen, von den Beweggründen der Passivisten grundsätzlich unterschieden.

Diese Letzteren vernünftelten in folgender Weise:

„Wir haben die Entente beleidigt, weil wir die Unabhängigkeit aus den Händen der Mittelstaaten angenommen haben. Nun, es ist geschehen, übrigens war dies eine höhere Gewalt. Suchen wir aber wenigstens jetzt alles zu tun, was in unserer Kraft liegt, um nicht zuzulassen, daß der Entente der Krieg erklärt wird: nehmen wir daher den Standpunkt der Obstruktion gegen die entstehen sollende polnische Armee und Regierung ein, machen wir in den Entwürfen Verbesserungen und halten wir dadurch die

Entstehung der staatlichen Einrichtungen auf, und wir werden vielleicht den Zeitpunkt erleben, wo sich die kriegführenden Parteien gegenseitig vernichten und wir nicht gezwungen sein werden, uns für irgend eine Seite zu erklären.

Auf diese Weise werden wir gute Beziehungen zu England und Frankreich unterhalten und unsere Kräfte für die Zeit nach dem Kriege sparen."

Gemäß einer solchen Orientierung kann sich die Verwirklichung des proklamierten Grundsatzes eines unabhängigen polnischen Staats nach den Passivisten nur unter Beteiligung der polnischen Volksgesamtheit selbst vollziehen, und zwar durch ihre gesetzlich gewählten Vertreter, zu denen auch die Entscheidung über die Richtung der polnischen Politik und des Verhaltens des Volks gehört. Die Passivisten hegen die Hoffnung, daß die Richtung der polnischen Politik dann in ihrem Sinne ausfallen werde; in jedem Falle aber sind sie ganz gewiß, daß sie auf diese Weise den Bau der staatlichen Einrichtungen, die Bildung eines Heeres auf einen sehr langen Zeitraum verschieben.

Und hören wir, was die Opportunisten sagen:

"Wir fordern, daß ein Landtag einberufen und ein Nationalrat gebildet werde, damit an dem Bau des polnischen Staates alle Schichten mitarbeiten. Das polnische Heer kann nur von der dazu ermächtigten polnischen Staatsbehörde berufen werden, denn der Herr über das polnische Blut kann nur die polnische Regierung sein."

Wie wir sehen, sagen das selbe die Passivisten. Unseren Opportunisten handelt es sich um die Unterstüßung des polnischen Staatswesens auf der breiten Grundlage der Volksmassen: sie streben nach Verwirklichung der demokratischen Forderungen bei der Schaffung der Gesetzmäßigkeit des polnischen Staates, aber die von ihnen gewählte Taktik der Obstruktion führt nicht zum Ziele. Aus ihrer Forderung ergibt sich, daß das polnische Heer die letzte Aufgabe in dem Bau des polnischen Staats sein soll, wenn aber die Zeit zur Lösung dieser Aufgabe eintreten wird, wird sie vielleicht überhaupt nicht zu lösen sein.

Und es ist etwas Sonderbares geschehen! Diese Leute, denen es, wie es scheinen möchte, wirklich auf ein unabhängiges Polen ankommt, unterstützen die Taktik derjenigen, welche die Konzeption eines unabhängigen Polens in keiner Weise anerkennen wollten, welche gegen die Verwirklichung dieser Konzeption alle verfügbaren Kräfte richteten, diejenigen dagegen, welche das Schicksal ihres Vaterlandes gern an die Spitze des Tages des „grand-duc“ gehettet haben wollten, freuten sich über die Eroberung Rußlands und erwarteten die Eroberung Krakaus und Polens, damit endlich das vereinigte Polen eine russische Autonomie erhalten könnte.

A. S.

Aus Nr. 623 des Goniec (Warschau)

vom 11. Dezember 1916.

Was hat die Bauernversammlung erreicht und was hat sie nicht erreicht?

I.

Betrachten wir Punkt für Punkt — schreibt der „Lud Polski“ — was durch diese Bauernversammlung erreicht werden sollte und was für die Sache des Volkes erreicht worden ist.

1. Wir bezweckten und erreichten das eine, daß der polnische Bauer den Seinigen und den Fremden Achtung vor sich selber aufnötigte. Schon der Umstand zeugte von dem Verstande und der Reife des Bauern, daß er auf unsere kurze Aufforderung hin so zahlreich aus allen Teilen des Landes erschienen ist und alle Schwierigkeiten und Befürchtungen überwunden hat, die ihm die Provokateure ins Ohr bliesen. Und in der

Bersammlung selbst erweckte er durch seine Reden und sein ernstes Verhalten die Achtung und die Bewunderung aller derjenigen, die die Versammlung mit Spannung verfolgten.

2. Wir bezweckten und erreichten in vollem Umfange den Nachweis, daß Rußland die ganze Welt betrügt, wenn es behauptet, daß der polnische Bauer sich nach dem Moskowiter sehnt und Kosakenknete zurückwünscht. Die Reden der Bauern und die Beschlüsse der Versammlung haben gegen diese russischen Lügen Protest erhoben und vor der ganzen Welt festgestellt, daß der Bauer an dem unabhängigen Polen festhält und die Proklamierung eines eignen Königs mit lauter Stimme verlangt.

3. Es ging uns darum, bei den Deutschen Achtung vor Polen zu erwecken, darum haben wir ihnen den polnischen Bauern gezeigt. Denn da sich die Geschichte nach dem Willen der göttlichen Vorsehung schon einmal so gestaltet hat, daß der Aufbau eines mächtigen polnischen Staates sowohl im Interesse der Deutschen, als auch im unsern eignen liegt, so mögen die Deutschen sich mit eignen Augen überzeugen, daß der unabhängige polnische Staat, wenn er sich auf den gesunden und geachteten polnischen Bauern stützt, eine Macht werden kann. Das war unser Zweck, der auch vollständig erreicht worden ist. Wir wissen, daß die Masse der Bauern in der Versammlung und die Bauernabordnung im Königschlosse durch ihre Bauernwürde, ihren schlichten Verstand, ihre Haltung als rechtmäßige Besitzer des polnischen Bodens bei allen deutschen Würdenträgern Achtung für Polen erweckt haben.

4. Es ging uns darum, daß der durch die lange Sklaverei unterdrückte und getretene polnische Bauer seine eigne Kraft spüre, den Glauben an sich selbst gewinne, sobald er sich in einem großen Haufen aus allen Teilen unseres von dem russischen Joch befreiten Landes befindet. Diesen Zweck haben wir in vollem Umfange erreicht. Tausende von Bauern durchströmten das Versammlungsbüro, unsere Redaktion und die verschiedenen Versammlungen, die wir am Montag und Dienstag für sie veranstalteten.

Von ihnen wissen wir auch, mit welchem Gefühle der Kraft der Bauer die Versammlung verließ und nach Hause fuhr.

5. Von ihnen wissen wir auch, daß sich auch noch ein anderer unserer Wünsche erfüllt hat. Namentlich dem Nationalen Bauernverbande, dem einzigen Organisator der Versammlung, ging es darum, daß von der Versammlung über das ganze Land bis zu den dunkelsten Winkeln eine große Welle der Liebe zu Polen ausgehen möge. Und dieser Wunsch wurde erfüllt. Wir haben die großen Schwierigkeiten überwunden, haben verschiedene Erleichterungen erzielt, eine riesige Menge Bauern aus allen Kreisen des Königreichs versammelt, haben unsern bäuerlichen Brüdern nicht nur verständige Reden von Bauern, sondern auch Theaterstücke wie „Kilinski“ und „Kosciuszko bei Racławice“ geboten. Und der polnische Bauer hat nun erfahren, — nicht aus der Zeitung oder aus einem Aufruf, sondern er hat mit eignen Augen seine heutige Kraft gesehen; er hat gesehen, wie seine Väter sich mit dem Moskowiter schlugen und wie sie ihr Leben hingaben, um das Volk aus der Sklaverei zu befreien. Nicht vom Hörensagen wissen jetzt die Bauern, die die Versammlung besucht haben, etwas von Kosciuszko, sondern sie haben ihn selber gewissermaßen lebendig gesehen, wie er seine Reihen zum Kampfe führt, auf den Moskowiter einhaut und siegt. Mit diesen Bauern, die das alles gesehen und gehört haben, ist die freudige Botschaft in das Land hinausgegangen, daß ein freies Polen geboren wird. Es ist hinausgegangen der Glaube an dieses Polen, das morgen als unabhängiger Staat in glücklicher Freiheit leben wird. Ehre diesem Polen, das die Bauern-

reihen Kosciuszko zum ewigen Ruhm des polnischen Bauern hervorgebracht hat. Mit Hilfe der Versammlung ist die große Ausfaat des gesunden Korns der Liebe zu Polen unter den breitesten Volksmassen erfolgt, und der polnische Bauer ist zur Teilnahme an dem Aufbau unseres gemeinsamen Vaterlandes berufen worden. Und darum ging es uns hauptsächlich.

6. Es ist Tatsache, daß in dieser Versammlung die Bauern aus eigner Erfahrung gelernt haben, wem sie vertrauen können und wem sie keinen Glauben schenken dürfen. Man weiß doch, wie ihnen verschiedene Schufte einflüsterten, daß wir sie zusammenrufen, um sie an die Deutschen zu verkaufen. Infolge dieser Hezerei war die Angst unter den Leuten so groß, daß sich die Frauen von ihren Männern und die Mütter von ihren Söhnen, die zur Versammlung fuhren, mit Tränen verabschiedeten, als wenn es in den Tod ginge. Die Wahrheit ist aber ans Tageslicht gekommen, und die Lüge mußte sich wie ein Wurm in die Erde verfrischen. Heute will es niemand mehr gestehen, daß er durch Bangemachen jemand von der Versammlung fernhalten wollte, obwohl wir dafür schriftliche und gedruckte Beweise haben und allen Leuten diese niederträchtigen Drohungen und Warnungen noch in den Ohren klingen. Nur infolge des Vertrauens zu uns sind die Bauern gekommen. Sie waren hier, haben gesehen und gehört, und kein Haar ist ihnen gekrümmt worden. Gesund und am Geiste gestärkt sind sie nach Hause zurückgekehrt. Wo ist nun der Verrat? Wo ist die Hinterlist? — fragten die Bauern, als sie sich von uns verabschiedeten, und es gab viele unter ihnen, die eine ordentliche Wut gegen jene Schufte hatten, die durch ihre Redereien ihren Frauen und Müttern soviel Unruhe und Angst verursacht haben.

So sieht die Wahrheit und die Lüge über die Bauernversammlung aus, und sie ist für uns eine Lehre für die Zukunft. Auf das Mißtrauen des Bruders gegenüber dem Bruder hat die Sklaverei ihre Herrschaft gestützt. Dieses Mißtrauen wird dahinschmelzen wie der Schnee in den Strahlen der Frühlingssonne, wenn erst der Bruder dem Bruder in die Augen, der Pole dem Polen ins Herz sehen wird. Dazu ist aber vor allem notwendig, daß alle Hezer aus unsrer polnischen Familie hinausgeworfen werden.

7. Wir sind sicher, daß der ernste Wille des Volkes, der in den Bauernreden der Versammlung zum Ausdruck gekommen ist, viel zur Beschleunigung der Verwirklichung unsrer Wünsche beitragen wird, von denen der erste und wichtigste die Proklamierung eines polnischen Königs ist. Wenn dieser Gesalbte des Herrn erst da ist, dann wird er selber in dem zersplitterten Volke für Ordnung sorgen.

Somit besteht das große politische Verdienst der Bauernversammlung um die Sache des ganzen Volkes darin, daß sie zur Proklamierung eines eigenen Monarchen beigetragen hat.

II.

Noch zwei Aufgaben — schreibt der „Lud Polski“ — wollten wir durch die Versammlung erreichen.

Die erste war folgende: Es ging uns um die Verbrüderung aller Stände auf dem Boden der Unabhängigkeit. Es ging uns darum, daß Warschau Achtung vor dem polnischen Bauern lerne, über den sich heute der erste beste Dummkopf lustig macht und den er in der Weise darstellt, als wenn er nur ein unvernünftiges Geschöpf, ein gewissenloser Halsabschneider und ein moskowitzischer Speichellecker wäre. Auch umgekehrt ging es uns darum, daß der Bauer, nachdem er einen herzlichen Empfang in Warschau erfahren hat, seine Hauptstadt liebgewinne und zu ihr Vertrauen fasse. Sagt selber: War diese unsere Absicht gut oder schlecht?

Unser zweites Ziel war aber folgendes: Wir waren der Ansicht, daß es nicht genügt, in den aus-

ländischen Zeitungen die Volksversammlung zu schildern und ihre Beschlüsse abzudrucken, da Rußland im Verein mit Frankreich und England alle Mittel anwendet, um der ganzen Welt einzureden, daß der polnische Bauer sich nach dem russischen Joch sehne. Wir haben erkannt, daß man die Versammlung der Bauern nach allen Richtungen hin ausnutzen muß, um durch Tatsachen gegen die russischen Verleumdungen und Lügen zu protestieren. Das beste Dokument ist die Photographie. Daher wünschen wir, daß sich die Versammlung zu einer nationalen Feier mit Fahnen und Kränzen gestalte. Die kinematographischen Aufnahmen der Riesenversammlung hätten die ganze Welt durchleuchtet, den Russen in Petersburg böses Blut gemacht, vielleicht aber auch den Franzosen und Engländern die Augen geöffnet und sogar in Amerika Freude bei unseren Landsleuten ausgelöst.

Das haben wir beabsichtigt. Doch diese beiden nützlichen Ziele und Absichten sind durch den Pöbel vereitelt worden.

Ohne die Verhandlungen im Saale unterbrechen zu können, stellte sich dieser mit um so größerer Wut dem sich formierenden Umzug entgegen, bewarf die Teilnehmer mit schmähligen Schimpfworten und versperrte ihm den Durchzug durch die Straßen. Natürlich hätten die Bauern mit ihren knorrigen Stöcken und kräftigen Fäusten sich den Weg bahnen können. Viele unserer bäuerlichen Brüder hatten große Lust dazu. Aber wir konnten doch nicht zugeben, daß sich ein erster Umzug in einen Straßenstandal verwandle. Grollt uns also Ihr alle nicht, die Ihr Lust hattet, gegen die Bande mit den Stöcken vorzugehen. An diesem großen Tage konnten wir dies nicht zulassen.

Es ist also infolge des Vorgehens des Pöbels, infolge sozialistischer Schlägereien weder zu einer Verbrüderung aller Stände, noch zu einem Umzuge oder zu kinematographischen Aufnahmen gekommen. Behalte das in deinem Gedächtnis, Bruder Bauer, und denke daran, wer dir in deiner Hauptstadt wie ein Räuber im dunklen Walde den Weg versperrt hat! Dieses schmachvolle Vorgehen der sozialistischen Partei hat der allgemeinen Sache großen Schaden gebracht. Diesen Schaden haben wir so gut als möglich wieder gutzumachen versucht. Als du dich über den „Warschauer Abschaum“ empörtest, versuchten wir dir klar zu machen, daß es doch nicht ganz Warschau ist, das dich so unfreundlich in seinen Mauern empfängt.

Du hast dich davon in den Küchen, in den Theatern, in den Privatversammlungen und im Versammlungsbüro überzeugt, wo du überall dir wohlgesinnte Seelen und ein aufrichtiges Herz gefunden hast, das ebenso wie das deine über den Pöbel empört ist. Und heute bitten wir dich noch einmal, Bruder, hege in deinem Herzen keine Bitternis gegenüber Warschau wegen dieses Vorfalls, auch nicht gegen die Jugend, die sich von der sozialistischen Partei als Werkzeug gebrauchen ließ. Aus dieser Jugend können noch viele für Polen nützliche Menschen hervorgehen. Heute, von der Partei irregeleitet, dient sie ihr mit verschlossenen Augen als blindes Werkzeug zu nichtswürdigen Zielen. Aber ihr werden die Augen aufgehen, wie sie so manchem über die sozialistischen Kämpfe vor zehn Jahren aufgegangen sind.

Obwohl sich die Sozialisten hinter verschiedenen Zäunen und Schildern, wie z. B. dem Zentralen Nationalkomitee, versteckt haben, ist doch ihre angeborene Natur überall zu erkennen. Es gibt nichts Böses, das sich nicht zum Guten wenden könnte. Bei dieser Verhinderung des Bauernumzuges, bei der Versperrung des Weges gegenüber der Standarte mit der Mutter Gottes und dem weißen Adler hast du mit eignen Augen gesehen und erkannt, wie in der Prager die sozialistische Freiheit aussieht. Schmeckt sie dir? Sag es selber!

Aus Nr. 289 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 19. Dezember 1916.

Der neue Warschauer Polizeimeister.

Als im Sommer 1915 die russischen Heere unter dem Druck der Armeen der Mittelmächte sich nach dem Osten zurückzogen und fast das ganze Königreich verließen, deckten sie mit sich noch den Rückzug einer anderen Armee, der Armee der russischen Beamten. Vom Generalgouverneur und den Gouverneuren angefangen bis zum letzten Boten und Gendarmen verschwanden alle auf einmal aus dem Lande: Richter und Staatsanwälte, Zoll- und Steuerbeamte, Universitätsprofessoren und Gymnasiallehrer, Eisenbahnbeamte, Gendarmen, Bauernkommissare und Schutzleute, mit einem Worte alle; — an Ort und Stelle verblieben wohl nur wenige solche Beamte polnischer Nationalität, denen es gelang, die Behörden zu täuschen und der Evakuierung zu entgehen. Im übrigen verschwand plötzlich das ganze Tschinowniktum, keinen Schmerz hinter sich lassend, wie ein böser Traum. Ob für immer? Das würde sich die polnische Bevölkerung wünschen, für die doch der Begriff des russischen Tschinownik — worüber man gar keine Worte zu verlieren braucht — mit den übelsten Erinnerungen politischer und moralischer Natur verknüpft ist.

Und wie dachte die russische Regierung über eine künftige Rückkehr ihrer Beamten ins Königreich? Jedenfalls hat sie damit gerechnet, daß die geschlagene Armee sich bis an die vor dem Kriege geltenden Grenzen des Staates zurückergießen werde. Was urteilte sie aber ihre ausgesiedelten Beamten? Sollten auch sie als zurückflutende Wogen nach Polen zurückkehren?

Von Kriegsbeginn an ließen sich wiederholt Ankündigungen von Höchstkommandierenden und von Vertretern der Regierung dahin vernehmen, daß das mächtige Rußland Polen nicht bloß zu vereinnahmen, sondern ihm auch eine Autonomie, eine Selbstverwaltung, zu verleihen gedenke. Und der Ausdruck „Selbstverwaltung“ erklärt sich doch von selbst: Wenn wir uns also in Zukunft selbst verwalten sollten, so würde das doch wohl kaum etwas anderes bedeuten, als daß Polen das Polenland regieren sollen. So spricht die Logik; für Russen wäre somit in jener Selbstverwaltung kein Platz, es sei denn irgendwo ausnahmsweise, aber auch nur ausnahmsweise.

In der Zeit des Krieges und vor der „Vereinigung“ Polens konnte die russische Regierung nicht dazu schreiten, ihre Beamten aus dem Königreich zu beseitigen — so sagt die Regierung selbst — und man kann schließlich damit einverstanden sein. Da sich jedoch die russischen Beamten aus den von ihnen besetzten Stellungen „entfernt“ haben, so würde in Verbindung mit der angekündigten Selbstverwaltung jene oben erwähnte Logik sagen, daß der russischen Regierung die Aufgabe eigentlich erleichtert worden sei: ihre Beamten aus dem Königreich sind „beschäftigungslos“, und sie können doch in Zukunft nicht in das „autonome Polen“ zurückkehren; mithin ist die Sache doch sehr einfach — man gibt ihnen entsprechende Posten im Kaiserreich. Rußland ist ja groß, und der Amter gibt es in der Kriegszeit doch wohl genug, besonders da auch dort die Menschen nicht unsterblich sind.

Wir denken wohl logisch, aber was nützt das, wenn man mit der Logik überall durchkommt, aber nicht immer in Rußland, dem Vaterlande aller Möglichkeiten.

Daher gelangten gegen Ende des vergangenen Jahres trotz der angekündigten Selbstverwaltung für Polen, trotzdem die in Rußland zurückgebliebenen polnischen Politiker die Regierung drängten, daß sie

ihre Beamten im Königreich als solche kassieren und so mit der Tat beweisen solle, was sie bis jetzt gegenüber den Polen versprochen hatte — nicht sofort, sondern von Zeit zu Zeit, tropfenweise und allmählich mancherlei Gerüchte zu uns: die Warschauer Universität habe ihre Pforten in Kowno am Don eröffnet — die Warschauer Staatsbank erledige ihre finanziellen Transaktionen in Moskau — das Warschauer Bezirksgericht spreche Recht in Ufa oder Tula — die Hypothekenabteilung nehme in Petersburg Einschreibungen an — und die größte Not habe der Kurator des Warschauer Schulbezirks, da das Gebiet seiner Tätigkeit auf einmal sich fast von der Kampflinie bis an den Ural erstreckte. Wir wollen die Beispiele nicht vermehren, es genügt jedoch, daß das ganze russische Tschinowniktum aus dem Königreich, und das wieder vom Generalgouverneur an bis zum letzten Boten, in seinen Ämtern verblieb, nur mit dem Unterschiede, daß es „in partibus“ seines Amtes waltet.

Es könnte vielleicht jemand nebenbei bemerken, daß es sich hier nicht um einen unzeitigen Maskenscherz handelt, sondern daß alle diese Beamten gewissermaßen auf dem „Aussterbeetat“ stehen, bis die Verhältnisse geregelt sein und sich für sie in Rußland neue Stellen eröffnen werden.

Eine solche Meinung wäre vielleicht berechtigt, wenn der Warschauer Polizeimeister, Herr Meyer, nicht etwas ganz anderes Gegenteiliges bewiesen hätte.

Herr Meyer hat, wenn wir uns nicht täuschen, als unmittelbarer Nachfolger des Baron Rolken im Amte als Polizeimeister seine mühevollen Funktionen in Warschau von der sogenannten Revolutionszeit an fleißig ausgeführt. Der Krieg und sodann die „Entzerrung“ des Herrn Meyer aus Warschau haben ihn, ebenso wie einige Zehntausend seiner Beamtenkollegen an der Erfüllung seiner Funktionen in der Evakuierung nicht gehindert. Jedoch hat das gegenwärtige Amtieren des Herrn Meyer im Charakter als Polizeimeister von Warschau durch seine Demission auf einmal aufgehört. Es ist unbekannt, was der Grund der Demission war, genug, sie ist erfolgt.

Die Stelle des Warschauer Polizeimeisters war also „vakant“. Angesichts dessen mußte jeder mit Recht meinen, daß die Vakanz vakanz bleiben wird, da die Ernennung eines neuen Polizeimeisters für Warschau durch die russische Regierung im gegenwärtigen Augenblick mindestens gegenstandslos ist; wenn es sich aber um die Zukunft handelt, so sollen doch — auch nach der russischen Auffassung — die Polen Selbstverwaltung erhalten und indem sie sich dann selbst regieren werden, werden sie auch selbst über eine für dieses Amt entsprechende Person bestimmen.

Die russische Regierung hat bezüglich dessen wahrscheinlich andere Ansichten, denn im Sinne des Grundsatzes „Le roi est mort, vive le roi“ ernannte sie sofort nach der Demission des Herrn Meyer einen gewissen General Diedow . . . zum Warschauer Polizeimeister.

„Nomen — omen“ — hoffen wir, daß Herr Diedow in seiner neuen Stellung nicht alt werden, sondern sein Warschauer Amtieren „in partibus“ wenig fruchtbringend, aber dafür definitiv mit der Beendigung des Krieges beschließen wird.

Es ist nichts neues unter der Sonne: Wir hatten in der Geschichte der verschiedenen Nationen zwei Könige zugleich, warum sollte denn das Kongreß-Königreich nicht auch doppelte Beamte haben? Wir haben eine Warschauer Universität am Don, an der Wechsel gibt es eine zweite. Es kommen immer mehr Selbstverwaltungsbeamte hinzu, die das tun, was ihre Vorgänger in der Verwaltung aus der Zeit von vor zwei Jahren her, die momentan etwas weiter im Osten

„amtieren“, getan haben oder tun sollten, möge es also auch eine doppelte Polizei geben.

Jedenfalls hat das Vorgehen der russischen Regierung mit der Verbeibaltung ihrer Beamten aus dem Königreiche auf dem Etat und mit der Vervollständigung dieses Etats neben ihrer komischen Seite auch ihre sprichwörtliche Rehrseite der Medaille, die zum ernsteren Nachdenken anregt, nämlich daß Rußland ebenso wie in den Jahrzehnten früher, so auch in diesen mehr als zwei Kriegsjahren nicht viel gelernt hat.

Aus Nr. 289 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 16. Dezember 1916.

Im österreichischen Okkupationsgebiet verbotene Blätter.

Das Amtsblatt, welches als Organ des k. k. Bezirkskommandos in Samosć erscheint, veröffentlicht das Verbot des Bezugs und der Verbreitung einer Reihe von Blättern im österreichischen Okkupationsgebiet, welche im deutschen Okkupationsgebiet des Königreichs erscheinen. Es sind dies die in Warschau, Lodz, Czestochau, Sosnowice, Plock, Wloclawek erscheinenden Blätter: „Polak Katolik“, „Gazeta Poranna“, „Lud Polski“, „Widnokrąg“, „Kasza Sprawa“, „Kasza Trybuna“, „Hajut“, „Hacejirs“, „Moment“, „Lebensfragen“, „Gazeta Łódzka“, „Godzina Polski“, „Neue Lodzger Zeitung“, „Lodzger Volksblatt“, „Deutsche Post“, „Goniec Czestochowski“, „Kurjer Zagłębia“, „Głos Polski“, „Kurjer Plocki“, „Goniec Rujawski“, und „Głos Wiary“.

Aus Nr. 584 des Głos Narodu (Krakau)
vom 16. November 1916.

Polen und Litauen.

Nach den Manifesten vom 5. November, durch welche die Gründung eines unabhängigen polnischen Staates aus den Rußland entrißenen Ländern angekündigt wurde, wurde auch die Frage der Regelung des Verhältnisses Polens zu Litauen aktiv. Charakteristisch ist es, daß diese Frage zuerst in Wilna erörtert wurde. In einigen vertraulichen Versammlungen, deren repräsentative Stärke sich selbstverständlich nicht genau feststellen läßt, gelangten dort mehrere Resolutionen zur Annahme, in welcher die Notwendigkeit der Forderung betont wurde, daß die litauischen Gebiete mit Polen wiederum zu einem gemeinsamen Staatsorganismus vereinigt werden sollen.

Schon tags vor der Verkündung des Manifestes fand in Wilna auch eine Versammlung des „Polski Komitet Organizacyjny“ (Polnisches Organisationskomitee) statt, in welcher ein Beschluß gefaßt wurde, welcher festzustellen hatte, daß in dem Bestreben nach einem gemeinsamen Staatswesen mit Polen alle Polen in Litauen und Weißrußland einig wären und daß „für die Polen in Litauen und Weißrußland nur eine solche Regelung der künftigen Geschichte dieser Länder möglich wäre, durch welche ihnen eine staatliche Vereinigung mit Polen verbürgt würde“. „Jede andere Lösung dieser Frage — fügt diese Resolution hinzu — wird in unserem Herzen für alle Zeiten eine offene Wunde zurücklassen und Stoff zu einer Gährung bieten, durch welche jede normale Entwicklung sowohl dieses Landes, als auch seiner Nachbarländer unmöglich gemacht werden könnte.“ Dieser Beschluß wurde zu Händen des Dr. Brudziński in Warschau mit der Bitte gesandt, daß die Berlin-Wiener Abordnung ihn den beiden Zentralmächten als den Ausdruck der polnischen öffentlichen Meinung in Litauen überreichen möchte.

Drei Tage nach der Verkündung des Manifestes wurde in Wilna in der selben Angelegenheit eine zweite, wie es scheint, lose Versammlung abgehalten, an welcher sich 152 Personen beteiligten. Diese Versammlung begrüßte in ihren Beschlüssen den Warschauer Proklamierungsakt als den „ersten Schritt auf dem Wege zur Wiederherstellung Polens in möglichst weitgehenden historischen Grenzen“ und gab zugleich „im Gefühl ihrer Solidarität mit dem Königreich Polen — der Überzeugung Ausdruck, daß die Proklamierung eines unabhängigen Polens jetzt auch schon Änderungen in dem Verhältnis der deutschen Verwaltung zu den Polen in Litauen zur Folge haben müsse. Dazu würde vor allem die Einführung der polnischen Sprache in der Schule, die Wiedereröffnung der geschaffenen polnischen Institutionen usw. gehören. Außerdem erklärte die Versammlung es für notwendig, daß das „Polnische Komitee“ schon als eine polnisch-nationale Vertretung in Wilna den deutschen Behörden gegenüber in Erscheinung trete.

Eine weitere vertrauliche Versammlung in Sachen des Verhältnisses Litauens zu Polen wurde von dem „Związek patryotek“ (dem Bunde der patriotischen Frauen) in Wilna und der „Liga kobiet“ (Frauenliga) einberufen. Die von den Teilnehmerinnen an dieser Versammlung beschlossene Deklaration gibt in warmen Worten dem Verlangen nach einer Wiedervereinigung Litauens mit Polen Ausdruck. In Anbetracht dessen, — so lautet die Deklaration — „daß Litauen ohne Polen und Polen ohne Litauen nur verstümmelte Schöpfungen sein würden, gibt die Versammlung folgende Erklärung ab: „Im Namen der gemeinsamen früheren Ruhmestage und der letzten Leidensgeschichte und im Gefühl der Zugehörigkeit zu dem geistigen Wesen Polens — wollen wir mit Polen für alle Zeiten vereinigt bleiben. Wir wollen von Polen, ob es unabhängig und glücklich oder unterdrückt und leidend ist, nicht getrennt werden. Eine andere Existenz für uns kennen wir nämlich nicht und weisen deshalb jede andere Gestaltung unserer Zukunft, selbst wenn diese mit den herrlichsten Illusionen geziert werden sollte, ab.“ Die Urheberinnen der Deklaration fordern auch ihre Brüder in Polen auf, daß sie „sich selbst nicht dadurch ärmer machen, daß sie ihre politischen Postulate einschränken“.

Alle diese Stimmungen spiegeln sich in der Nationalhymne „Boże coś Polskę“ (Gott, der du Polen) ab, welche während der letzten nationalen Demonstration in Wilna in folgender, veränderter Fassung gesungen wurde:

„Für langer Nächte tiefes Dunkel,
Für stille Leiden und blutige Opfer
Erfülle (Gott) unsere heiligste Träume:
Vereinige von neuem Wilna und Warschau!“

Die politischen Organisationen im Königreich Polen haben, so weit uns bekannt ist, bis dahin ihre Stellungnahme zu Litauen nicht präzisiert, wenigstens wurden keine Emunziationen in dieser Richtung bekannt gemacht. Charakteristisch ist aber die Nachricht, welche vor einigen Tagen das Bulletin der „Liga Państwowej Polskiej“ (Polnische Staatsliga) gebracht hat. Nach dieser Nachricht hat man jetzt in dem Warschauer Nationalrat, welcher eben konstituiert wird, einen Sitz für den Vertreter Litauens reserviert; wie also ehemals im J. 1831 der polnische Landtag, so hat heute der Nationalrat eine Vertretung für des abwesende Litauen schon angeordnet.

Obwohl nun die zukünftige Lage Weißrußlands und Litauens noch viel komplizierter erscheint, als das Problem des Königreichs Polen, weil diese Länder in nationaler Hinsicht von heterogenen Elementen bewohnt sind und außerdem nur ein Teil derselben von Deutschland besetzt worden ist, so haben auch die Okkupationsmächte ihren Standpunkt diesen Ländern ge-

genüber bis zu einem gewissen Grade schon klar gelegt. Das ist zwar nicht in einer ebenso offiziellen und feierlichen Weise wie bei der Proklamation des Königreichs Polen, aber doch nicht weniger deutlich geschehen. So haben die deutschen Behörden in Wilna schon am 5. November, also an demselben Tage, als Warschau das Manifest vernahm, welches die Wiederherstellung des polnischen Staatswesens ankündigte, öffentlich kundgegeben, daß Deutschland die Unabhängigkeit Litauens ebenso von Polen, wie von Rußland anerkennen wolle, und daß deswegen die weißrussisch-litauischen Gebiete ihre eigene Selbständigkeit zu erwarten hätten. Der weißrussische „Soman“ — ein halbamtliches Organ des Wilnaer Generalgouvernements — versah diese Mitteilung mit folgendem Kommentar: Deutschland will die Sonderstellung der Bewohner Litauens nicht preisgeben und wird Litauen stets in gerechter Weise behandeln. Es tritt nämlich für eine freie Entwicklung aller Völker ein. Es erkennt deshalb die Sonderstellung unseres Landes an, nicht nur in seinem Verhältnis zu Rußland, dessen Sklaverei wir über hundert Jahre zu ertragen hatten, sondern auch in seinem Verhältnis zu Polen, mit welchem wir einige Zeit (?) in staatlicher Vereinigung lebten.

Auf dem Standpunkt, daß Litauen unabhängig von dem neu erstandenen polnischen Staate zu behandeln wäre, stehen sogar auch solche deutsche Beamte, welche den Polen ihre volle Sympathie und ihr volles Vertrauen entgegenbringen. Das beweist die Denkschrift des früheren deutschen Bürgermeisters von Wilna, v. Beckerath, über die nationale Politik in dem Wilnaer Verwaltungsbezirk, welche neulich dem Oberbefehlshaber im Osten überreicht wurde und in welcher noch der Überzeugung Ausdruck gegeben wird, daß bei der Regelung der inneren Verhältnisse in Litauen die Beteiligung der Polen notwendig sei. „Ich halte es nicht für angebracht — erklärt Herr v. Beckerath in dieser Denkschrift — die polnische Bevölkerung von der Beteiligung an der Landesverwaltung auf einmal auszuschließen, und durch ein Verfahren, welches von derselben als einseitig empfunden werden müßte, sie gegen die deutsche Verwaltung mißmutig zu stimmen, und auf diese Weise sie zugleich zur Vereinigung mit dem polnischen Nationalstaat, welcher nach dem Kriege ins Leben gerufen werden soll, zu drängen.“ Indem Herr Beckerath hierbei auch noch die bisherigen Ungebührlichkeiten der lokalen deutschen Verwaltung in Wilna den Polen gegenüber zur Sprache bringt, meint er, daß derartige Ungebührlichkeiten die beabsichtigte dauerhafte Angliederung der litauischen Provinzen an das deutsche Reich nur erschweren können. Bei seinem vollen Vertrauen zu der polnischen Bevölkerung und trotz der Forderung, derselben den ihr gebührenden Anteil an der inneren Organisation des litauischen Landes zu gewähren, betrachtet der frühere Wilnaer Bürgermeister Litauen also schon als ein besonderes Ganze, welches von dem eigentlichen Polen getrennt werden muß. Von demselben Gesichtspunkt geht auch die Zeitschrift „Europäische Zeitung“ aus, welche in ihrem Artikel: „Polen, Frieden und Freiheit“ an den Grundsatz erinnert, daß der „beste Staat ein in nationaler Hinsicht einheitlicher Staat ist“ und daraus die Folgerung zieht, daß ein Wiederaufbau des früheren historischen Staates der Jagellonen aus diesem Grunde höchstens nur ein romantisches Postulat sein kann, welches selbst unter angesehenen polnischen Politikern nur eine geringe Anzahl von Anhängern besitzt.

So sind gegenwärtig die Stimmungen und Tatsachen in Sachen der Verhältnisse Polens zu Litauen.

Ch.

Die polnische Frage im Ausland.

Aus Nr. 627 des Ozas (Kraakau)

vom 14. Dezember 1916.

Graf Tisza über die polnische Frage.

Bukarest, den 14. Dezember.

In der gestrigen Sitzung des Reichsrats wurde bei der Beratung der Vorlage über das Budgetprovisorium die allgemeine Erörterung geschlossen. Graf Tisza reagierte auf die Argumente, die in der Beratung zur Sprache gekommen waren, und erklärte folgendes:

Graf Batthyanyi hat eine Sache besprochen, die uns allen am Herzen liegt, die aber sehr kompliziert ist. Schon bei einer anderen Gelegenheit habe ich erklärt, daß die Zukunft des polnischen Volkes für jeden Ungarn in gleichem Maße wertvoll ist und daß alle Faktoren der Monarchie, die dazu berufen sind, sich mit der polnischen Frage zu befassen, dies mit dem festen Vorsatz tun, eine für das Wohl des polnischen Volkes möglich günstige Lösung zu finden. Ich bin jedoch nicht der Ansicht, daß die Frage im gegenwärtigen Augenblick der besonderen öffentlichen Kritik standhalten könnte und daß die öffentliche Erörterung der Frage nützlich wäre. Im besondern glaube ich, daß einer entsprechenden Lösung der polnischen Frage zwei Gefahren drohen. Die eine davon würde eintreten, wenn es gelingen sollte, im polnischen Volke Zweifel an dem Ernst und dem Erfolg derjenigen Lösung zu wecken, die durch Österreich und Deutschland unternommen worden ist. Die zweite Gefahr würde drohen, wenn es gelingen sollte, in dem polnischen Volke solche Hoffnungen und Forderungen zu wecken, die über das Maß der Möglichkeit ihrer praktischen Verwirklichung hinausgehen. Deshalb möchte ich alle diejenigen, die die Frage mit dem gleichen Wohlwollen und der gleichen Liebe zur Sache behandeln, wie es die Regierung tut, bitten, daß sie sich von Erklärungen fernhalten, die nach dieser oder jener Richtung, oder nach beiden Richtungen hin auf die Sache schädlich einwirken könnten.

Aus Nr. 106 der Wiadomości Polskie (Petrifau)
vom 12. Dezember 1916.

Informationen.

Das Oberste Nationalkomitee ist am 16. August 1914 zwecks Organisation der polnischen Legionen begründet worden. Die Organisationsaufgabe war nach allen Richtungen hin umschrieben. Das D. N. K. hatten den Auftrag der militärischen, finanziellen und politischen Organisation erhalten.

Die polnischen Legionen sind zum Zwecke des bewaffneten Kampfes mit Rußland ins Leben gerufen worden. Das D. N. K. war in politischer Beziehung für sie verantwortlich. Das Programm, das vom D. N. K. aufgestellt worden ist, erstrebte einen polnischen Staat, der sich aus dem Königreich und Galizien zusammensetzte und in Verbindung mit der österreichischen Monarchie bleiben sollte. Die österreichischen Grenzen waren nicht bezeichnet.

Der 5. November dieses Jahres hat die Erfüllung dieses Programms gebracht. Es wurde ein unabhängiger polnischer Staat, der sich auf die Mittelmächte stützt, proklamiert. Die folgenden Tage haben den Entschluß über das polnische Heer gebracht, in dessen Bestand die Legionen als Teile eingetreten sind.

Das D. N. K. hat demnach seine Aufgabe erfüllt; es entsteht der polnische Staat und das polnische Heer. Das stolze und edle Streben der Legionen, ein polnisches Heer zu werden, wird zur Tatsache. Galizien soll außerhalb des polnischen Staates bleiben, so daß

nach dieser Richtung hin das Programm des D. N. R. nur teilweise erfüllt ist. Jedoch das Wesentliche des Programms, der polnische Staat und das polnische Heer, ist erreicht worden.

Die Erfüllung der grundsätzlichen Aufgabe muß die Auflösung des D. N. R. zur Folge haben. Der Augenblick, in dem dies geschehen wird, ist die Entstehung des Staatsrats im Königreich als des polnischen Stützpunkts des polnischen Heeres.

Das D. N. R. hat jedoch auch an der Erfüllung einer Reihe von anderen Aufgaben gearbeitet, die sich aus der Hauptaufgabe ergaben und zur Vervollständigung und Lösung derselben dienten. Es wäre mit bedeutendem nationalem Schaden verbunden, wenn diese Aufgaben nicht fortgeführt werden sollten. Die Versammlung der Abgeordneten, die das D. N. R. ins Leben gerufen hat und einzig und allein dasselbe auflösen kann, muß die Art und Weise ausfindig machen, in der bis zum Friedensschluß diese Aufgaben des D. N. R. weitergeführt werden sollen.

Schon heute, vor der Entstehung des Staatsrats, aber nach Verwandlung der Legionen in Bestandteile des polnischen Heeres, befindet sich das Militärdepartement des D. N. R. in Petrikau im Zustande des Übergangs.

Wird nun die Politik der polnischen Volksgesamtheit eine Änderung erfahren? Die Proklamierung des polnischen Staates ist mit Begeisterung angenommen worden, obwohl Galizien dazu nicht gehören soll. Die Freude hat ihre Quelle darin, daß das polnische Volk die Möglichkeit allseitiger Entwicklung erlangt, wie sie nur durch die Entstehung eines eigenen Staates geboten wird. Auf der Karte von Europa entsteht wiederum Polen als gleichberechtigter Faktor in der Reihe der Staaten. Die polnische Allgemeinheit mußte demnach alle ihre Kräfte anspannen, um diesen Staat auszubauen. Alle schöpferischen Kräfte des Volkes müssen zur Geltung kommen. Die erste Aufgabe, die die polnische Regierung mit voller Energie zu übernehmen hat, ist das polnische Heer. Das polnische Volk mußte bis zur innersten Tiefe von der Überzeugung durchdrungen sein, daß von allen möglichen Garantien der Unabhängigkeit das polnische Heer die wirksamste ist. Diejenigen, die noch heute auf dem Standpunkte der Neutralität beharren wollen, würden gegenüber der Geschichte eine schwere Verantwortung übernehmen, die sie niederdrücken mußte. Alle Schichten und alle Stände müssen zu der Überzeugung gelangen, daß der Dienst im polnischen Heere heute die vornehmste patriotische Pflicht ist.

Vor Galizien eröffnet sich das Feld einer umfassenden nationalen Entwicklung. Galizien hat in diesem Kriege viele Beweise gegeben, daß es mit der Gesamtheit des Volks fühlen, denken und arbeiten kann. Die Tatsache, daß es außerhalb des polnischen Staates bleiben soll, braucht nicht die Besorgnis wachzurufen, daß es ihm in Zukunft an Energie bei der nationalen Arbeit fehlen könnte.

W. L. C. Jamorski.

Aus Nr. 268 des Czas (Kraśau)
vom 14. Dezember 1916.

Die polnische Frage und die Friedensansicht.

Die ganze Welt wartet auf die Antwort, die die Entente auf den Friedensschritt der Mittelmächte geben wird.

Wir haben nicht die Absicht, darüber Vermutungen zu äußern, bis die Telegramme in den nächsten Tagen positive Hinweise bringen werden. Wahrscheinlich ist es, daß, wie die Pessimisten behaupten, man sich auf eine Abgabe vorbereiten muß, daß man aber die vorgestrigte Note als Samen Korn betrachten kann, das noch viel Zeit bis zur Reife nötig hat. Jedoch auch in einem

solchen Falle lohnt es sich zu überlegen, in welcher Phase sich unsere Angelegenheiten in dem Augenblicke befindet, da man die ersten Körner in den Boden geworfen hat, aus denen mit der Zeit das Friedensbrot bereitet werden soll.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der offizielle Friedensvorschlag für uns in einem günstigen Augenblicke kommt. Die Friedensverhandlungen, die entweder sofort oder in der nächsten Zukunft ihren Anfang nehmen würden, müßten auf Grund der militärischen Lage erfolgen, die wir schon bei Ausbruch des Krieges für sehr erwünscht hielten und die von klaren Köpfen schon von Anfang an vorausgesehen wurde. Sowohl die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers als auch halb offiziöse Stimmen stellen fest, daß Deutschland weder gegenüber Frankreich, noch gegenüber Belgien Annexionsabsichten hat. Damit stellen sie fest, daß der Begriff eines vorteilhaften und ehrenhaften Friedens für sie durchaus nicht mit einer Niederlage Frankreichs oder einer Demütigung Englands verknüpft ist. Es ist ersichtlich, daß nicht an dieser Front ihren Absichten gemäß politische Veränderungen eintreten müßten, die die Bürgschaft für einen zukünftigen dauernden Frieden in Europa bieten sollen.

Mit anderen Worten: Falls die Friedensverhandlungen wirklich auf Grund der heutigen militärischen Lage beginnen sollten, dann könnte der Staat, der die Kosten des Friedens in größerem Umfange auf seine Schultern nehmen müßte, nur Rußland sein, da seine nächsten Bundesgenossen Serbien, Montenegro und Rumänien in diesem Augenblicke hoffnungslos darniederliegen. Ihm hat man das Königreich Polen, Kurland, halb Litauen und halb Wolhynien entzogen. Auch ist es von der Erfüllung des angeblichen Testaments Peters des Großen, der Aufrichtung des orthodoxen Kreuzes auf den Mauern Konstantinopels, weiter entfernt als je. Der kleine Grenzstreifen Galiziens, der mit übermäßigen Anstrengungen von ihm erobert worden ist, kann jeden Augenblick — im Falle einer Annäherung an die Linie des Sereth und Pruth — wieder verloren gehen.

Ohne die realen und moralischen Kräfte des russischen Kolosses zu überschätzen, haben wir eine solche Lage als die wahrscheinlichste vorausgesehen und haben sie für die einzige gehalten, die die Hoffnungen unseres Volkes auf Wiedererrichtung eines unabhängigen Staates in den Grenzen, die gegenwärtig möglich sind, erfüllen kann. Wenn innerhalb der Ententemächte das russische Interesse nicht in den Vordergrund gerückt wird, wenn England, Frankreich und Italien den Willen und die Möglichkeit haben werden, den Krieg zu beenden, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, daß Rußland seine Kosten bezahlen soll, dann dürfte die Anerkennung eines unabhängigen polnischen Staates, der durch die Mittelmächte geschaffen worden ist, keine Schwierigkeiten bereiten. Natürlich wäre es nicht der Fall, wenn sich die westlichen Ententemächte auf den russischen Standpunkt stellen, daß die Proklamierung der Unabhängigkeit den Wünschen der Polen nicht entspricht und daß für uns ein weiteres Zusammenleben mit Rußland am wünschenswertesten erscheint.

Wie stellen sich nun in dieser Lage, in die wir, wenn auch vielleicht noch nicht morgen, so doch im schlimmsten Falle in einer späteren noch nicht näher bestimmten Zeit kommen werden, die Bestrebungen dar, die aus Lausanne kamen und über deren Schädlichkeit soeben in Warschau ein — französischer Publizist einen Vortrag gehalten hat? Die Verbreitung der Meinung, daß die Polen lediglich eine nationale Autonomie unter dem Zaren wünschen, und die Befestigung der russischen Anschauungen innerhalb der Entente ist in dieser Lage doppelt schädlich. Aber ebenso schädlich sind in dieser Lage alle Stimmen, die zur Zurückhaltung in dem neuerstandenen Staate auf-

fordern. Der Lausanner Protest ist der Protest einer Handvoll Emigranten, und schon die Tatsache, daß alle bedeutenderen und politisch erfahrenen Männer dazu die Unterschrift verweigert haben, muß seine Bedeutung herabsetzen. Eine ungleich größere Bedeutung für die Diplomatie würde die Lösung der Zurückhaltung haben, wenn dadurch tatsächlich das aktive Hervortreten des Königreichs verzögert werden sollte. Es müßte dann als stummer Protest der polnischen Allgemeinheit gegen ihre Loslösung von Rußland aufgefaßt werden, als eine Äußerung des Willens, unter die schützenden Flügel seines Adlers zurückzukehren. Die russische Diplomatie erklärt und nutzt schon heute in dieser Weise gewisse Anforderungen zur Passivität aus. Wie würde sie dies erst in den kommenden Friedensverhandlungen tun! Und übrigens fehlt es auch in Deutschland nicht an Stimmen (aus dem kaiserlichen Lager), die die Lösung der Neutralität als das Ergebnis slawischer Sympathien deuten und die Politik der Regierung kritisieren, die sich auf die Voraussetzung stützt, daß der polnische Staat in Zukunft ein wirksames Hindernis gegenüber der russischen Expansion sein wird. Sollen wir diese Stimmen stützen und ihnen das falsche Prognostikon erleichtern? Sollen wir freiwillig zur Untergrabung der Konzeption des Kanzlers innerhalb Deutschlands beitragen? Und endlich die Sache des Heeres, der Aufstellung eines Heeres, das zur Verteidigung der eigenen Regierung und der Staatsgrenzen fähig sein wird! Wird diese Sache denn nicht ein Kriterium darstellen, nach dem nicht nur der europäische Kongreß unsern Willen zum Leben beurteilen wird, sondern auch die einzelnen Staaten ihr Interesse an der Schaffung des neuen Faktors in dem Konzert der Mächte einschätzen werden? Wenn der Kongreß unsere Allgemeinheit nur auf dem Papier organisiert vorfinden wird, ohne eine wirkliche Regierung und ohne ein Heer, unschlüssig über den einzuschlagenden Weg und in streitsüchtige Parteien zerplittert, kann man sich dann denken, daß dies eine für uns nützliche und günstige Lage bedeuten wird? Zu welchen eigenartigen und für uns demütigenden Schlußfolgerungen könnte eine solche Politik des Zweifels und der Untätigkeit führen! Es machen sich doch schon jetzt — wie wir hören — im Königreich Stimmen bemerkbar, die die neutralen Parteien auffordern, in den Staatsrat einzutreten, aber nur unter der Bedingung, daß ihm keine militärischen Funktionen übertragen werden, die in folgedessen — als Ergebnis unseres eigenen Verzichts — auf uns fremde Faktoren übergehen müßten! Sollten wir denn glauben, daß in Polen wirklich ernste und verständige Parteien bestehen, die bereit wären, die Verantwortung für die Vereitelung der Schaffung einer bewaffneten Macht, die auf den polnischen Regenten vereidigt und durch den polnischen Staatsrat organisiert sein würde, übernehmen könnten? Bedenken wir: Was würde die Vereitelung einer solchen Tatsache am Vorabend der Vorbereitungen zum Kongresse bedeuten, der vor allem — wie jeder Kongreß, mit vollzogenen Tatsachen und nicht mit theoretischen Rechten, wenn diese auch noch so gut begründet sein sollten, um so weniger mit der Parole der Unabhängigkeit, die mit dem Munde verkündet, aber nicht durch die Tat bewiesen wird, rechnen kann? Es möge uns gestattet sein, die Hoffnung auszusprechen, daß die Möglichkeit des Beginns von Verhandlungen, die plötzlich — wenn auch vorübergehend — am europäischen Horizonte aufgetaucht ist, das nationale Gewissen tief erschüttern, die Streitigkeiten beilegen, die Zweifel und Befürchtungen beseitigen und dem Königreich zur Entscheidung verhelfen wird, analog der Tat, die vor zwei Jahren von unserem Landesteil in Gestalt der Legionen ausgegangen ist.

Aus Nr. 624 der Nowa Reforma (Kraakau)
vom 13. Dezember 1916.

Die Note des Vierbundes.

Kraakau, den 13. Dezember 1916.

Die Worte der gestrigen gemeinsamen Note des Vierbundes sind auf beiden Seiten der Kampffront tief in jede Seele eingedrungen; sie mußten den Weg zu einem jeden Kopfe finden, den der blinde und verbissene Haß noch nicht vollständig verdunkelt hat. Die Worte sind nämlich in ihrer Einfachheit, Aufrichtigkeit und unzweifelhaften Richtigkeit ebenso groß, wie groß und beispiellos in der Geschichte die Waffentaten des Vierbundes dastehen.

Wenn noch jemand über den Sieg dieses unvergleichlichen Bündnisses der Staaten und Völker gezweifelt hätte, so muß ihn die gestrige Note überzeugt haben. Mit einer solchen Würde, einem solchen Gefühl der eigenen Kraft, zugleich aber auch für das fremde Recht kann nur der Sieger reden. Und zwar nicht ein zufälliger Sieger, dem das blinde Los Glück gebracht hat, sondern ein absoluter, gewissermaßen organischer Sieger, bei dem nichts anderes möglich ist, als den Sieg zu erringen.

Sie haben sich einer ganzen Welt von Feinden entgegengestellt. Sie haben eine bis jetzt noch nicht dagewesene Übermacht gestürzt. Sie haben den unerhörten Verrat, den man gegen sie schmiedete, gestraft. Sie richten sich nun auf, wie eine Feuersäule inmitten der zivilisierten Welt, und als Vertreter einer solchen Zivilisation und der höchsten öffentlichen Moral, unbesorgt um törichte Unterschiebungen, sagen sie: Es ist genug! Genug des Blutes, genug des Schlachtens, genug der Verwüstung und Zerstörung!

Nach vorsichtigen Berechnungen sind 6 Millionen Männer aller Nationen und Rassen im Kampfe gefallen. Mindestens ebenso viel sind zu Krüppeln geworden. Die zerstörten Güter und vernichteten Existenzen sind unzählbar. Sollte das nicht genügen? Soll der blutige Kampf noch länger ohne ein verständiges Ziel und eine gerechtfertigte Ursache dauern?

Diesem, die in dem zweieinhalbjährigen nicht vorausgesehenen Kampfe an allen Fronten gesiegt haben, die in ihrer Hand das mächtige Schwert halten, das zu neuen tödlichen Streichen erhoben ist, sagen: Es ist genug! Es ist Zeit, an einen verständigen Zweck dieses Schlachtens zu denken, es ist Zeit zu fragen, was aus der menschlichen Kultur und Zivilisation werden wird, wenn ihre Schöpfer von dem Wahn gegenseitigen Hasses erfaßt, sich auch fernerhin auszrotten und das große Werk tausendjähriger Arbeit vernichten werden!

Vor zweieinhalb Jahren durch den größten Verrat der Weltgeschichte zur Vernichtung verurteilt, haben sie sich behauptet. Heute kann nur noch ein Wahnsinniger oder ein Gaukler auf Seiten der Koalition von einer Besiegung der Mittelmächte reden. Sie selbst haben nicht die Absicht, jemanden zu bedrücken, zu vernichten oder zu zerstückeln. Für sie ist also der Krieg nicht mehr nötig. Ist er denn für Frankreich nötig, das am Vorabend der Vernichtung seiner Rasse steht? Muß ihn Rußland durchaus haben, das so leichtsinnig den Prozeß der allmählichen inneren Wiedergeburt und der allseitigen Entwicklung unterbrochen hat? Wünscht ihn Italien? Vielleicht das einzige England möchte noch sein historisches Glück versuchen. Aber auch sein Wille zur weiteren Fortführung des blutigen Hazardspiels wird in England nicht allgemein sein. Denn es ist unmöglich, daß ein Volk, das einen Shellen, Shakespeare, Byron, Hume und Darwin hervorgebracht hat, sich in Wirklichkeit die Denkungsart seiner Exporteure, Plantagenbesitzer und Fabrikanten angeeignet haben könnte.

Es ist nicht bekannt, wie die Regierungen der Entente die großartige Aufforderung der Sieger

aufnehmen werden. Aber daß sie für dieselben ein neuer, kräftiger Schlag sein wird, das ist sicher. Seit gestern weiß es die ganze Welt, wer eine weitere Fortsetzung des Krieges wünscht, wer sich mit dem bisherigen Blutbade nicht begnügt.

Der Vierbund hat sich zugleich an den Papst mit der Bitte um tätige Anteilnahme an dem Friedensvorschlag gewandt. Der Stellvertreter Christi, der höchste Vertreter der sittlichen Autorität auf Erden, wird gewiß der Aufforderung Folge leisten. Die gestrige Note wird nicht ohne großen und geschichtlichen Einfluß bleiben.

Die Entente wird nämlich entweder der Aufforderung Gehör schenken und an die Friedensverhandlungen herantreten, oder ihre Verblendung wird sich in dem Grade als unüberwindlich beweisen, daß die heutige und zukünftige Generation genau wissen wird, auf wessen Haupt die schwere Verantwortung für das noch länger vergossene Blut, für das Unglück und Elend, das Europa und seine Zivilisation vernichtet, fällt.

Alles in diesem schrecklichen Kriege war und ist in einer gewissen Weise wunderbar, noch nicht dagesewesen und kann nicht mit menschlichem Maße gemessen werden. Ebenso ist der gestrige Schritt des siegreichen Vierbundes. In den Annalen der Menschheit wird er als das großartigste Dokument tiefer Klugheit und hoher Moral verzeichnet bleiben.

Aus Nr. 175 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 16. Dezember 1916.

Die Protestler Dmowski, Seyda und Genossen.

Targowicer besonderer Art.

Die Lemberger „Gazeta Wieczorna“ gibt in einem „Targowicer“ betitelten Artikel die in der Pariser „Polonia“ veröffentlichte Liste derjenigen Personen wieder, welche den bekannten Schweizer-Pariser Protest Dmowskis gegen den Unabhängigkeitsakt vom 5. November unterschrieben haben. Bekanntlich sind die Protestler eine Handvoll Koalitionsanhänger, die sich in der Fremde befinden und um so weniger ein Recht darauf haben, als Ausdruck der Meinung der Heimat zu gelten. Noch interessanter ist aber, daß unter diesen Targowicer Dmowski-Deuten, welche die „Gazeta Wieczorna“ auf die schwarze Liste gesetzt hat, sich folgende Herren befinden: A. Fischgrund, S. Fischgrund, Hermann Fischgrund, P. Garfinkel, J. Bienenfeld, M. Kleinmann, Moriz Rojches, J. Goldschneider, H. Spilrein, M. Rappaport, L. Cutier, Markus Sack, Israel Spalter und noch einige andere. Was sie in den Dmowski-Flügel getrieben hat — würden wir vergebens zu erraten suchen. Das kann man jedoch als sicher annehmen, daß es irgendwelche Ideale sind, die auf dem Pariser Pflaster einen starken Kurs haben — fügte der Krakauer „Głos Narodu“ hinzu, auf den sich bis jetzt die nationaldemokratischen Organe manchmal so gerne berufen haben.

Aus Nr. 289 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 19. Dezember 1916.

Der Abgeordnete Harusiewicz bei Trepow.

Der polnische Dumaabgeordnete Harusiewicz sowie einige seiner politischen Genossen haben dem Ministerpräsidenten Trepow einen Besuch abgestattet und ihn zu überzeugen gesucht, daß die Mehrheit der polnischen Nation sich keineswegs mit dem Werke von zwar gutgesinnten, aber unzurechnungsfähigen Leuten solidarifizieren könne. Es seien das überwiegend Narren, die von irgend einer Psychose befallen seien und sich in ihrer Tollheit dem ärgsten Feinde des Slawentums in

die Arme würfen. Welche Ansicht Trepow über die Warschauer nationale Begeisterung hat, das teilt das russische Blatt, aus dem wir diese Nachricht schöpfen, nicht mit. (Wat.)

Aus Nr. 45 des Echo Polskie

vom 6. (19.) November 1916.

Eine wirkliche Gefahr.

In gewissen Kreisen sucht man — sich selbst und andere — zu überzeugen, daß die Proklamierung eines unabhängigen Königreichs Polen durch Deutschland nichts zu bedeuten habe, daß sie nur ein Kriegsmanöver, eine Falle für Naive und eine verbrecherische Provokation sei. Und die Deutung dieses politischen Aktes in einem solchen Sinne wird mit einem so großen Eifer betrieben, daß man sich eigentlich wundern muß, warum über eine Sache, die nun einmal so klar und so einfach liegt, überhaupt noch so viel geschrieben wird.

Wenn man aber von einer verbrecherischen Provokation spricht, so könnte das Verbrecherische in dem erwähnten Akte höchstens doch wohl nur in der von den Deutschen erhofften Aushebung des polnischen Rekruten, und nicht etwa in der proklamierten Unabhängigkeit Polens liegen. Die letztere kann nämlich vielleicht unerwünscht erscheinen — darüber sind die Ansichten geteilt, — aber als ein Verbrechen kann sie doch unmöglich gelten, und zwar auch dann noch nicht, wenn man zu den Motiven, von welchen sich die Urheber der Proklamierung haben leiten lassen, übrigens vollständig mit Recht, kein Vertrauen hat.

Ein so großes Lamento über die ganze Sache kann auch nicht aus dem Grunde entstanden sein, weil sie wirklich ein Verbrechen bedeute. Denn vor allem ist ja selbst das vermeintliche Verbrechen noch nicht geschehen. Und ob es überhaupt geschehen wird, ob nämlich die Aushebung im Königreich Polen wirklich zustande kommt, das ist immer noch fraglich. Nach meiner Ansicht ist dieselbe durch die Proklamation der Unabhängigkeit Polens sogar unwahrscheinlicher geworden. Denn, wenn es den Deutschen bei einem so riskanten Schritt, als welcher dieser politische Akt für sie doch immerhin gelten muß, hauptsächlich und wie andere es haben wollen, sogar ausschließlichschließlich darauf angekommen wäre, das Menschenmaterial, welches das Königreich Polen noch liefern konnte, zu militärischen Zwecken auszubeuten, so wäre es für sie doch viel einfacher gewesen, nur daselbe zu tun, was die Italiener in dem Kriege gegen Tripolis ohne irgend welchen Protest seitens der Mächte getan haben, nämlich — zu annektieren. Da hätten sie doch die Aushebung schon ohne weiteres und ohne sich um irgend jemanden bekümmern zu brauchen, vornehmen können. Jetzt aber, nachdem das Königreich Polen, wenn auch nur im Prinzip für einen unabhängigen Staat erklärt wurde, erscheint die Sache schon viel komplizierter. Denn jetzt müssen die Deutschen, nachdem sie dem okkupierten Lande das Recht der Selbstverwaltung zugestanden hatten, dieses Land auch erst um Rat fragen. Nun sagt man aber, daß die Proklamierung der Unabhängigkeit Polens der Aushebung den Schein einer legalen Handlung verleihen sollte. Wenn aber dieser Schein weiter trügen würde, wenn die Aushebung jetzt zu einem Gewaltakte sich gestalten würde, wenn man sie nämlich jetzt auch gegen den Willen der polnischen Landesvertretung vornehmen oder dem für unabhängig erklärten polnischen Staate überhaupt keine Landesvertretung gewähren würde? . . .

Übrigens wird mit Recht auch noch darauf hingewiesen, daß die Aushebung im Königreich Polen für Deutschland in militärischer Hinsicht überhaupt keine allzugroße Bedeutung besitzt. Die Überlegenheit

an Menschenmaterial ist nämlich auf seiten der Koalition eine so große, daß die paar hundert tausend Rekruten, welche Deutschland im Königreich Polen noch gewinnen würde, Deutschland nicht mehr retten könnten, zumal da das Zahlenverhältnis sich in dieser Hinsicht für Deutschland von Tag zu Tag immer ungünstiger gestaltet. Und in derselben Zeit, in welcher es möglich wäre, den neuen polnischen Soldaten auszubilden, würde England schon imstande sein, eine bei weitem größere Anzahl von Truppen auszurüsten.

Aber noch aus einem Grunde würde die Proklamierung der Unabhängigkeit Polens und vor allem die angekündigte Formierung einer polnischen Armee nicht eine Erleichterung, sondern sogar eine Erschwerung der militärischen Lage Deutschlands bedeuten. Es ist nämlich an und für sich schon viel schwerer, eine neue Armee zu schaffen, als neue Rekruten einer bereits bestehenden Armee ganz einfach einzureihen. Außerdem kommt es auch auf das Maß des Vertrauens an, welches Deutschland zu einer selbständigen polnischen Armee haben könnte. Die Deutschen können nämlich jetzt zwar viel von ihrer Freundschaft zu den Polen reden, sie können sogar auch aufrichtig wünschen, daß eine solche Freundschaft zwischen den Polen und den Deutschen dereinst zur Tatsache werde, aber daran, daß diese Freundschaft schon jetzt bestehe, daran glauben sie doch nicht, — das ist mehr, als gewiß.

Wir dürfen wohl deshalb auch mit aller Gewißheit behaupten, daß, wenn den Deutschen wirklich an einer polnischen Armee etwas liegt, es weniger aus militärischen, als vielmehr aus moralischen Gründen geschieht. Die Deutschen möchten nämlich jetzt schon einen Beweis dafür haben, daß die Polen ihr „Geschenk“ mit Freuden angenommen haben. Deswegen möchten sie Polen jetzt wohl auch nicht so sehr ausbeuten, als für sich gewinnen.

Darin liegt eben der Kern der Sache.

Es wird nun aber weiter behauptet, daß der Hauptzweck des neuen Kurses in der Politik Deutschlands in der Herbeiführung einer politischen Spannung zwischen den Polen und Rußland bestehe. Aber Intriguen nur aus Liebe zu der Intrigue werden von schwarzen Charakteren nur in ganz minderwertigen Dramen gesponnen. Wenn man deshalb den Deutschen die Absicht unterschiebt, daß sie durch die Proklamierung Polens die Polen nur zu einer antirussischen Haltung verleiten wollen, so könnte eine solche Absicht doch nur dann irgend einen Sinn haben, wenn mit ihr zugleich die Tendenz verbunden wäre, sich selbst dann mit Rußland auf Kosten der Polen zu versöhnen. Das wäre aber doch der fatalste Weg, den man je zur Anbahnung einer solchen Versöhnung hätte wählen können.

Denn auf diese Weise könnte den Anfang zu einer Versöhnung höchstens nur ein Wahnsinniger machen. Und wenn Deutschland wirklich eine solche Tendenz bei der Wiederherstellung Polens verfolgt haben sollte, so könnte man nur dazu sagen: „Quem Jupiter perdere vult dementat — wen Zeus ins Verderben stürzen will, dem raubt er den Verstand — und man könnte sich dann über das nahe Ende eines Gegners freuen, welcher seinen Verstand in der Tat schon verloren hat, indem er alle Brücken hinter sich verbrannte.“

Statt dieser Freude — sehen wir aber nur eine allgemeine Beunruhigung und Verwirrung. Man weiß nicht, woran man ist. Und die ganze Sache wäre auch wirklich unbegreiflich, wenn die Absichten Deutschlands so durchsichtig wären, wie man es sich hier und da vorstellt.

Der eigentliche Grund zu der Beunruhigung, welche durch die Proklamierung der Unabhängigkeit des Königreichs hervorgerufen wurde, liegt ja nach meinem Dafürhalten eben darin, daß der Zweck dieser politischen Handlung keineswegs klar hervortritt.

Man versteht ihren eigentlichen Sinn und ihre Bedeutung nicht, man hat nur allgemein die Empfindung, daß es ein Ereignis von unermeßlicher Tragweite ist, daß etwas geschehen ist, was ganz unberechenbare Folgen nach sich ziehen kann.

Eine Gefahr birgt dieser Akt Deutschlands sicher, aber diese Gefahr liegt nicht in dem Bösen, Hinterlistigen, Verbrecherischen, das man in ihm sucht, sondern gerade darin, was seine positive Seite bildet.

* * *

Es ist eine leichte, aber ganz nutzlose Sache, dagegen zu protestieren, was der Gegner tut. Und noch schlimmer ist die Methode, die Bedeutung einer Handlung zu unterschätzen, welche von diesem Feinde ausgegangen ist, und sich damit zu trösten, daß diese Handlung nichts mehr, als nur ein Versuch des Gegners sei, andere zu täuschen, ähnlich, wie der Bluff eines Spielers, der seine wichtigen Trümpe mehr in seiner Hand hat. Die Trümpe seines Gegners darf man aber niemals unterschätzen, statt dessen soll man sein Spiel zu erkennen suchen.

Der politische Akt Deutschlands bringt keine endgültige Lösung der polnischen Frage. Aber man darf doch nicht leugnen, daß er auf jeden Fall einen bedeutenden Fortschritt in dieser Lösung bedeutet. Er kann uns zwar, die wir die Unabhängigkeit Polens von der Vereinigung der polnischen Landesteile nicht trennen dürfen, auch nicht im geringsten befriedigen. Er gewährt zurzeit nicht einmal dem Königreich Polen eine praktische Garantie für seine Dauerhaftigkeit. Er ist nämlich im Grunde genommen nichts mehr als eine Ankündigung der künftigen Selbständigkeit. Aber — eine öffentliche Deklaration und Worte, die vor Millionen gefallen sind, sind immerhin nicht auf gleiche Stufe mit Versprechungen zu stellen, welche etwa im Kabinette eines Diplomaten heimlich ins Ohr geflüstert werden und nachher wieder leicht geleugnet werden können. Hier hat man es schon mit einer offiziellen und öffentlichen, wenn auch nur teilweisen und nicht genug deutlichen Anerkennung des Anrechts des polnischen Volkes auf seine Unabhängigkeit zu tun. Das ist eine Tatsache, die sich nicht mehr wegleugnen läßt, und welche auch in dem nationalen Bewußtsein des polnischen Volkes die Bestrebungen nach der seiner Unabhängigkeit in einem hohen Maße gefördert und gefestigt hat.

Außerdem darf man nicht vergessen, daß die Proklamierung eines unabhängigen Polens auch in Deutschland zu sehr lebhaften Protesten geführt und vor allem in den Kreisen der Katholiken eine sehr große Erbitterung hervorgerufen hat. Sie steht in engstem Zusammenhange aber noch mit einer Reihe ganz anderer Tatsachen in Deutschland, welche für uns von der größten Bedeutung sind.

Es vertrat nämlich in Deutschland schon vor dem Kriege Friedrich Naumann, der bedeutendste Verfechter der heute in den Zentralstaaten so populären Idee von Mitteleuropa, eine national-soziale Richtung, deren Programm darauf hinausging, die Monarchie auf die breitesten Volksmassen zu stützen und auf diese Weise einen demokratischen Cäsarismus zu schaffen — einen Cäsarismus auf der Grundlage weitgehender sozialer Reformen und einer demokratisch-politischen Verfassung.

Diese Idee ist keineswegs neu. Ihr Anfang reicht bis in die Zeit der Herrschaft der griechischen Tyrannen, welche in demagogischer Weise die breiten Volksmassen gegen die Aristokratie ihrer Republiken auszuspielen suchten: wir finden sie auch in der Politik der Cäsaren aus der zur Zeit des römischen Imperiums. Auch Napoleons Macht stützte sich auf diese Idee.

Dieses Programm Naumanns war auch der Psychologie Wilhelms II. keine fremde Idee. Wil-

helm II. hat zwar bis dahin noch keinen praktischen Schritt in dieser Richtung getan, aber der jetzt immer mehr sichtbare Bankrott seiner bisherigen Politik könnte ihn schon leicht zu einem solchen Schritte verleiten.

Man braucht doch bloß daran zu denken, wie man heute in Deutschland schon mit den Sozialisten isoliert. Der Reichskanzler scheut sich ja heute nicht mehr, sich ihrer in seiner Politik sogar als eines Werkzeuges gegen die Konservativen zu bedienen. Das sind allerdings nur noch schüchterne Versuche, unsichere und unentschiedene Schritte. Denn die Sache ist jetzt insofern noch sehr schwierig, als der Widerstand der Konservativen, auf welche sich bis dahin die ganze Politik in Deutschland stützte, außerordentlich stark ist. Deswegen sind diese Schritte noch vorsichtig, langsam und treten nicht ganz deutlich hervor. Aber der Lauf der Ereignisse kann sie schon leicht zu einer entschiedenen Aktion umwandeln.

Der politische Akt Deutschlands in der polnischen Frage bildet nur den ersten Versuch in dieser Richtung auch schon auf dem Gebiete der äußeren Politik. Wilhelm II. greift jetzt mit einer blutigen Hand nach der Ideen-Waffe. Er will sich jetzt in der Rolle eines Verteidigers unterdrückter Nationen zeigen. Die Koalition hat die Lösung für die Freiheit der Nationen als Endziel ihres Kampfes gegen den militärischen Imperialismus Deutschlands hingestellt. Jetzt versucht derselbe Imperialismus in dieselben Bahnen zu treten, und verkündet der Welt, daß er jetzt sogar das ins Leben rufen will, was für die Koalition bis dahin nur eine Lösung war.

Dieser erste Schritt auf dem neuen Wege wurde nun zwar noch mit der bärenartigen Ungelenkigkeit eines preußischen Junkers getan. Die weiteren Schritte können aber doch schon gewandter sein. Es können kühne, entschiedenere und weiter gehende Versuche folgen. Und man darf nicht vergessen, daß je schlimmer sich für die Zentralmächte die Lage auf dem Schlachtfelde gestalten wird, desto stärker die Tendenzen sein werden, durch welche Wilhelm zu seinen Experimenten in der Richtung eines demokratischen Cäsarismus getrieben wird.

Und darin eben liegt die große Gefahr der ganzen Sache. Man darf nämlich die Bedeutung der moralischen Faktoren in diesem Kriege nicht unterschätzen.

Das moralische Übergewicht war ja bis dahin auf Seiten der Koalition. Die Koalition fand auch in demselben eine besondere Stütze in ihren schweren Tagen; — es würde deshalb von einem unerhörten Leichtsinne zeugen, wenn man jetzt eine Schwächung dieses Übergewichts zulassen und der deutschen Demagogie die Möglichkeit gewähren würde, sich erfolgreich weiter zu entfalten.

Man muß deshalb jetzt schon den Deutschen bei ihren Bestrebungen der Weltherrschaft jede Möglichkeit nehmen, die Maske der Verteidiger der Nationen zu tragen. Und da reichen bloße Proteste und der Hinweis darauf nicht aus, daß man dem deutschen Schritte nicht trauen darf. Nicht alles ist dort falsch. Das sind reale Versuche, die wirkliche Lösung der polnischen Frage durch eine teilweise zu vereiteln und die weitere Entwicklung der Freiheit durch die Gewährung einer halben Freiheit zu hemmen.

Wir wollen aber diese Halbheiten nicht. Und deswegen rufen wir auch der Koalition zu: Es ist Zeit, das Kriegsziel jetzt in seinem ganzen Umfange zu entfalten, es ist Zeit, zu einem entscheidenden Entschluß zu kommen. Denn es handelt sich schon um eine Sache, welche an Bedeutung alle gewöhnlichen Berechnungen und Kriegsmanöver übertrifft. Es steht die ganze Richtung auf dem Spiele, in welcher die künftige Geschichte Europas sich weiter entwickeln soll.

Die preußische Soldateska sucht jetzt ihre Pickelhaube unter eine phrygische Mütze zu bringen. Da

gibt es kein anderes Mittel, dieser Maskerade ein Ende zu machen, als die künftige Gestaltung Europas jetzt schon ganz zu offenbaren.

Vor allem aber muß die Demokratie in Europa und in erster Linie die Demokratie in Rußland, welche an der Sache am meisten beteilt ist, ihre Stimme laut erheben; sie muß schon alle Rücksichten fallen lassen und das alte, heilige Banner eines jungen, freien Europas hoch über den Häuptern der Kämpfenden schwingen.

T a d d ä u s K a d w a n s k i.

Aus Nr. 46 des Echo Polskie (Moskau)

vom 13. (26.) November 1916.

Der Umschwung.

Das Kommunique der russischen Regierung aus Anlaß des Aktes, durch welchen die Unabhängigkeit Polens durch die Zentralmächte proklamiert wurde, hat viele enttäuscht. Und die Telegramme Asquith's Briand's und Boselli's haben auch die letzten Illusionen derjenigen zerstört, welche auf eine leichte und einfache Lösung der polnischen Fragen rechneten.

Ohne aber die bedeutenden Gefahren zu unterschätzen, welche sich aus der passiven Politik der Koalition in der polnischen Frage ergeben können — einer Politik, welche gerade in dieser Antwort der Koalitionsmächte auf den polnischen Akt der Zentralmächte so recht zum Ausdruck kommt, müssen wir doch feststellen, daß das, was geschehen ist, wenn es auch die Politik der Polen erschwert, diese Politik nicht schwächt, sondern im Gegenteil, dieselbe gerade jetzt auf einen festen realen Boden stellt.

Der größte Vorzug der Antwort der Koalitionsmächte besteht nämlich darin, daß sie deutlich ist. So zerstreut sie jetzt wirklich schon alle Illusionen. Aber auch nur Illusionen. Denn das Wesen der Sache bleibt unverändert und die Grundlage der polnischen Politik, welche sich auf die Koalition stützte, wurden dadurch nicht erschüttert.

Die Grundlage eines jeden dauerhaften und zuverlässigen politischen Bündnisses bildet nämlich nicht die Gleichmäßigkeit der Anschauungen, sondern die Gemeinschaft der Interessen. Deswegen war und bleibt für die Polen diejenige Politik immer noch die einzig reale, welche sich auf die Politik der Koalition stützt, auch wenn die Anschauungen der Koalition zu dieser oder jener Zeit mit unsern eigenen Ansichten garnicht übereinstimmen sollten.

Die Antwort der Koalition mußte selbstverständlich auf viele wie ein kalter Wasserstrahl auf eine durch Erwartungen erhitzte Stirn wirken.

Sie hat deshalb viel Erbitterung hervorgerufen. Vor allem aber hat sie einen schlechten Eindruck auf die Polen in den polnischen Landesteilen gemacht. Das darf man natürlich keineswegs unterschätzen.

Aber eine vernünftige Politik kennt keine Enttäuschungen. Sie kennt nur — das Ende der Mißheiligkeiten. Und dieses Ende zeigt für uns im letzten Resultat doch immer ein „Plus“.

* * *

Das russische Kommunique steht, was die Verfassung des künftigen Polens anbelangt, zweifellos auch zu den bescheidensten Wünschen der Polen in Widerspruch. Denn selbst diejenigen unter den Polen, welche früher den jetzt schon allgemeinen Standpunkt der russischen Autonomie in Polen vertraten, welcher Standpunkt übrigens gegenwärtig sogar schon von den aufgegebenen polnischen Fraktionen in den russischen gesetzgebenden Körperschaften nicht mehr aufrecht erhalten wird — die letzten Erklärungen der Abgeordneten Harusiewicz und Ezebeko stehen nämlich schon entschieden auf dem Boden eines selbständigen polnischen Staatswesens — selbst also auch diese

Männer betrachteten als das Endziel ihrer Bestrebungen eine polnische Autonomie.

Das russische Komunique spricht aber, indem es mit allem Nachdrucke die Erhaltung der Einheitlichkeit des russischen Staates hervorhebt, ganz ausdrücklich nur von einer kulturell-nationalen und wirtschaftlichen Autonomie.

Es stellt also in einer nicht mißzuverstehenden Weise fest, daß nach der gegenwärtigen Ansicht der russischen Regierung das Endziel dieses Krieges hinsichtlich der polnischen Landesteile hauptsächlich die Einverleibung dieser Landesteile in den russischen Staat ist. Es wird somit hier schon zugestanden, daß nicht eine Wiederherstellung Polens als Staat, sondern nur die Angliederung der polnischen Länder an Rußland beabsichtigt wird.

Die Erklärungen der Leiter der englischen, französischen und italienischen Politik bestätigen nun ganz und ohne alle Vorbehalte dieses Projekt der russischen Regierung, indem sie es zugleich als eine endgültige Lösung der polnischen Frage freudig begrüßen, als ob es im Prinzip auch den uralten Bestrebungen des polnischen Volkes entspräche.

Dadurch aber, daß sie dabei noch ausdrücklich betonen, daß die Vereinigung der polnischen Landesteile auch die Grundlage für das künftige politische Gleichgewicht in Europa bilden soll, bestätigen diese Erklärungen Asquiths und Briands jedoch zugleich, daß die polnische Frage zu einer internationalen Frage par excellence geworden sei. Und diese offizielle Feststellung enthält für uns eine Bedeutung ersten Ranges.

Dank nämlich dieser Feststellung ist die polnische Frage jetzt schon zu einer internationalen Frage de iure geworden, wie sie eine solche de facto bis dahin immer war. Daher hat diese Frage einen so immensen Wert für uns.

Die Erklärungen der westlichen Mächte der Koalition bestätigen aber gleichzeitig in einem noch höheren Grade die Tatsache, daß in der Behandlung der polnischen Frage als einer internationalen Frage jetzt auch schon eine vollständige Einmütigkeit zwischen den Regierungen der westlichen Koalitionsmächte und der russischen Regierung herrscht.

Deswegen zeugen alle jenen schüchternen Versuche, in den Anschauungen dieser Regierungen irgendwelche, wenn auch nur unwesentliche Gegensätze festzustellen, von einer unverzeihlichen Naivität, welche um so verderblicher ist, als sie zu der Annahme führen kann, daß solche Gegensätze für uns auch wirklich erwünscht wären.

Da müssen wir sofort mit allem Nachdruck konstatieren, daß gerade das Gegenteil der Fall ist. Es gibt dort keine Differenzen; und wenn solche in der Wirklichkeit bestehen sollten, so wären sie gerade für uns nicht im geringsten erwünscht. In unserem Interesse liegt nämlich eine vollständige Einmütigkeit in der ganzen Politik der Koalitionsmächte, also auch eine Einmütigkeit in der polnischen Frage. Nur eine solche Einmütigkeit kann doch zu einem vollständigen Siege auch jener geschichtlichen Tendenzen führen, in deren Dienst sich die Koalitionsmächte gestellt haben; nur unter der Bedingung, daß diese Einmütigkeit bis ans Ende gewahrt bleibt, kann der künftige Friede Europa für die Zukunft eine Verfassung sichern, welche auf der Freiheit und Gleichberechtigung der Völker begründet ist — und nur unter einer solchen Bedingung kann auch die polnische Frage ihre allseitige Lösung finden.

Daraus folgt aber noch keineswegs, daß die Koalitionsmächte auf ihrem gegenwärtigen Standpunkt in der polnischen Frage verharren sollen. Im Gegenteil, dieser Standpunkt soll und muß eine Änderung erfahren. Aber wir müssen dabei mit aller Entschiedenheit hervorheben, daß die westlichen Mächte in dieser Hinsicht Rußland nicht vorgreifen

dürfen. Das würde keineswegs in unserem Interesse liegen.

Wir haben früher erwähnt, daß vor allem die Demokratie in Europa ihre Stimme in der polnischen Frage erheben müsse. Wir meinten damit in erster Linie die Demokratie in Rußland, welche nun jetzt an der Reihe ist, ihrer Pflicht in dieser Hinsicht zu genügen.

* * *

Die Sache ist allerdings weder leicht noch einfach. Je mehr nämlich der letzte Akt des geschichtlichen Dramas heranrückt, desto größer wird die Spannung der gegenwärtigen Situation.

Besonders für uns und vor allem im Königreich Polen.

Denn die Bemühungen Deutschlands, das Königreich Polen für seine Pläne zu gewinnen, werden mit einem immer größeren Nachdruck betrieben. Und der politische Akt der Zentralmächte bedeutete ja — von seiten Deutschlands — das müssen wir immer von neuem betonen — auf jeden Fall einen Schritt nach vorwärts, einen wirklichen Fortschritt in der Lösung der polnischen Frage, das war aber die Antwort der Koalitionsmächte — nicht. Und dieser Umstand trägt selbstverständlich in einem hohen Maße dazu bei, daß die Aktion der Zentralmächte im Königreich Polen wesentlich erleichtert wird.

Das, was die Koalitionsmächte jetzt als eine endgültige Lösung der polnischen Frage bezeichnen, kann von niemandem im Königreich Polen als eine solche angesehen werden. Denn die heute von diesen Mächten vorgeschobene Lösung der Vereinigung aller polnischen Landesteile wurde ja von ihnen bereits im Anfange des Krieges zugestanden. Seit jener Zeit ist man also auf dieser Seite auch nicht um einen Schritt weiter gekommen.

Von deutscher Seite wird dagegen wenigstens der Schein eines guten Willens vorgeschoben, die Koalitionsmächte haben nicht einmal diesem Schein etwas entgegenzustellen vermocht.

Dadurch wird natürlich die Politik der Polen, welche einzig und allein den traditionellen Interessen des polnischen Volkes Rechnung trägt und eine endgültige Lösung der polnischen Frage darin erblickt, daß ein geeinigtes und unabhängiges Polen auf der Grundlage der Politik der Koalitionsmächte wiederhergestellt werde, ungemein erschwert.

Und wenn von einem gewaltsamen Widerstande der Polen gegen die eventuellen Bestrebungen Deutschlands an und für sich niemals die Rede sein konnte, so ist überhaupt jedes Entgegenwirken gegen diese Bestrebungen im Königreich Polen außerordentlich schwer geworden. Denn es ist ganz schön, zu erklären, die Unabhängigkeit Polens im Bunde mit Deutschland sei nur eine Fiktion, aber was hilft das alles, wenn man darauf sofort erwidern kann, daß von der anderen Seite wenigstens heute diese Unabhängigkeit überhaupt, und zwar ausdrücklich negiert wird. Und durch Hinweise darauf, was wir morgen vielleicht noch erreichen können, wird doch niemals das ersetzt, was man heute schon besitzt.

Deswegen kann das Widerstreben in Polen gegen die Pläne Deutschlands allein nichts helfen, zumal wenn das Projekt der Koalitionsmächte auch nicht verlockend ist. Die einzige Macht also, welche im Königreich Polen der Aktion Deutschlands erfolgreich entgegenwirken könnte, wäre die Stimme der Demokratie in Europa, wenn dieselbe stark genug wäre, jetzt noch die Front der Bajonette zu passieren und bei den Polen die Überzeugung zu festigen, daß sie wirklich noch lebt und arbeitet, daß sie jenes Herz sei, welches mit seiner Tätigkeit den ganzen Organismus der ganzen Koalition belebt und kräftigt, daß nur sie — und sonst niemand — siegen kann, und daß auch nur

sie ein glückliches Ende des Krieges, einen wahren Frieden, und schließlich auch den Nationen ihre Freiheit und Polen — die Wiederherstellung ihres Vaterlandes bringen werden.

* * *

So liegt jetzt die Sache in der Wirklichkeit. Der gegenwärtige Krieg ist nämlich ein Krieg des Imperialismus, er wird von imperialistischen Staaten — aber auch nur in diesem Sinne — geführt.

Der kapitalistische Imperialismus in England und Frankreich war nun bereits gesättigt und der russische Kapitalismus war so schwach, daß er nicht einmal sein eigenes Territorium zu beherrschen imstande war. Wenn man also auch von der Frage vollständig absehen würde, wer denn eigentlich an dem Ausbruch des Krieges die Schuld trägt, so muß man schon mit Rücksicht darauf zu der Überzeugung gelangen, daß der angreifende Teil nur Deutschland sein konnte. Denn nur in Deutschland konnten und mußten reale Annexionstendenzen insofern sich zeigen, als für Deutschland eine territoriale Erweiterung tatsächlich notwendig ist. Deshalb ist dieser Krieg für die Mächte der Koalition wirklich nur ein Verteidigungskrieg; das Kriegsziel des englischen Imperialismus, von welchem die ganze Koalition geleitet wird, ist nicht die eigene Expansion, sondern die Verhinderung einer Expansion Deutschlands und das Niederringen seines Konkurrenten nicht zu dem Zwecke, um ihn nachher zu berauben, sondern um einen Raub von seiner Seite zu verhindern und ihm die Lust zu weiteren Raubzügen für immer zu nehmen.

Deswegen hat man in England auch zuerst eingesehen, wie langwierig, erschöpfend und kostspielig dieser Krieg sein wird. Man wußte nämlich dort, daß er nicht etwa ein Produkt der kriegerischen Gelüste Wilhelms, sondern die Folge einer unüberwindlichen Tendenz nach einer kapitalistischen Expansion Deutschlands ist, und da war man sich sofort auch im Klaren, daß er einen Kampf auf Tod und Leben bedeute, welchen man bis zu Ende führen müsse, denn anders würde man ihn bei der ersten besten Gelegenheit und vielleicht bei einer schlechteren allgemeinen politischen Konjunktur wieder von neuem ausfechten müssen.

Das alte Volk der Kapitalisten, welches ja in der Richtung der kapitalistischen Entwicklung allen Völkern voranging, war sich also dessen wohl bewußt, daß es entweder jetzt diesen Kampf aufnehmen und siegen müsse oder daß es von seiner dominierenden Stellung schon für alle Zeiten verdrängt werde.

Als es sich aber für diesen Kampf entschloß, wußte es ebenfalls ganz gut, daß nach diesem Kriege schon kein Budget mehr imstande sein würde, weitere Rüstungslasten, welche nachher noch steigen mußten, zu tragen, und daß es deshalb heute nicht mehr genüge zu siegen, sondern, daß es gelte, die Kraft des Gegners schon vollständig zu brechen. So dürfe auch der künftige Friede, nicht, wie in früheren Zeiten, in der Weise geschlossen werden, daß nach ihm noch neue Rüstungen möglich wären, sondern er müsse schon eine Liquidierung des ganzen Militarismus zur Folge haben.

Und da die Liquidierung des Militarismus notwendigerweise auch die Beseitigung desjenigen Regierungssystems nach sich ziehen muß, auf welches sich der Militarismus stützte, so mußte der gegenwärtige Krieg für die Mächte der Koalition sich naturgemäß zugleich zu einem Kriege für die Ideale der Demokratie gestalten.

So liegt die Sache ihrem ganzen Wesen nach; nach außen hin offenbart sie sich aber in dieser Form nicht, oder wenigstens nicht deutlich genug.

Obwohl nämlich der gegenwärtige Krieg tatsächlich also im Interesse der Demokratie geführt wird, so wird er doch von der Demokratie nicht geleitet. Die Demokratie überließ diese Leitung noch der früheren Hand, und sie konnte auch tatsächlich so lange nicht anders handeln, als es sich nur um die Verteidigung handelte.

Mit dem Augenblick aber, wo jetzt durch den Lauf der Ereignisse die Kriegsziele schon zu einer aktuellen Frage geworden sind, welche sich auch mit Rücksicht auf die Interessen der Verteidigung selbst nicht länger verschieben läßt, tritt an die Demokratie die Pflicht heran, ihre Stimmen endlich zu erheben und die Leitung schon selbst zu übernehmen.

So lange es sich nämlich um die Verteidigung gegen den fremden Imperialismus handelt, können die imperialistischen Regierungen objektiv noch den Interessen der Demokratie dienen, aber sie sind nicht mehr imstande, selbst eine konsequente und entschiedene Politik im demokratischen Sinne zu führen. Es kann niemand selbst aus seiner Haut heraustreten. Nun wird Europa beim Ausgang des gegenwärtigen Krieges die Panzerhaut des Paläosaurus ablegen müssen, aber die Demokratie ist diejenige, welche ihm diese Haut abziehen hat.

Für Rußland gestaltet sich die Sache allerdings am schwierigsten.

Auf Grund seiner objektiven Interessen ist Rußland nämlich am meisten auf ein Zusammengehen mit der Koalition angewiesen, denn die Expansion des deutschen Imperialismus hat es doch in erster Linie auf Gebiete des russischen Staates abgesehen. Für England handelt es sich in dem gegenwärtigen Kriege vorläufig nur um die Hegemonie und um das Niederringen eines Konkurrenten.

Aber auch die Liquidierung des Militarismus, welche für die Koalition ein notwendiges Postulat für den Fall einer siegreichen Beendigung des Krieges bildet, berührt die Interessensphäre Rußlands am meisten, weil Rußland die Rüstungslast am allerwenigsten zu tragen vermag.

So wird Rußland durch die objektiven Tendenzen nach seiner Selbsterhaltung und Entwicklung in der Richtung der demokratischen Endziele des gegenwärtigen Krieges am stärksten hingerissen, und gerade hier stößt es zugleich auf die größten Hindernisse.

Denn vollständig mit Recht sagte Lloyd George, daß der Hammer, welcher die eiserne Hand Deutschlands zertrümmere, zugleich die Ketten, welche das russische Volk trägt, sprengen müsse.

So erscheint auch die doppelte Aufgabe, welche jetzt der russischen Demokratie obliegt, — nämlich einerseits das eigene Land gegen den äußeren Feind zu verteidigen, und andererseits sich selbst eine entscheidende Stimme im Innern des Landes zu erkämpfen, was aber von der ersteren Aufgabe nicht zu trennen ist, — fast als undurchführbar. Die russische Demokratie ist außerdem auch noch schwach, zerstreut und desorganisiert. Aber die Geschichte, welche die Erfüllung einer Aufgabe verlangt, verleiht immer auch die nötigen Kräfte, welche eine solche Erfüllung ermöglicht.

So weist auch schon jetzt die allgemeine politische Lage immer deutlicher auf die Notwendigkeit einer mächtigen Wendung in der inneren Politik Rußlands hin, und zu einer solchen Wendung muß es schließlich auch tatsächlich kommen. Nun schafft aber eine jede Absehwendung nach links sofort auch neue Arbeitsgebiete für die Demokratie, wo sie sich sammeln und energisch eingreifen kann.

Aber auch für die polnische Demokratie bietet sich dabei ein wichtiges Arbeitsfeld. Die bisherige Politik der russischen Regierung in der polnischen Frage, zu welcher dieselbe durch die Haltung der National-

demokratie verleitet wurde, hat nämlich dahin geführt, wohin sie führen mußte, nämlich zum — politischen Bankrott. Das einzige positive Resultat dieser Politik war ja nur die Beseitigung der gegenwärtigen Mißverständnisse.

Sobald aber die russische Demokratie in der Lage sein wird, ihre Stimme in Rußland zu erheben, da wird die Reihe auch schon an die polnische Demokratie kommen. Und dann wird auch die Politik derjenigen Polen, welche sich auf die Koalition stützten, tatsächlich ihre Früchte tragen.

Thaddäus Radwanski.

Aus Nr. 46 des Echo Polski (Moskau)
vom 13.(26.) November 1913.

Eine Erklärung zu der polnischen Frage.

Nach der ersten Sitzung des Staatsrates ordnete der Minister der inneren Angelegenheiten, Herr Protopopow, die Wiederaufnahme der Beratungen an und gab eine Erklärung der Regierung zu der polnischen Frage ab. Der Inhalt dieser Erklärung ist unseren Lesern bekannt. Wir haben, sobald wir denselben mitgeteilt hatten, feststellen müssen, daß die polnische Frage durch eine solche Deklaration der Regierung nicht um einen Schritt weiter von dem toten Punkt gerückt ist, auf welchem sie seit längerer Zeit in Rußland stehen geblieben ist. Das polnische Volk kann durch dieselbe nämlich auf keinen Fall befriedigt werden. Um so mehr mußte damals das Schweigen der polnischen Abgeordneten in der Duma Wunder nehmen. Es hat doch Zeit genug für sie gegeben, um sich zu überlegen, welche Antwort sie darauf zu geben hätten. Bis dahin hat aber niemand von ihnen auf diese Deklaration in irgend welcher Weise reagiert. Der Inhalt derselben entspricht aber nicht nur unseren billigen Wünschen nicht, sondern er bedeutet sogar gewissermaßen einen Rückschritt im Vergleich zu dem, was nach der Information der Presse schon im Juli d. J. verwirklicht werden sollte. Die Deklaration spricht nämlich, indem sie sich auf den Aufruf des Großfürsten beruft, von einer Autonomie, aber sie enthält keine sicheren Anhaltspunkte dafür, welcher Art diese Autonomie sein soll, ob unter derselben eine staatliche oder nur eine provinzielle Selbstverwaltung, etwa nur eine Erweiterung der Rechte des „Ziemstwo“ (Polnische Landschaft) zu verstehen ist. Man könnte sogar, wenn die Andeutungen der Deklaration überhaupt zu irgend welchen positiven Schlüssen berechtigen sollten, eher annehmen, daß in derselben nur von der letzteren die Rede ist, denn die Deklaration erwähnt zwar das Recht zu einer selbständigen Entwicklung in nationaler, ökonomischer und kultureller Hinsicht, aber sie berührt gar nicht die politische Seite der Autonomie. Außerdem erwähnt sie mit keinem Wort die Gleichberechtigung der Polen im Kaiserreich, welche auf diese Weise ausschließlich von der russischen Regierung abhängen würden.

Wenn man nun bedenkt, daß die Deklaration der Regierung eine Antwort auf die Proklamierung eines unabhängigen Staates durch die Zentralmächte sein sollte, so muß man gestehen, daß sie einen deprimierenden Eindruck machen und die politische Tätigkeit aller derjenigen erschweren muß, welche im Königreich Polen gegen die Einflüsse der deutschen Kreise kämpfen haben, die den Polen eine weitgehende Selbständigkeit in ihrer nationalen politischen Entwicklung in Aussicht stellen. Deswegen ist es zu bedauern, daß diese Deklaration, augenscheinlich mit großer Eile verbreitet, den Standpunkt derjenigen nicht erleichtert, welche in ihr eine Stütze hätten finden sollen, und daß sie naturgemäß selbst zur Grundlage einer weiteren internationalen Aktion geworden ist, für welche sie jetzt notwendigerweise den Ausgangspunkt bilden muß. Im Zusammenhang mit der er-

wähnten Deklaration und mit dem Proteste gegen die Anordnungen der deutschen Okkupationsbehörden steht die Enunziation Frankreichs und Englands, und nachträglich auch Italiens.

Für den ersten Augenblick würde es nun scheinen, daß diese Enunziationen die polnische Frage auch nicht weiter gebracht hätten, aber wenn man ihren Inhalt näher untersucht, gelangt man doch zu der Überzeugung, daß sie für uns von großem Werte sind. Die Regierungen in England und Frankreich begrüßen in ihnen zwar mit Freuden die Initiative Rußlands und erklären sich mit den Bestrebungen der russischen Regierung ganz solidarisch, aber gleichzeitig bestätigen sie „ihre früheren Sympathien, welche sie mit dem polnischen Volke verbinden“, und heben hervor, daß „die Wiederherstellung seiner Einheit die Grundlage für das künftige politische Gleichgewicht in Europa bilden muß“. Die italienische Enunziation fügt noch hinzu, daß die königliche Regierung in Italien erfreut sei über jene Erklärung der kaiserlichen Regierung in Rußland, welche „eine Autonomie dem ganzen polnischen Volke garantiert, was seit mehr als hundert Jahren den Gegenstand der Wünsche dieses edlen Volkes bildete.“

Positiv ist in diesen Enunziationen allerdings nur, die Tatsache, daß die polnische Frage endgültig als eine internationale Frage anerkannt wird. Aber schon das Eine, daß sie als eine solche offiziell, durch amtliche Dokumente und selbstverständlich mit Wissen und Willen der russischen Regierung bestätigt wird, bildet für uns eine große Errungenschaft. Die polnische Frage kann nämlich jetzt nicht mehr unter den Gesichtspunkten des einen oder des anderen Staates und auch nicht in Abhängigkeit von den vorübergehenden, egoistischen Interessen dieses Staates, sondern nur von ganz Europa gelöst werden, welches in der Lösung des polnischen Problems eine dauerhafte Grundlage für das politische Gleichgewicht sehen will. So haben wir es endlich erreicht, daß das polnische Volk für unentbehrlich erklärt wurde und daß seine politische Existenz bei den politischen Kombinationen der Mächte berücksichtigt werden muß. Und das ist eine gute Vorbedeutung für unsere Zukunft. Mit aufrichtiger Anerkennung begrüßen die Polen weiter auch die feierlichen Sympathiebekundungen der europäischen Großmächte für das polnische Volk. Die Geschichte des polnischen Volkes, wie sie jetzt zurzeit des furchtbaren Ringens mit Blut geschrieben wird, ist ja nur eine Fortsetzung der Geschichte unseres früheren nationalen Lebens, welches für einige Zeit künstlich unterbrochen, seit Jahrhunderten mit dem Leben der Völker des Westens eng verbunden war, denn dort stand die Wiege unseres Glaubens und unserer Kultur, dort war auch die sichere Grundlage unserer politischen Existenz.

Und wenn wir nun die Enunziationen der fremden Mächte mit der öffentlichen Meinung in Rußland in Zusammenhang bringen, welche zum großen Teil die Deklaration der russischen Regierung in einer für uns wohlwollenden Weise kritisierte, so können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß die polnische Frage doch schon um einen bedeutenden Schritt weiter gekommen ist. Unter demselben Gesichtspunkte, nämlich unter dem Gesichtspunkte einer allmählichen Restaurierung des polnischen Staates müssen wir nun aber auch die Proklamierung eines unabhängigen Königreichs Polen durch die Zentralmächte beurteilen. Denn auch die Bedeutung dieser Tatsache läßt sich nicht leugnen. Möge nämlich diese Proklamierung, wie es manche behaupten wollen, nur ein politisches Manöver sein, ein geschickter Schachzug auf dem Schlachtfelde, möge sie nur ein bloßer Klang, eine Geste sein, was aber keineswegs richtig ist, möge sie uns sogar neue Schicksalsschläge und tragische Enttäuschungen bringen — die Worte: „Ein unabhängiges Reich“ sind nun einmal gefallen, und

lassen sich aus dem Weltbuch der Geschichte nicht mehr streichen. Und wenn Deutschland wirklich gegen seinen eigenen Willen gezwungen war, dieses Werk zu vollführen, dann um so besser für uns; das würde doch nur das Walten einer unvermeidlichen und unwiderlegbaren Logik der Geschichte bestätigen, auf Grund deren jetzt ein Volk wieder ins Leben tritt, auf dessen Grabe ein Bund geschlossen wurde, welcher so kläglich zerfallen mußte und zu einem unerhörten Kriege führte. Daß aber gerade Deutschland und kein anderer Staat ein polnisches Reich gründen mußte, jenes Deutschland, welches das ganze Kongresspolen in seiner Hand hält und dadurch, daß es die Unabhängigkeit Polens proklamierte, sogar an den Grundfesten seiner eigenen Herrschaft ebenso in Galizien, wie im Großherzogtum Posen rüttelt, das beweist doch nur, wie gewaltig jene geheime Macht sein muß, welche die Geschicke der gegenwärtigen Zeit leitet und auch uns auf einen neuen Weg und zu einem neuen Leben führt. Denn soll man etwa glauben, daß das alles nur der Aushebung wegen geschehen ist, welche nach unserer Meinung nicht einmal die gewünschten Resultate bringen braucht und welche auch ohne die Proklamierung der Unabhängigkeit Polens hätte mit Gewalt durchgeführt werden können, oder ist das doch schon eine höhere und stärkere Gewalt, welche auch hier geboten hat, die früheren Wege zu verlassen und andere Grundlagen für „ein dauerhaftes europäisches Gleichgewicht“ zu suchen? An die Großmut der Deutschen und an ihre Freundschaft oder auch nur an ihre Sympathien für uns glauben wir nun nie, und nicht in diesen ist wohl auch die Quelle für die neuen politischen Bestrebungen Deutschlands zu suchen, deren Zweck doch immer nur der Zäsarismus war und welche für unsere Zukunft stets mit Gefahr verbunden sind. Um so mehr freuen wir uns über die Sympathieumgebungen, welche uns von einer anderen Seite zu teil geworden sind, wo jetzt die edlen Traditionen der Freiheit wieder aufleben und durch das eigene Interesse der betreffenden Völker gefördert werden, eine radikale Lösung des polnischen Problems. Wir halten es aber für notwendig, daß die Koalition möglichst bald die politische Frage noch klarer und bestimmter präzisiere, auf daß schon alle Zweifel gehoben werden können.

Petersburg, den 8. (21.) November 1916.

Alexander Lednicki.

Aus Nr. 285 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 12. Dezember 1916.

Die Polen in Rußland und die russische Regierung.

Wir haben seinerzeit in telegraphischer Kürze die Erklärung der polnischen Vertreter, des Abgeordneten Harusiewicz in der Duma und des Herrn Szabeko im Staatsrat, die sie im Namen der Polen nach der Proklamation der Unabhängigkeit des polnischen Staates seitens der Mittelmächte abgegeben haben, veröffentlicht. Nunmehr haben wir polnische Zeitungen aus Rußland erhalten, in denen wir jene Erklärungen und die Bemerkungen der dortigen polnischen Presse, die aus diesem Anlaß erfolgt sind, finden: Sie sind sehr interessant, so daß es lohnend ist, sich mit ihnen bekanntzumachen. Der Abgeordnete Harusiewicz hat in seiner Erklärung, die ihrem Inhalt nach bereits bekannt ist, folgendes gesagt:

„Wir Vertreter des polnischen Volkes haben mehrfach mit allem Nachdruck die Regierung auf die Gefahr hingewiesen, die Rußland von Seiten Deutschlands schon seit Anfang des Krieges drohte, — nämlich die Ergreifung der Initiative in der Lösung der polnischen Frage. Trotzdem hat die Regierung nichts getan, um den Glauben an den unerschütterlichen Entschluß Ruß-

lands, der in dem historischen Aufruf an das polnische Volk verkündet wurde, zu stärken, sondern sie hat im Gegenteil vieles getan, um den Glauben und die Hoffnung auf dieses Ziel zu erdrücken, und hat sogar alle früheren Beschränkungen gegenüber den Polen im russischen Kaiserreich aufrechterhalten.

Das fatale Schweigen der Regierung in der polnischen Frage hat der Feind ausgenützt, um den Eindruck zu erwecken, daß Rußland ihm die endgültige Entscheidung über das Geschick des polnischen Volkes übertragen habe.

Alle unsere zutreffenden Hinweise hat die Regierung ignoriert. — Die Regierung hat den völligen Mangel an Verständnis für die polnische Frage in der gegenwärtigen internationalen Lage bewiesen und alle Trümpfe dem Gegner in die Hand gegeben.“

Der Abgeordnete Szabeko bemerkte, daß er schon im Februar dieses Jahres von der Tribüne des Staatsrats aus auf die Notwendigkeit entscheidender Vorkehrungen in der polnischen Frage von seiten der Regierung hingewiesen habe. Leider hat die Regierung nach dieser Richtung hin nichts getan.“ Seit der Veröffentlichung des Manifestes des Großfürsten sind über zwei Jahre vergangen. Auf welche Weise hat sich dieser Akt nach außen hin bemerkbar gemacht?

In den polnischen Gebieten hat er bis zu deren Besetzung durch den Feind keine Änderungen nach sich gezogen. Der lokalen Verwaltung gab man sogar von der Zentralstelle aus Hinweise, daß sie sich trotz des Aufrufs an das frühere System halten solle. Die periodische Presse aber war infolge Zensurverbots der Möglichkeit beraubt, über den Aufruf zu sprechen.

Als zu Anfang des Jahres 1915 in der zwecks Verwirklichung der angekündigten Grundsätze gebildeten russisch-polnischen Kommission die polnischen Mitglieder derselben in der Voraussicht der Möglichkeit der Okkupation des Landes seitens des Feindes die bescheidensten Zugeständnisse zugunsten der Bedürfnisse des Volkes, wie die Eröffnung polnischer Schulen und einer polnischen Universität und ein gewisses, wenn auch stufenmäßiges Entgegenkommen in der Verwaltung vorschlugen, bezeichneten dies die an den Sitzungen teilnehmenden Vertreter der Ministerien als unmöglich.

Nach einigen Wochen zogen sich die russischen Heere aus dem Lande zurück. Das Königreich Polen wurde von Deutschland und Österreich besetzt, und es entstanden mit fabelhafter Geschwindigkeit polnische Schulen, eine polnische Universität und die polnische Selbstverwaltung.

In Rußland hat man aber bis jetzt noch keine Zeit gehabt, die Beschränkungen, die seit 1864 auf den Polen lasten, zurückzunehmen.

Einige Tage vor der Zurückziehung der russischen Truppen aus Warschau und dem Königreich Polen hat der Staatssekretär Goremykin amtlich erklärt, daß der Zar den Befehl erteilt habe, ein Projekt der polnischen Autonomie zu bearbeiten.

Jedoch seit der Zeit der Besitzergreifung des Königreichs Polen seitens der Feinde ist schon wieder über ein Jahr vergangen, und in der polnischen Frage ist nichts geschehen, wenn man die Erklärung des Ministerpräsidenten in den gesetzgebenden Körperschaften, im Februar dieses Jahres, in welcher den Polen die freie Entwicklung ihrer geistigen Güter zugesichert wurde, nicht in Betracht ziehen will.

In diesem Zeitraume und auch später haben die Vertreter des polnischen Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften die Regierung auf die von deutscher Seite drohende Gefahr und auf die Notwendigkeit, dieser durch einen entsprechenden Akt zuvorzukommen, hingewiesen.

Unabhängigkeit! Freiheit! Heilige Träume aller polnischen Generationen, die in der Sklaverei geboren und gestorben sind. Eine große Lösung, in deren

Namen im Laufe des ganzen Jahrhunderts Hunderttausende unserer besten Söhne ihr Leben hingegeben haben.

Wer das leidensvolle polnische Golgatha nicht durchlebt hat, der kann sich keinen Begriff von der zauberhaften Kraft dieses Wortes machen!

Ich würde mich in Widerspruch mit der Wahrheit setzen, wenn ich Ihnen, meine Herrn, nicht sagen würde, daß das ganze polnische Volk mit allen Triebfedern seiner Seele nach der Freiheit strebt!"

Im weiteren Verlauf seiner Rede läßt sich der Abgeordnete Szefeko darüber aus, wie sich das polnische Volk diese Unabhängigkeit vorstellt, und er schließt mit dem Appell an alle Koalitionsmächte, daß sie in Sachen der Unabhängigkeit Polens eine gemeinsame feierliche Erklärung erlassen möchten, ähnlich wie sie dies in Sachen Belgiens und Serbiens getan haben.

Sowohl die Rede des Abgeordneten Harusiewicz, wie auch die Szefekos enthält die unter solchen Bedingungen unvermeidlichen Redewendungen über den gemeinsamen Feind Rußlands und Polens, über die polnisch-russische Verbrüderung, die augenscheinlich die bittere Pille verflüßigen soll, die die polnischen Abgeordneten von der parlamentarischen Tribüne aus der russischen Regierung verabsolgt. Diese Wendungen haben nicht den uneingeschränkten Beifall der polnischen Presse auf jener Seite der Kampffront gefunden, wovon der folgende Zeitartikel des „Dziennik Kijowski“ unter dem Titel „Nach den Erklärungen“ ein Beweis ist. Es heißt darin:

„In der Dienstagssitzung der beiden russischen Kammern ist in der polnischen Sache nichts geschehen. Die Erklärung der Regierung, oder besser gesagt, der Protest, der ausschließlich die negative Stellung gegenüber der von Deutschland erhobenen Forderung der polnischen staatlichen Selbständigkeit unterstrich, hat uns ebenfalls nichts Neues gebracht.“

Der ruhige und schwer zu provozierende „Dziennik Polski“ schreibt mit Recht, daß „jener geschichtliche Dienstag“ uns formell die Erklärung aller Parteien, die Erklärung des Ministers und den diplomatischen Protest Rußlands gegen den deutschen Akt gebracht hat.

Und trotz der sorgfältigen Durchsicht des Materials kann man aus allen darin enthaltenen Tatsachen keinen andern Schluß ziehen, als den einen, daß die Stellung der Allgemeinheit unbestimmt und das Programm der Regierung unklar ist, daß, obwohl noch keine Veranlassung zum Begraben jeglicher Hoffnungen vorhanden ist, man doch keine allzuweit gehenden Hoffnungen hegen darf und daß man sowohl im günstigen sowie im ungünstigen Sinne auf alle Eventualitäten vorbereitet sein muß.“

Es ist schwer, die Sache noch deutlicher und bündiger darzustellen — schreibt der „Dziennik Kijowski“. — Wir fügen keine eignen Bemerkungen hinzu, da obige Worte fast alles enthalten, indem sie ein Bild der polnischen Frage geben, die seit zwei Jahren auf dem halbsbrecherischen Trapez balanziert, das alle möglichen und unmöglichen Überraschungen bieten kann.

Hat nun dieser trockene Protest der polnischen Abgeordneten, der unbestimmte Redewendungen und konventionelles Wohlwollen enthält, irgend ein Gegengewicht gefunden?

Es handelte sich vor allem um diplomatische Reden, und daher konnte die Größe des Augenblicks und der wirkliche Grundton des polnischen Gedankens und Gesamtwillens darin keinen entsprechenden Ausdruck finden. Im Vergleich zu der früheren Praxis waren die Erklärungen viel kräftiger. Aber auch die sind über den Rahmen der offiziellen Referate, die sich der herkömmlichen amtlichen Form und den bureaukratischen Gepflogenheiten, die über eigene Zeremonien verfügen und den Inhalt und das Maß des

im gegebenen Augenblicke Zulässigen normieren, nicht hinausgegangen.

Trotzdem war der gegebene Augenblick ungewöhnlich.

Bemühen wir uns also nicht zu entscheiden, ob hier eine gerechtfertigte Voraussicht oder der Hemmschuh einer durchsichtigen Vorsicht wirksam war, die so häufig selbst die reinsten Ziele verdunkelt und große Pläne, die für lange Generationen berechnet sind, verkleinert!

Wir behaupten nur, daß, um das Recht der Feststellung der Hoffnungslosigkeit unserer Bestrebungen zu erlangen und die Sache des weiteren Schutzes Polens Gott anzuvertrauen, vor allem nötig ist, daß diese vergeblichen Anstrengungen wenigstens einen männlichen Charakter tragen.“

Die obigen Ausführungen, zurückhaltend in der Form, sind inhaltlich sehr deutlich. Aus diesem abgerissenen Stil wird der, der den Artikel zu lesen versteht, die unter der Zensur entstanden sind, sehr viel herauslesen können.

Aus Nr. 286 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 13. Dezember 1916.

Was denken die Polen in Rußland über die Erklärung der russischen Regierung in der polnischen Frage.

In der gestrigen Nummer haben wir Auszüge aus den Erklärungen der Vertreter des polnischen Volkes, die in der Duma und dem Reichsrat aus Anlaß der erneuten Erklärung der russischen Regierung, daß die polnische Frage eine innerrussische Angelegenheit sei, gegeben.

Die Erklärungen haben naturgemäß auf die Reizbarkeit der Regierung und des russischen Volkes Rücksicht genommen; sie haben jedoch die polnische Presse in Rußland, die sie sehr kritisch bespricht, nicht befriedigt. Eine bedeutend schärfere Kritik in den Spalten der polnischen Presse in Rußland hat die Stellungnahme der russischen Regierung in der polnischen Frage gefunden. So lesen wir in Nr. 304 des „Dziennik Kijowski“ folgendes:

Die erste Sitzung der neuen Session der russischen gesetzgebenden Körperschaften ist zur Tatsache geworden, und wenn die Feststellung von Besorgnissen, die auf traurige Erfahrungen gestützt sind, Bitternis erwecken muß, so muß es einem polnischen Publizisten in einem Augenblick, da er an die Zusammenfassung dieser Tatsachen, die bereits erfolgt sind, und der Eindrücke, die durch die Wirklichkeit dauernd bestätigt werden, herantritt, schwer werden, dieses Gefühl zu unterdrücken.

Es ist kaum glaublich, daß diese Sitzung die erste nach der Verkündigung des deutsch-österreichischen Manifestes vom 5. November über die Unabhängigkeit Polens gewesen sein soll. Es war dies eine Sitzung, in der in dieser Angelegenheit — nichts geschehen ist.

Die trockene, sticfige Kanzleiatmosphäre erfüllte die beiden Kammern, als die Worte über Rechte ohne Titel und Titel ohne Rechte träge dahinfließen, als wenn es sich nicht um die Entscheidung einer Frage gehandelt hätte, die so alt ist wie Petersburg, von dessen Baumeister und Schöpfer die Idee der Teilung Polens in „Gouvernements“ ausgegangen ist.

Dieses Polen, das heute durch deutsche Gräben von Rußland getrennt ist, hält bereits das „Patent“, das den Grundsatz seiner Unabhängigkeit anerkennt, in der Hand.

Dort in Polen wird an dieser Unabhängigkeit, sie möge gut oder schlecht sein, schon gebaut. Dort gibt es kein Schwanken bezüglich des Rechtstitels, denn es gibt in Polen keinen Menschen, der es wagen

würde, auch nur gegen die Unabhängigkeit des Sächsischen Gartens zu protestieren.

Die Koalition hat sich auf den Standpunkt des ideellen Zieles des gegenwärtigen Krieges gestellt, und Rußland steht gegenüber dem Versuch, daß ihm die unvermeidliche Liquidation eines Komplexes von erstklassigen Angelegenheiten, die durch den russisch-preussischen Freundschaftsvertrag vom Jahre 1764 inaugurirt wurde, aus der Hand genommen wird.

Da ist doch wohl die Zeit zu einer endgültigen Entscheidung gekommen.

Es ist keine Zeit mehr zu Andeutungen oder gar zum Schweigen.

Und trotzdem hat man geschwiegen.

Die beiden Präsidenten haben auch nicht mit einem Worte die polnische Frage berührt. Von den Bänken der russischen Abgeordneten haben wir nur einige allgemeine Redensarten gehört und von der Ministerbank im Staatsrat die Erklärung des Herrn Protopopow über die Unererschütterlichkeit der Grundlagen der Erklärung des Herrn Goremykin.

Es fehlte nicht einmal das Auftreten des Herrn Szegelowitow, der es niemals versäumen wird, in die Geheimnisse des Streites einzudringen, indem er immer wieder die Notwendigkeit unterstreicht, den Lauf der Weichsel in das breite Bett der Wolga zu lenken.

Wir stellen fest, daß alles beim Alten geblieben ist.

Polen, das schon nach Kräften und Möglichkeit die Fundamente zum Bau seiner Unabhängigkeit legt, hat das Versprechen erhalten, daß das Versprechen Goremykins erfüllt werden wird. Nicht einmal Berlin würde für sich einen günstigeren Ausweg aus der gegebenen Lage finden.

Aus Nr. 9 des Głos Stolicy (Warschau)
vom 7. Dezember 1916.

Was spricht man in der Schweiz über den Akt vom 5. November?

(Ein Interview mit H. Wladislaus Baranowski.)

Infolge der sehr erschwerten Verhältnisse des Schriftwechsels mit der Schweiz, wo sich gegenwärtig eine zahlreiche und rührige Schar von polnischen Emigranten aufhält, haben wir die Gelegenheit des Warschauer Aufenthalts des H. W. Baranowski, des Mitleiters des polnischen Pressebureaus in Bern, benutzt, um ihn über die Stellungnahme der Polen und der Angehörigen anderer Nationalitäten gegenüber der Proklamation des polnischen Staates auszufragen.

H. Baranowski erteilte uns freundlichst längere Auskünfte, die wir fast wörtlich wiedergeben.

Im allgemeinen hat die deutsch-schweizerische Presse diesen Akt ziemlich wohlwollend aufgenommen, jedoch nicht ohne gewisse Einschränkungen betreffs der darin enthaltenen Lücken. Eine speziell freundliche Stellung nahm das halb offiziöse Organ „Der Bund“, ein, der sich dadurch brutale Angriffe seitens der französischen Presse zuzog. Ein zweites ernstes Organ, die „Neue Züricher Zeitung“ beschränkte sich auf allgemeine Wendungen, brachte hingegen Interviews mit Bilz und Rucharzewski. Die kleine Provinzpresse begrüßte den Akt mit Freude. Sie sprach die Überzeugung aus, daß die Folge davon eine Änderung bezüglich der Lage der Polen im Rufen sein wird.

Unfreundlich hingegen sind die Stimmen der französischen Presse in der Schweiz. Dies ist nichts Verwunderliches, da diese Presse, die entschieden auf dem Boden der Koalition steht, die polnische Frage mit den Augen derselben betrachtet. Trotzdem kann sie die Überzeugung nicht verbergen, daß jetzt eine noch größere Zahl von Polen sich von Rußland abwenden

wird, und drückt die Furcht vor der Entstehung einer polnischen Armee aus. Sie läßt es auch nicht an harten Worten gegenüber Rußland fehlen, da dieses nicht das erste Mal die ausgezeichnete Gelegenheit vorübergehen ließ, Deutschland durch die polnische Frage in Schach zu halten. Man muß zugeben, daß dieselbe Presse anfänglich ebenso kritisch die Noten der Koalition, die gegen die Proklamation der Unabhängigkeit Polens protestierten, aufgenommen hat. Der Einfluß der politischen Kreise der Koalition auf die romanische Presse ist jedoch zu groß, als daß sie sich nach entsprechenden Vorhaltungen nicht wiederrufen sollte. Charakteristisch war das Verhalten des politischen Redakteurs des „Journal de Genève“ H. Albert Bonnard, der zunächst den Mut hatte, in einem Artikel die Noten der Koalition zu kritisieren, im nächsten jedoch seine Vorwürfe und Zweifel zurückzog.

Nediglich die „Tribune de Genève“ nahm in den Artikeln des bekannten Polenfreunds Edmond Privat eine verhältnismäßig kühne und verständige Stellung ein, indem sie die Koalition vor der ihr drohenden Gefahr von Seiten Deutschlands warnte, das durch seine geschickte und kluge Politik die Polen für sich gewonnen hat. Unzweifelhaft würden die Polen, nachdem sie eine eigne Regierung und einen König erhalten haben, gern die Möglichkeit der Bildung eines polnischen Heeres von den Deutschen annehmen. Dieses Blatt, wie auch die Freiburger „Liberté“, warnt die Koalition davor, den Protesten der verschiedenen Polen im Auslande, die weder Einfluß noch einen Auftrag vom Lande haben, irgend eine Bedeutung zuzuschreiben.

Hierbei fragten wir den geehrten Anstaltsgeber, wie es sich eigentlich mit der Aktion der Protestler verhält.

Diese wurde von einigen Polen ins Werk gesetzt, die sich um die Lausanner Agentur gruppieren. Der Protest trägt die Unterschrift des damals nicht in Lausanne anwesenden H. Dmowski. Es fehlt hingegen die Unterschrift des Grafen Starbek, der sich dadurch die Unzufriedenheit seiner polnischen Freunde zugezogen hat. Es fehlt auch die Unterschrift von Anton Potocki, was insofern bemerkenswert ist, als man sich seiner bis vor kurzem in Paris ganz offiziell zur Tätigkeit in russenfreundlichem Sinne bediente. Seine schmählichen Artikel in der Revue de Pologne dienen noch immer der französischen Presse als Ausdruck der polnischen öffentlichen Meinung. Die Unterschrift des Professors Laszkowski hat in den polnischen Kreisen der Schweiz große Empörung hervorgerufen, vor allem in dem Pariser Komitee Pour la Pologne libre, dessen Vorsitzender Professor Laszkowski ist. Das Komitee hat die Zurückziehung der Unterschrift verlangt, die unter dem Einfluß des Zuredens auf den nicht genügend unterrichteten und sich an der Politik nicht beteiligenden greisen Gelehrten erfolgt ist. Übrigens ist dieser nicht das erste Mal das Opfer geschickter Bemühungen der moskowiterfreundlichen Gruppe in der Schweiz geworden. Wir erinnern uns daran, daß man sich seines Namens bei der Begründung der Lausanner Agentur bediente, von der er sich, nachdem er ihre wahren Tendenzen durchschaut hatte, ostentativ zurückzog.

Welches ist aber die überwiegende Meinung innerhalb der polnischen Kolonie?

In den polnischen Kreisen, die der Lausanner Agentur fernstehen, hat die Proklamation vom 5. November einen großen Eindruck hervorgerufen. Das Komitee Pologne et la guerre, das von Johann Rucharzewski geleitet wird, hat die Bereitwilligkeit erklärt, sich den Anordnungen des zukünftigen Nationalrats oder der polnischen Regierung zu fügen. In Genf ist dieselbe Meinung fast allgemein. Viele junge Leute bereiten sich vor, nach der Heimat zurückzukehren, um

auf die Aufforderung der nationalen Regierung hin ins Heer einzutreten. Natürlich schwirren auch in der polnischen Kolonie unter dem Einfluß des trägen Pensionatslebens und der französischen Suggestion zahlreiche Gerüchte umher. Diesen kann man jedoch, wie überhaupt der Meinung der Polen im Ausland, keinen größeren Wert beimessen.

Was aber denken die Polen, die in Frankreich anässig sind?

Abgesehen von H. Gonfiorowski haben die Polen, die aktiv in der polnischen Sache tätig sind und sogar auf dem Boden der Koalition stehen, die Nachricht mit großer Befriedigung aufgenommen. Sie glauben, daß der Akt vom 5. November die polnische Sache zu einer internationalen Frage gemacht habe, daß er einen großen Schritt vorwärts für die Lösung der polnischen Frage bedeute und ein fait accompli geschaffen habe, wodurch die Koalition in ihrem Verhältnis zu Rußland in große Verlegenheit gebracht wurde.

Hat sich die französische öffentliche Meinung mit der offiziellen Stellung ihrer Regierung einverstanden erklärt?

Außerlich — ja, soweit weiße Stellen in Artikeln keine Zweifel nach dieser Richtung hin bergen. Im übrigen sucht die französische Presse in sophistischer Weise die Bedeutung des Aktes vom 5. November zu verringern und stellt ihn als ein deutsches Manöver gegenüber den Polen hin. Sie befürchtet, daß trotz aller Proteste der unbeauftragten polnischen „Botschafter“ sich das Volk im Lande auf den realen Boden stellen und alle Notwendigkeiten annehmen wird, die mit dem Bau eines eignen Staates verbunden sind.

Die Furcht vor der polnischen Armee herrscht vor. Außer den Stimmen der Presse, die augenscheinlich ad usum des Publikums anders schreibt als es die Wirklichkeit erfordern würde, existieren auch die Meinungen von privaten Politikern, Publizisten und Diplomaten, die die Bedeutung des Aktes vom 5. November für Polen und Deutschland nicht bestreiten können. Sie sind der Meinung, daß die Deutschen, die in Europa abgesondert sind, einen Bundesgenossen nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft suchen.

Kann man nun im gegebenen Augenblick auf die Unterstützung unsrer Aspirationen seitens der Koalitionsmächte rechnen?

Natürlich kann man dies nicht im voraus beurteilen, da es nicht bekannt ist, wie sich die internationalen Verhältnisse im weiteren Verlauf des Krieges gestalten werden. Im gegenwärtigen Augenblick, bei den bedeutenden Siegen der Mittelmächte in Rumänien, der sehr zweifelhaften Aktion Sarajls, dem Stillstand an der Westfront und schließlich der Widerstandskraft des deutschen Volkes gegenüber allen Schwierigkeiten, auf die die Koalition gerechnet hat, ist sie in hohem Grade von Rußland abhängig, und man darf sich nicht den geringsten Illusionen hingeben, daß sie sich zu Gunsten der polnischen Interessen in irgend einer Weise den Unwillen Rußlands zuziehen wird. Übrigens wird innerhalb der Koalition, namentlich in Frankreich und in England, die Bedeutung Polens als politischen Faktors in Europa geringgeschätzt und man bleibt bei der Ansicht, daß die Vereinigung von ganz Polen mit Rußland eine genügende Lösung der polnischen Frage darstellt.

Aus Nr. 176 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 17. Dezember 1916.

Bulgarische Enquete über die polnische Frage.

Das Blatt „Utro“ aus Sophia hat in den letzten Tagen eine Art öffentliche Enquete über das immer noch in ganz Europa aktuelle Thema der polnischen

Sache und besonders über die staatliche Umwandlung Polens veranstaltet. Bis jetzt haben folgende bulgarische Politiker das Wort ergriffen: Dobry, Petrow, Andreas Djapczew, Radoslawow, Gregor Nuczowic, Dr. Ivan Momczytow, W. Koznisch, T. Theodorow usw. Interessant sind hinsichtlich der Auslandspolitik besonders die Ausführungen des letzteren, der erklärte, daß durch die unlängst erfolgte formelle Proklamation eines unabhängigen Polens eine zukünftige russisch-deutsche Verständigung, ja sogar die Annäherung nicht erschwert, sondern im Gegenteil erleichtert und beschleunigt worden sei. Radoslawow betont am meisten, daß Polen schon eine lange staatliche Tradition und eine reiche politische Erfahrung besitze, die ihm ermöge, sofort eine entsprechende und vollständig sichere Stellung zu allen brennenden Problemen Mitteleuropas einzunehmen. Koznisch drückt den Wunsch aus, daß die Polen in Zukunft niemals vergessen möchten, wie die Bulgaren gleichfalls zu ihren Befreiern gehörten, und daß sie die engsten wirtschaftlichen Verbindungen mit dem „zukünftigen, glücklichen und mächtigen Polen“ wünschten. Nach Ansicht Momczytows wird die Bildung eines unabhängigen Königreichs Polen unter anderem auch auf die Meinung in Frankreich, England und Italien von Eindruck sein, und diese Meinung wird dann die einschlägigen westeuropäischen Regierungen zwingen, auf die russische Regierung zum Zwecke einer offiziellen Anerkennung des unabhängigen Königreichs Polen einen Druck auszuüben. Der frühere Minister Djapczew geht von der Voraussetzung aus, daß der zukünftige polnische Staat Gelegenheit haben werde, zu Bulgarien die weitgehendsten wirtschaftlichen Beziehungen anzuknüpfen und aufrecht zu erhalten. Einer von den ältesten Staatsmännern des gegenwärtigen Bulgariens, Nuczowic, hebt hervor, daß Polen in Verbindung mit den Mittelmächten, mit Bulgarien und der Türkei sich eine große und berühmte staatlich-politische Zukunft sichern werde. Der Verkehrsminister Petrow begrüßt mit herzlichen Worten die gegenwärtige staatliche Festigung der früheren Freundschaft der polnischen und bulgarischen Nation und bittet seinerseits die Polen, die Versicherung entgegenzunehmen, daß sie in den Bulgaren immer hingebende und treue Verbündete haben würden.

Aus Nr. 631 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 16. Dezember 1916.

Die amerikanischen Polen über die Proklamation vom 5. November.

Die Proklamation vom 5. November hat unter den amerikanischen Polen ein lebhaftes Echo hervorgerufen. Die englische Zensur hat jedoch keine einzige Stimme aus den Kreisen, die auf dem Boden des Wiederaufbaues des polnischen Staates stehen, nach Europa durchgelassen. Lediglich die Erklärungen der Anhänger Dmowskis wurden durchgelassen, ja sogar in London und der ganzen neutralen Presse verbreitet.

Erst jetzt hat der Generalsekretär des Obersten Nationalen Komitees den Wortlaut der Depeschen erhalten, die das Komitee der nationalen Verteidigung am 5. November nach der Heimat und an die Repräsentanten der Mittelmächte in Amerika geschickt hat.

Der Text der Depeschen spricht die große Freude der amerikanischen Polen über die von den Mittelmächten proklamierte Unabhängigkeit Polens und den Wunsch aus, daß die Ankündigung sich möglichst bald verwirklichen möge. Solche Depeschen, deren Text in den polnischen Zeitungen in Amerika veröffentlicht ist, sind an Dr. W. L. Jaworski, den Präsidenten des Obersten Nationalen Komitees, an Dr. Brudzinski, den Rektor der Universität in Warschau, an den Ver-

treter des österreichischen Botschafters, den deutschen Botschafter Grafen Bernstorff, den bulgarischen Bevollmächtigten und den türkischen Botschafter in Washington gesandt worden.

Das Telegramm an Dr. Jaworski hat folgenden Wortlaut:

„Das Komitee der nationalen Verteidigung in Amerika sendet Ihnen, verehrter Landsmann, den Ausdruck der Freude darüber, daß der erste Teil des Programms des D.N.R. — die Unabhängigkeit des Königreichs Polen — schon zur vollendeten Tatsache geworden ist. Aus dem Handschreiben des Kaisers Franz Joseph entnehmen wir, daß die Erfüllung auch anderer unserer Hoffnungen Sache der nächsten Monate sein wird. Es lebe das Oberste Nationale Komitee! Es lebe das unabhängige Polen!“

Das Telegramm an Dr. Brudzinski in Warschau lautet:

„Ihnen, verehrter Landsmann, als dem Vertreter der Hauptstadt unseres Volkes, erklären wir, polnische Auswanderer in Amerika, die wir im Komitee der nationalen Verteidigung vereinigt sind und den Tag der Befreiung feiern, unser Glück, das sich durch keine Worte schildern läßt. Es lebe das freie und unabhängige Polen!“

An Seine Excellenz Charge d'affaire der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Exzellenz! Das Komitee der nationalen Verteidigung hält es an dem Freudentage der Proklamation der Unabhängigkeit Polens für seine angenehme Pflicht, Euer Excellenz für die bisherige wohlwollende Unterstützung des Appells des Komitees der nationalen Verteidigung an die österreichisch-ungarische Regierung in Sachen der Reaktivierung des Königreichs Polen den Dank abzustatten. Es ist eine rechtlich-politische Grundlage zur Lösung der polnischen Frage sowohl im Sinne der Interessen des polnischen Volkes, als auch im Sinne der Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie und der verbündeten Staaten geschaffen worden.

Die endgültige Lösung der polnischen Frage im Sinne der jahrzehntelangen Kämpfe der polnischen Patrioten wird Europa den Frieden sichern und das herzhafte Verhältnis zwischen den im gegenwärtigen Kriege gegen die östliche Barbarei verbündeten Völkern befestigen. Der Akt der Mittelmächte vom 5. November hat die Hoffnung geweckt, daß der Augenblick der Neugestaltung der Verhältnisse in Mitteleuropa nahe ist.“

An Seine Excellenz den Botschafter des Deutschen Reiches, Grafen von Bernstorff, in Washington:

„Exzellenz! Die aus Europa angekommenen Telegramme über die Reaktivierung des Königreichs Polen erfüllen alle Polen, die die Front gegen Rußland eingenommen haben, mit Freude, in der Überzeugung, daß in dem gegenwärtigen Konflikt die polnische Frage ihre internationale Bedeutung wiedergewinnen wird. Es ist uns eine Freude, Euer Excellenz für die Intervention in der polnischen Frage, die in der Übersendung der Erklärung unserer Organisation an die kaiserlich deutsche Regierung zum Ausdruck gekommen ist, unsern Dank auszusprechen. Diese Intervention

war für uns die Ankündigung einer neuen Gestaltung des Verhältnisses zwischen dem deutschen und polnischen Volke.

Wir bitten daher, den Ausdruck unserer aufrichtigsten Freude über die Neugestaltung der Verhältnisse auf polnischem Boden annehmen zu wollen. Wir glauben zuversichtlich, daß die Proklamierung der Unabhängigkeit der polnischen Gebiete, die noch vor kurzem unter russischer Herrschaft standen, ein deutlicher Beweis dafür ist, daß das durch die deutschen Heere und die polnischen Legionen im Kampfe mit dem gemeinsamen Feinde vergossene Blut nicht nur diesen Feind überwunden, sondern auch eine neue Ära der Lösung der polnischen Frage als des Grundsteins der dauernden Ordnung in Europa und des herzlichen Verhältnisses zwischen den verbündeten Völkern begonnen hat.“

An seine Excellenz den bevollmächtigten Minister des Königreichs Bulgarien in Washington:

„Exzellenz! Die aus Polen angekommenen Telegramme, die uns die Nachricht bringen, daß die von dem russischen Joche befreiten polnischen Gebiete ihre staatsrechtliche Unabhängigkeit erlangt haben, sind für uns die freudige Ankündigung einer baldigen und endgültigen Lösung der polnischen Frage. Eingedenk der Verwandtschaft des bulgarischen und polnischen Volkes, die durch das Blut des Königs Wladislaus von Warna geheiligt ist, verbunden durch die gleichartige Geschichte langer Sklaverei und der Befreiung durch das Blut nationaler Helden, begrüßt das Komitee der nationalen Verteidigung an dem Tage, der für alle, die die Freiheit lieben, ein Freudentag ist, das Brudervolk der Bulgaren als Verbündeten und Freund. Unsere Geschicke sind von nun an mit einander verbunden. In der Verständigung und dem einträchtigen gemeinsamen Vorgehen liegt die Kraft und die Zukunft unserer beiden Völker.“

An Seine Excellenz den Botschafter des türkischen Reiches in Washington:

„Exzellenz! An dem Tage, an dem wir die Nachricht von dem Akte der verbündeten Staaten in der Angelegenheit des Wiederaufbaues des polnischen Staates erhalten haben, hält es unsere Organisation für ihre Pflicht, Euer Excellenz zum Ausdruck zu bringen, daß das polnische Volk es in lebhafter Erinnerung behalten hat, daß die Türkei der einzige Staat in Europa war, der gegen die Teilung Polens protestiert hat. In blutigen gegenseitigen Kämpfen, die auf beiden Seiten mit Ritterlichkeit geführt wurden, haben wir eine gegenseitige Achtung vor einander begründet, die während der letzten schweren Tage des polnischen Freistaates von der Zeit der Konföderation von Wornie sich in Freundschaft und Waffenbrüderschaft verwandelt hat. Wir bewahren es im Gedächtnis, daß der geistige Führer unseres Volkes in einem Augenblicke starb, als er im Anschluß an die türkische Armee polnische Legionen gegen Rußland zur Zeit des Krimkrieges organisierte. Der gegenwärtige Krieg hat wiederum unsere Völker in Waffenbrüderschaft vereinigt, die sich nach dem Kriege unzweifelhaft in ein enges Bündnis verwandeln wird.“

